

100. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 26. August 2004

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	6948	Vietze (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/3)	6964
1. Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der Entwicklung a) der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (LEG) und b) der LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen		Lunacek (CDU)	6967
Beschlussempfehlung und Bericht des Untersuchungsausschusses 3/2		Claus (DVU)	6969
Drucksache 3/7777 einschließlich Anlagen	6948	Müller (SPD)	6970
Helm (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/2)	6948	Frau Osten (PDS)	6973
Warnick (PDS)	6951	Claus (DVU)	6975
Klein (SPD)	6953	Dr. Ehler (CDU)	6976
Frau Hesselbarth (DVU)	6955	Hammer (PDS)	6978
Homeyer (CDU)	6957	Schulze (SPD)	6979
Christoffers (PDS)	6959		
Kliesch (SPD)	6960	3. 2. Lesung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes	
Frau Hesselbarth (DVU)	6962	Gesetzentwurf des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	
Ministerpräsident Platzeck	6963	Drucksache 3/7574	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	
2. Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung für die Vorbereitung und Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik Frankfurt (Oder)		Drucksache 3/7580 (Neudruck)	6981
Beschlussempfehlung und Bericht des Untersuchungsausschusses 3/3		Frau Große (PDS)	6981
Drucksache 3/7770 einschließlich Anlage (Neudruck)	6964	Frau Melior (SPD)	6981
		Frau Fechner (DVU)	6982
		Frau Hartfelder (CDU)	6983
		Persönliche Erklärung des Präsidenten	6983
		Persönliche Erklärung des Vizepräsidenten	6984

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen zu Beginn der 100. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode einen guten Morgen.

(Klein [SPD]: Guten Morgen, Herr Präsident!)

- Guten Morgen, Herr Geschäftsführer! - Insbesondere begrüße ich die Gäste, die an unserer außerplanmäßigen Sitzung teilnehmen werden.

Zum Abschluss der Legislaturperiode besteht heute die Möglichkeit, sich in der Gruppe der Abgeordneten konterfeien zu lassen. Deswegen habe ich es zugelassen, dass der Fotograf vor Einstieg in die Tagesordnung Gelegenheit bekommt, das Plenum zu fotografieren.

Mit der Einladung ist Ihnen ein Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es von Ihrer Seite im Hinblick auf die Tagesordnung Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich darauf hinweisen, dass wir dieses Mal auf eine Mittagspause verzichten wollen, da nur drei Tagesordnungspunkte abzuarbeiten sind.

Ich bitte Sie um Ihr zustimmendes Handzeichen, damit wir gemäß dem Entwurf der Tagesordnung verfahren können. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann verfahren wir so.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Vietze hat viel zu erzählen. Aber der Tag ist noch lang. Vielleicht besteht später Gelegenheit dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Wir sind bei **Tagesordnungspunkt 1:**

Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der Entwicklung a) der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (LEG) und b) der LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen

Beschlussempfehlung und Bericht des Untersuchungsausschusses 3/2

Drucksache 3/7777

Zu dieser Drucksache gibt es zahlreiche Anlagen. Wer Einsicht nehmen möchte, hat Gelegenheit dazu. Die Verwaltung hat dafür gesorgt, dass die Unterlagen im Saal sind.

Das Wort erhält der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses. Herr Helm, bitte.

Helm (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/2):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Am 12. September 2001 beantragte die PDS-Fraktion einen Untersuchungsaus-

schuss zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der Entwicklung der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg und der LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen.

Der Ausschuss sollte Sachverhalte prüfen: zum satzungsgemäßen Auftrag und Gesellschaftszweck inklusive der Aufsichtspflichten der Landesregierung, die Zusammensetzung der Aufsichtsräte und deren Arbeitsweise, die Zusammensetzung der Geschäftsführung und deren Aufgabenerfüllung, die Schlussfolgerungen der Geschäftsführung, der Aufsichtsräte und der Gesellschafter auf die Kritiken des Landesrechnungshofes, das Zusammenwirken mit den beteiligten Banken, den Aufbau und die Entwicklung der LEG und jeder einzelnen Gesellschaft der LEG/LEG-Gruppe ab 1991 bis 2001.

Dazu wurden im Untersuchungsgegenstand 16 Fragenschwerpunkte mit 89 Unterfragen formuliert.

Der Einsetzungsbeschluss durch den Landtag erfolgte am 20. September 2001.

Am 24. Oktober 2001 wurden die Ausstattung und die Sitzverteilung beschlossen sowie die ordentlichen und die stellvertretenden Ausschussmitglieder gewählt. Damit war die Arbeitsfähigkeit hergestellt.

Bis zum heutigen Tag wurden 52 Ausschusssitzungen mit einer Gesamtzeit von ca. 160 Stunden durchgeführt. Insgesamt wurden 40 Zeugen vernommen, davon zwei dreimal, sechs zweimal, 32 einmal. Die letzte Zeugenvernehmung war am 6. Juli 2004.

Das vorgelegte Beweismaterial umfasst 158 Aktenordner mit einer Gesamtlänge von 15 Metern.

Der vorliegende Bericht mit 682 Seiten ist das Extrakt dieser Materialfülle und der Zeugenaussagen.

Die Vorlage zum heutigen Tage war nur möglich, weil vom ersten Tag der Zeugenvernehmung an eine sofortige Zuordnung der Einzelaussagen zur Einzelfrage des Untersuchungsgegenstandes erfolgt ist.

Für diese immense Fleißarbeit des Ausschussdienstes und die Exaktheit der Protokollführung besonders der Zeugenvernehmungen möchte ich mich - sicherlich auch in Ihrem Namen - bei allen damit befassten Personen recht herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank geht aber auch an die Ausschussmitglieder und die Referenten. Es gab nicht eine Sitzung, die durch mangelnde Teilnahme gefährdet war. Der Wille zur Aufklärung war bei allen Mitgliedern ausgeprägt.

Differenzen hinsichtlich der Beweiswürdigung durch die Ausschussmehrheit führten zu einer erfolgreichen Klage der PDS-Fraktion vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg.

Die Formulierung des Untersuchungsgegenstandes durch die beantragende PDS-Fraktion war allerdings ebenfalls unge-

wöhnlich. Sie sollte nicht als Vorbild für zukünftige Untersuchungsausschüsse gelten.

Die 89 Einzelfragen stammen im Wesentlichen aus dem Fragenkatalog für Wirtschaftsprüfer zur Prüfung wirtschaftlicher Verhältnisse entsprechend § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Daraus könnte man ableiten, dass die Abschlussstate der Wirtschaftsprüfer die Antwort auf die Fragen der Untersuchung geben. Sollte das nicht der Fall sein, müsste man im Umkehrschluss unterstellen, dass diese nicht den Tatsachen entsprechen. Auf diese Ebene haben wir uns nicht begeben, sondern wir haben versucht, mit Akribie alle Fakten, Berichte und Aussagen zu beleuchten und einzuordnen.

Der vorliegende Bericht mit 682 Seiten soll gegenüber der Öffentlichkeit kein Totschlagargument sein. Die vielen Fragen und die davon abgeleitete exakte Gliederung erleichtern die Lesbarkeit und das Auffinden bestimmter Aussagen der einzelnen Personen. Allein an dieser umfangreichen Faktensammlung ist zu erkennen, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses nicht umsonst war. Dennoch wurde und wird diese Meinung vereinzelt noch vertreten, weil das politische Votum, mehrheitlich beschlossen, dem Bericht fehlt.

Die Äußerung von Ihnen, Herr Christoffers und Herr Warnick, dass ein Haufen wilder Kerle am Werk gewesen sei, sehe ich äußerst positiv, bescheinigt sie doch, dass die Ausschussmitglieder eine hohe Vitalität besitzen;

(Klein [SPD]: Genau, das ist ein Kompliment!)

denn ohne diese wäre der Untersuchungsauftrag in diesem Zeitraum nicht zu meistern gewesen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich stand als Vorsitzender des Ausschusses vor der Aufgabe, einen Bericht in der vorliegenden Form zu präsentieren oder zu erklären, dass der Ausschuss sein Ziel verfehlt hat. Dies wiederum wäre der Öffentlichkeit gleich gar nicht vermittelbar gewesen.

Ein gemeinsamer Bericht war nicht mehrheitsfähig, eine Fraktion in der Bewertung zu kritisch, eine andere nicht kritisch genug.

Die Kritik im Votum der SPD dazu ist für mich nicht von Ehrlichkeit geprägt. Sie selbst, Herr Klein, haben dem Versuch der PDS-Fraktion, zu einem gemeinsamen Bericht zu kommen, nicht zugestimmt.

(Klein [SPD]: Da war doch die Zeit davor!)

Die nachfolgenden Redebeiträge der einzelnen Fraktionen bzw. der Ausschussmitglieder werden zeigen, dass die Sicht auf die Ergebnisse, die Ursachen und die personelle Verantwortung für das Scheitern der LEG eine große Bandbreite hat. Versuche im Vorfeld, bis zur letzten Ausschusssitzung einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, scheiterten. Aus meiner Sicht wäre die Einigung auf einige gemeinsame Positionen auch wenig zielführend gewesen, da die Gesamtdarstellung der Ursachen und Verantwortungen nicht deutlich geworden wäre.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, alles zu erfahren und sich eine individuelle Meinung zu bilden. Ein „weichgespül-

ter“ Bericht, in dem Fakten und Verantwortlichkeit dem gesuchten Konsens zum Teil zum Opfer fallen, wird dem nicht gerecht.

Die Vorgehensweise, die politische Bewertung in Sondervoten dem Bericht anzufügen, ist sicherlich ein Novum. Sie ist der kritischen Beurteilung nicht abträglich, nimmt sie doch die einzelnen Fraktionen in die Pflicht, eine ganzheitliche Betrachtung und politische Bewertung der Fakten darzulegen. Diese Voten liegen mehr oder weniger umfangreich vor, 300 Seiten insgesamt. Trotz geäußerter Kritik kann man darüber denken, wie man will, die gewählte Vorgehensweise ist in jedem Fall besser, als keinen Bericht vorzulegen. Letzteres musste ich verhindern.

Während der gesamten Zeit der Tätigkeit des Ausschusses habe ich mich strikt bemüht, die Neutralität des Vorsitzes und die gleichberechtigte Mitwirkung aller Ausschussmitglieder zu gewährleisten. Durch die Tatsache, dass die heutigen Redebeiträge nicht offizieller Teil der Berichterstattung sind, kann ich jetzt den Rahmen der Neutralität verlassen und meine persönliche Sicht auf einige Aspekte des Untersuchungsauftrages darlegen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Liquidation der LEG auf eine Summe von Faktoren zurückzuführen ist, die sich negativ ergänzten und damit potenzierten. Hätte man dem allgemeinen wirtschaftlichen Grundsatz: „Überdenke alles, ehe du entscheidest“ beachtet, wäre es zu dieser Entwicklung nicht gekommen. Das hätte allerdings handelnder Personen bedurft, die die Strategie: „Wie komme ich nicht in Probleme hinein?“ beherrschen. So war die Situation: „Wie komme ich aus den Problemen heraus?“ ständiger Begleiter. Der Zeuge Dr. Pfeiffer bezeichnete das Handeln als „zerfleddertes Vorgehen“ in Brandenburg.

Von einer klaren Definition, was Landesentwicklung bedeutet, war wenig festzustellen. Projektakquise auf Zuruf und „Wünsch dir was“-Denken waren an der Tagesordnung, anstatt eine konsequente prioritäre Projektplanung mit einer klaren Zielfunktion und Definition des Weges und des Finanzbedarfs bis zum Ende der Entwicklung einzuhalten. Das schließt aber nicht aus, dass Schwerpunkte angefasst und erfolgreich entwickelt wurden.

Die fehlende Ressortanbindung seit der Gründung war einer der Konstruktionsfehler. Eine Anbindung der LEG-Finzen an den Landeshaushalt erfolgte nicht. Damit entstand ein der Kontrolle des Haushaltsgesetzgebers entzogener Schattenhaushalt, der im Ergebnis den Landeshaushalt auch in den kommenden Jahren noch erheblich belasten wird.

Das erfolgreichere Modell Thüringen, das diese Grundsätze beachtet, stand vielleicht deshalb nicht zur Debatte, weil es nicht aus Nordrhein-Westfalen kam. Hier hat sich Brandenburg als einziges Land für einen Sonderweg - den Brandenburger Weg mit dem bekannten Ergebnis - entschieden.

Herr Kollege Klein, der Presse konnte ich entnehmen, dass die fehlende Ressortanbindung ein Fehler des Parlaments gewesen sei.

(Klein [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Sie haben dabei aber vergessen, welche Fraktionen in dieser Zeit die Mehrheit und die entsprechenden Informationen hatten. Wenn Sie die Oppositionsfraktionen dieser Zeit ausklammern, gebe ich Ihnen Recht.

In der Aufbauphase der LEG ging man von einer zukünftig boomenden Region Berlin-Brandenburg aus.

(Klein [SPD]: Genau!)

Davon waren wir alle nicht frei. Die entsprechenden Hoffnungen beruhten vor allem auf dem beschlossenen Regierungsumzug von Bonn nach Berlin, den Planungen für einen Großflughafen und der Erwartung, dass auch die besondere Lage der Regionen zwischen Ost und West erhebliche positive Entwicklungschancen bieten würde.

Diese Hoffnungen haben sich bislang so nicht verwirklicht. In einzelnen Bereichen - dazu gehört besonders der Immobilienmarkt - kam es zu einer tief greifenden Krise. Die Erwartung einer rasch wachsenden Region hatte entsprechende Auswirkungen auf die Grundstückspreise.

In diesem Gesamtzusammenhang erwarb die LEG in der Aufbauphase, zum Teil auch ohne politische Vorgaben, Grundstücke und begann Projektentwicklungen, die sich nicht zu den erwarteten Preisen vermarkten ließen. Hier liegen aus heutiger Sicht unternehmerische und politische Fehleinschätzungen vor.

Der Zeuge Dr. Leirich charakterisierte dieses Handeln treffend wie folgt: „Es wurden Arbeiten begonnen, ohne zu sagen, was sie kosten und dass sie etwas kosten.“ Der Zeuge Leonhardt unterstellte, dass die falschen Grundstücke zum falschen Zeitpunkt und zum falschen Preis gekauft wurden.

Der allgemeine Gedanke, dass der reichliche Geldfluss auch in der LEG einmal austrocknen könnte, war völlig unterentwickelt. Das Motto: „Geld ist genügend da“ hatte sich im Denken und Handeln festgesetzt. Es hatte ja auch einen guten Nährboden durch die unverantwortliche Neuverschuldung des Landes in den Jahren 1993 und 1994 mit insgesamt über 8 Milliarden DM. Das Geld wurde mit vollen Händen ausgegeben - nicht nur in der LEG. Ich kann mich noch gut an eine Episode im Untersuchungsausschuss zur Pleite der BLG erinnern. Auf meine Frage, warum die BLG mit 50 Millionen DM Startkapital ausgestattet wurde, antwortete mir Herr Wegge, seinerseits Staatssekretär: „Herr Helm, wir hatten genügend Geld.“

Herr Klein, hier ist der gravierende Fehler der Regierungsfractionen aus SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne und der ehemaligen Landesregierung zu suchen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich wüsste auch nicht, dass die Oppositionsfraktionen der 1. und 2. Legislaturperiode dem Haushalt je zugestimmt haben.

So kam, was kommen musste: 1995 wurde der Geldhahn zugekehrt. Eine weitere Projektentwicklung war nicht mehr möglich und das Scheitern vorprogrammiert.

(Klein [SPD]: Das stimmt nicht ganz, Herr Helm!)

Die Flucht in Kompensationsgeschäfte am Immobilienmarkt

mit aufgelegten Fonds, Mietgarantien und Generalmietverträgen führte zu den uns bekannten Ergebnissen.

An dieser Stelle drängt sich natürlich die Frage auf: Waren die handelnden Personen Herr der Situation und zur Aufgabe befähigt? - Eine glückliche Hand bei der Personalauswahl kann nicht unbedingt unterstellt werden. Bei den Geschäftsführern der LEG bis zum Jahre 2000 handelte es sich um einen gelernten Historiker aus Australien und um einen beurlaubten Beamten. Diese Personalpolitik ist vielleicht mit vereinigungsbedingten Schwierigkeiten und Wirren zu erklären. Spätestens Mitte der 90er Jahre hätte man aber sowohl Personal- als auch Controllingfragen besser beantworten müssen.

Das Management generell und das Krisenmanagement im Besonderen waren unterentwickelt, um rechtzeitig und richtig auch auf veränderte Situationen reagieren zu können, vielleicht auch dadurch bedingt, dass sich die LEG zu einem wenig überschaubaren Monster entwickelt hat.

Gerade diese Konzernstruktur verlangt, um erfolgreich zu sein, ein Top-Management. Wir alle wissen: Wer handelt, wer arbeitet, macht Fehler. Erfolgreiche Unternehmer zeichnen sich aber dadurch aus, dass sie die geringsten Fehler machen, die Fähigkeit besitzen, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Dies ist unternehmerische Pflicht, und, wenn nicht ausgesprägt, meistens mit dem Untergang des Unternehmens und dem Verlust des Eigentums verbunden. Die vielfach geäußerte Meinung im Verlauf der Beweisaufnahme: „Hinterher ist man immer schlauer“ kann nicht entschuldigend hingenommen werden. Auch der Aufsichtsrat sah vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Er befasste sich in überlangen Sitzungen mit schweren und detailüberladenen Papieren. Ein kundiger Zeuge sagte, die Sitzungsunterlagen seien eher zu wiegen als zu lesen gewesen. Man befasste sich mit zahlreichen Kleinigkeiten und übersah dabei, dass grundlegend etwas nicht stimmte, nämlich die spekulative Erwartung immer weiter steigender Immobilien- und Mietpreise und die mit der Auflage von Immobilienfonds verbundenen Risiken.

Es ist mir ein Rätsel, dass der Kontrolle durch den Aufsichtsrat diese negative Entwicklung so lange verborgen blieb. Davon ausgehen konnte man, war doch dieses Aufsichtsorgan mit honorigen Persönlichkeiten aus den Ministerien, der kommunalen Ebene, der Wirtschaft sowie den Banken besetzt und nicht mit bestellten Schlafmützen.

Herr Klein, Sie sprechen von einer gewissen Mitschuld des Aufsichtsrates, indem sich dieser gegenüber der Geschäftsführung nicht durchgesetzt habe. Gewisse Mitschuld wie „ein bisschen schwanger“ zu definieren, geht nicht. Entweder man ist es oder man ist es nicht. Ich muss Ihnen klar sagen: Dann hat der Aufsichtsrat seine gesetzliche Pflicht der Kontrolle nicht erfüllt, und das ist eine gravierende Schuld.

In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal erwähnen: Es wurde für die LEG die Rechtsform einer GmbH gewählt, für die ohne Wenn und Aber klar formulierte Rechte und Pflichten gelten. Über der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat stand ein Gesellschafter mit einer Beteiligungsverwaltung, die einfachstes Handwerkszeug nicht beherrscht. So bekundeten mehrere Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss, dass im Beteiligungsreferat keine Akten geführt, sondern die Unterlagen in losen Schüttungen abgelegt wurden. Schon jeder kleine Unter-

nehmer muss seine Unterlagen ordentlicher aufbewahren, um nicht in Schwierigkeiten zu kommen. Hinzu kamen zeitweise erhebliche hausinterne Reibungsverluste zwischen den beteiligten Personen.

Im Finanzministerium wusste man bis zum Schluss nicht Bescheid. Man wusste nur, dass die LEG fortlaufend widersprüchliche Zahlen lieferte. Von Anfang an hat der Gesellschafter als Geldgeber versäumt zu kontrollieren, was mit dem zur Verfügung gestellten Kapital passiert. So wundert es nicht, dass das Stammkapital in Höhe von 100 Millionen DM eher als Spielgeld eingesetzt wurde. Es ging nicht um das Eigentum wie bei jedem Unternehmer. Es waren ja nur Steuergelder.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrages! Ich weise noch einmal darauf hin: Sie sprechen nicht für sich, sondern für den Ausschuss.

(Beifall bei der PDS)

Damit, glaube ich, haben Sie einen Umfang gewählt, der etwas über das hinausgeht, was Ihnen zusteht.

Helm (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/2):

Herr Präsident! Ich habe noch eine Seite. Ich bitte Sie, dass ich die noch darlegen kann.

Die Antwort auf die Frage, warum der Gesellschafter trotz Information laut Zeugenaussagen nicht rechtzeitig reagiert und nicht umgesteuert hat, bleibt er uns schuldig. An der Rolle des Gesellschafters und zum Teil des Aufsichtsrates ist die Verantwortung der Landesregierung im Wesentlichen zu messen. - Ich lasse einen Teil weg.

Insgesamt könnte man die Situation in einem Satz wie folgt darstellen: Alle haben mitgemacht und keiner war es.

Die Verantwortung nur differenziert zu sehen bzw. zu verteilen ist ein unvollkommenes Ablenkungsmanöver. Alle im gesetzlichen Auftrag handelnden Ebenen - Personen, Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführer und zum Teil die Politik - haben versagt. Unverständlich ist mir auch, warum den Warnungen des Landesrechnungshofes so wenig Beachtung geschenkt wurde.

Ich kann nur hoffen, dass alle in der 4. Legislaturperiode gewählt und die Exekutive diese Situation zum Anlass nehmen, in Zukunft genau hinzuschauen und die Richtigkeit all dessen, was geschieht, zu überdenken. Hätte man die richtige Schlussfolgerung aus der Liquidation der BLG gezogen, wäre die LEG vielleicht noch zu retten gewesen. Hinweise dazu gab es seit 1991 genügend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält der Vertreter der PDS-Fraktion. Bitte, Herr Warnick.

Warnick (PDS): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihnen muss ich es nicht sagen: Wir befinden uns in der heißen Phase des Wahlkampfes. Wer bereit ist hinzuhören, wird überall auf die gleiche Stimmungslage treffen. Landauf, landab gibt es im Volksmund zu der Politik dieses Landes, die in den letzten zehn Jahren durch SPD und CDU verantwortet wurde, eine fast einhellige Meinung: die brandenburgische Politik der Pleiten, Pech und Pannen. Der Begriff ist für die Landesregierung mittlerweile wenig ruhmreich zum geflügelten Wort geworden. Das Scheitern der landeseigenen Entwicklungsgesellschaft hat zu dieser negativen Einschätzung wesentlich beigetragen.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Wir als PDS waren es deshalb den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes schuldig, dafür zu sorgen, dass zunächst etwas Licht in die Abgründe der LEG-Pleite gebracht wurde,

(Klein [CDU]: Scharfe Nachfragen!)

damit man nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann, damit die Verantwortlichen benannt werden, damit Schlussfolgerungen gezogen werden, um zukünftig solche gravierenden Fehler und die millionenfache Verschwendung zu vermeiden, damit zukünftig eine wirksamere Kontrolle von landeseigenen Gesellschaften gewährleistet wird, damit es aufhört, dass Millionen von Steuergeldern leichtfertig verpulvert werden, damit nicht abermals Selbstbedienungsläden geschaffen werden, bei denen sich wenig qualifizierte Führungsgremien überhöhte Gelder nach Lust und Laune bewilligen können.

(Beifall bei der PDS)

Ich glaube, dass die PDS-Mitglieder im Untersuchungsausschuss dieser selbst gestellten Aufgabe gerecht geworden sind. Aber ich sage auch gleichzeitig: Leicht war es nicht. Das Auftreten vieler Zeugen hat bei mir zu einer immensen Wut geführt. Beispielhaft seien hier die Auftritte ehemaliger und amtierender Ministerinnen und Minister erwähnt. Sie mussten lernen, dass Minister zu sein in diesem Land ein wirklich undankbarer Job ist; denn sie werden weder ordentlich informiert noch haben sie irgendeine Entscheidungskompetenz. Sie trugen und tragen das ihnen Aufgeschriebene aber immer brav vor. - Originalton Simon. Die demokratischen Sozialisten können und wollen nicht akzeptieren, dass sich jetzige und ehemalige Minister dieses Landes genauso wie der ehemalige Ministerpräsident für nicht umfassend zuständig gehalten haben, dass sie unisono dargelegt haben,

(Beifall bei der PDS)

wie wenig sie doch über die Tätigkeit der LEG informiert wurden und wie gering ihr Einfluss auf die Geschäftstätigkeit war.

Wenn es nicht immensen Schaden für dieses Land angerichtet hätte, könnte man zu Tränen gerührt sein, wie die LEG-Verantwortlichen und die im Beteiligungsreferat des MfD tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern ständig Sand in die Augen gestreut haben. Wenn es der Wahrheit entspricht, stellt sich für mich allerdings generell die Sinnhaftigkeit einer gut bezahlten Ministerriege.

Wir stellen fest: Wenn sich Politiker hoch gelobte Fachleute ins Land holen, danach permanent in deren Geschäftspolitik mit „Wünsch dir was“-Forderungen eingreifen, ohne deren weiteres Geschäftsgebaren ausreichend kontrollieren zu lassen, dann ist klar nach dem Verursacherprinzip zu urteilen. Es ist unredlich, die Verantwortung für das Scheitern der LEG nur der Geschäftsführung anzulasten.

Es gibt eine ganz klare politische Verantwortung. Sie liegt vor allem bei der seit 14 Jahren tonangebenden SPD dieses Landes. Sie hatte ausreichend Zeit, die Beteiligungsverwaltung im Finanzministerium zu organisieren. Diese Beteiligungsverwaltung ist über die Vorgänge in der LEG umfassend informiert gewesen. Der Zustand der LEG war also dem MdF bekannt. Wenn dann aber kritische Stimmen aus der Beteiligungsverwaltung mahnten, wurden diese ruhig gestellt. Das haben wir im Ausschuss erfahren. Verantwortungsvolle Politik sieht nach unserer Meinung anders aus.

(Beifall bei der PDS)

Wenn dann auch noch ein einzelner Fußballverein über diese Gesellschaft nach dem Gusto der Landesregierung finanziert wird, ist der landespolitische Auftrag einer Landesentwicklungsgesellschaft eindeutig verfehlt, der parteipolitische dagegen wahrscheinlich erfüllt. Sie, Herr Speer, haben sicherlich noch eine ganze Arbeit vor sich. Im Interesse des Vereins und seiner Mitglieder kann man Ihnen dabei nur viel Glück wünschen.

Die PDS hat seit Mitte der 90er Jahre auf eine Veränderung der strategischen Anbindung der LEG im MdF gedrängt. Wir haben damals darauf hingewiesen, dass eine öffentliche Kontrolle bei der Besetzung des Aufsichtsrates mit Vertretern aus den Gesellschaften, Ministerien und Kommunen nicht gewährleistet, sondern allenfalls vorgetäuscht ist. Da ist der Verweis in Ihrem Votum, meine Damen und Herren von der SPD, auf vertretene Positionen der PDS allenfalls ein jämmerlicher Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken; denn Sie hatten die Informationen, Sie hatten die Möglichkeiten, die Kontrolle und die Möglichkeit der Einflussnahme.

Aber auch die CDU dieses Landes kann sich nicht frohlockend zurücklehnen. Auch sie hat nach 1999 ihre Sorgfaltspflicht für die Geschäfte des Landes sträflich vernachlässigt. Insbesondere nach den Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode hätte man von Ihnen als selbst ernannten Wirtschaftsspezialisten bei den Landesbeteiligungen konsequenteres Handeln erwarten dürfen. Insbesondere bei den Vorgängen um die Eberswalder Fleischwarenfabrik zeigen sich die Besonderheiten der Förderpolitik der märkischen CDU.

Wir wollen, dass sich so etwas in diesem Land nicht mehr wiederholt. Deshalb haben wir aus dem Untersuchungsausschuss umfangreiche Schlussfolgerungen gezogen. Damit können wir allen Bürgerinnen und Bürgern eine Alternative für eine bessere Politik in Brandenburg anbieten.

Eines sei klargestellt: Die PDS sieht auch zukünftig eine landeseigene Gesellschaft zur strukturellen Entwicklung Brandenburgs als ein mögliches Instrument zur Überwindung struktureller Probleme an. Die durch die Vertreter der PDS-Fraktion festgestellten Untersuchungsergebnisse zeigen, dass der Gesellschafter der LEG, die brandenburgische Landesregierung,

vertreten durch das Ministerium für Finanzen, erkannte Fehler und Fehlentwicklungen in der LEG und ihren Tochtergesellschaften zum Schaden des Landes bis in die Gegenwart nicht beseitigt hat. Sie zeigen, dass sowohl die SPD-geführte Landesregierung als auch die spätere rot-schwarze Koalition aus dem Scheitern der BLG und den langjährigen Hinweisen und Beanstandungen des Landesrechnungshofes keine Schlussfolgerungen für ihre Beteiligungspolitik gezogen haben.

(Beifall bei der PDS)

Ein deutlicher Hinweis darauf: Die Präsidentin des Landesrechnungshofes, Frau von der Aue, erklärte aus Anlass der Vorstellung des Jahresberichtes 2004 zum Thema Beteiligungspolitik schnörkellos:

„Hieran ist erkennbar, dass die Landesregierung noch immer keine ernsthafte Bereitschaft zeigt, ihre bisher verfehlte Beteiligungspolitik nachhaltig zu ändern. Ohne ein wirksames Beteiligungscontrolling, das sich transparent gestaltet und in dem die Verantwortlichkeiten klar zugeordnet sind, wird sich an diesem Zustand und den damit verbundenen, nicht unerheblichen Risiken auch zukünftig nichts ändern.“

Der PDS werden in den öffentlichen Medien gerade in der Wahlkampfzeit immer wieder fehlende Alternativen vorgeworfen. Ich gebe Ihnen ein gutes Beispiel dafür, dass dies nicht stimmt. Die PDS steht für eine andere Politik in diesem Land. Damit dies keine leere Floskel bleibt, empfehlen wir dem neu zu wählenden Landtag erstens die parlamentarische Kontrolle durch einen Beteiligungsausschuss, der ermächtigt ist, die Tätigkeit aller Landesgesellschaften zu überprüfen und zu verbessern. Dieser könnte zusätzlich zum Haushaltskontrollausschuss tätig sein oder durch eine veränderte Aufgabenstellung in diesen integriert sein bzw. werden.

Zweitens empfehlen wir dem neu zu wählenden Landtag, die Landesregierung aufzufordern, einen neuen Beteiligungsbericht vorzulegen, der alle zurzeit bestehenden Landesgesellschaften und Beteiligungen einschließt. Er soll Kernaussagen zu den einzelnen Gesellschaften enthalten, die sich auf die strategische Ausrichtung und das landespolitische Interesse an Gründung und Weiterbestehen gerade dieser jeweiligen Gesellschaft beziehen. Außerdem soll dieser Bericht auflisten, inwieweit ein effektives Controlling innerhalb dieser Gesellschaften gewährleistet ist oder gewährleistet wird.

Drittens empfehlen wir dem neu zu wählenden Landtag, die Landesregierung zu verpflichten, ihm gegenüber dezidiert darzulegen, aus welchen Gründen sie trotz der Kritiken des Landesrechnungshofes eine zentrale Beteiligungsverwaltung gegenüber einer dezentralen Verwaltung vorzieht;

viertens eine jährliche Einstellung von erforderlichen Haushaltsmitteln für Landesgesellschaften in den Landesetat einzuführen, verbunden mit einer jährlichen Berichtspflicht;

fünftens durch eine Satzung für landeseigene Gesellschaften Binnengeschäfte zur Erhöhung der gesellschaftseigenen Liquidität - wie bei der LEG geschehen - auszuschließen;

sechstens die landeseigenen Gesellschaften zu verpflichten, eine vollständig konsolidierte und testierte Konzernbilanz auch

dann vorzulegen, wenn es nach dem Handelsgesetzbuch noch nicht erforderlich ist;

siebte die Vertreter des Landes in Aufsichtsräten und anderen Kontrollorganen unter Beachtung der Regelungen des Handels- und Gesellschaftsrechts zu verpflichten, bei strukturellen Fehlentscheidungen der Gesellschaften unverzüglich ihren jeweiligen Dienstvorgesetzten zu unterrichten;

achtens bei der Entsendung von Landesbediensteten in Aufsichtsräte oder andere Kontrollorgane eventuelle Interessenkonflikte, die sich aus der Kopplung von Amt und Mandat ergeben könnten, auszuschließen;

neuntens die in der LEG i.L. verbliebenen Projekte durch das jeweilige Fachressort zu prüfen und auf ihre Fortsetzung hin beurteilen zu lassen;

zehntens der Landesregierung einen festen Zeitrahmen für die Liquidation der LEG zu setzen. Dies ist notwendig, damit die Kosten für den Liquidator nicht ohne Zeitbegrenzung ins Unermessliche wachsen können.

Unser Fazit der dreijährigen Arbeit im Untersuchungsausschuss: Wenn es uns gelingen wird, durch die Verwirklichung der oben gemachten Vorschläge dafür zu sorgen, dass sich ein ähnliches Desaster einer landeseigenen Gesellschaft nicht wiederholt, hat sich die umfangreiche Arbeit gelohnt. Dann bestehen bessere Aussichten, das Land vor Schaden zu bewahren. Damit stehen auch mehr dringend benötigte Finanzen zum Umbau des Landes hin zu einer besseren und sozialeren Gesellschaft zur Verfügung.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Herr Helm gesagt hat. Er hat den „Haufen wilder Kerle“ zitiert. Ich habe das in Abstimmung mit meinem Kollegen Christoffers geklärt: Dies entspricht absolut nicht unserem Sprachgebrauch.

(Klein [SPD]: Das war gar nicht so schlecht!)

Ich weiß nicht, wie Sie zu diesem Zitat gekommen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die Fraktion der SPD, für die der Abgeordnete Klein sprechen wird.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der LEG-Untersuchungsausschuss hat eine Reihe von zeitlich aufeinander folgenden Gründen für die wirtschaftliche Entwicklung der LEG von 1991 bis 2001 festgestellt. Entsprechend kann auch die Verantwortung bestimmter Personen und Personengruppen für die wirtschaftliche Entwicklung der LEG nur differenziert betrachtet werden. Es gibt weder einen einzigen herausragenden Grund, der zur Liquidation geführt hat, noch gibt es einen einzigen Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung.

Die LEG - noch einmal zur Erinnerung - wurde 1991 zur Durchführung landespolitisch bedeutsamer Entwicklungsvor-

haben gegründet. Dieses Ziel, aktiv Strukturpolitik inmitten eines beispiellosen wirtschaftlichen Umbruchs zu betreiben, war damals völlig unumstritten, auch wenn sich heute davon mancher verabschieden möchte. Dessen Berechtigung wurde im Grundsatz von niemandem in Abrede gestellt, auch nicht in diesem Hause.

Die LEG wurde in der Folge bis 1995 mit Eigenkapital in Höhe von 120 Millionen DM ausgestattet. Es ist geradezu grotesk, dass manche in diesem Hause die Ausstattung der BLG mit 50 Millionen DM als zu opulent und die 120 Millionen DM für die LEG als nicht ausreichend angesehen haben.

Damit kommen wir zum ersten Konstruktionsfehler der LEG, der deutlich angesprochen werden muss. Aus heutiger Sicht wäre es - dies würde dem so genannten Thüringen-Modell entsprechen -

(Oh! bei der PDS)

insgesamt risikoärmer und transparenter gewesen, die LEG in der Art und Weise eng an den Landeshaushalt anzubinden, das benötigte Geld projektbezogen jeweils über den Haushalt zur Verfügung zu stellen und entsprechend auch gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber Rechenschaft abzulegen.

Das ist das, was der Kollege Helm eben gesagt hat und wo wir uns auch in der Verantwortung sehen. Wir haben nicht gesagt, Herr Helm: „der Landtag insgesamt“, sondern wir bekennen uns auch zu diesem Konstruktionsfehler - eine Fehlentscheidung, wie wir heute wissen, aber eben heute wissen. Wir sehen dies als einen bedeutsamen Fehler in der Gründungsphase der LEG an.

In den 90er Jahren wurden allgemein große Hoffnungen in die zukünftige Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg, insbesondere in die des engeren Verflechtungsraumes, des so genannten Speckgürtels, gesetzt. Diese hochfliegenden Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht. Es war auch nicht die SPD, die das Wort von den „blühenden Landschaften“ erfunden hatte. Ich erwähne das, weil man sich diese Aufbruchstimmung heute noch einmal vor Augen halten muss, um manche Entscheidung richtig einordnen zu können.

Die Lage wird heute zurückhaltender - ich möchte sagen: auch realistischer - eingeschätzt. Das ist auch richtig so. Damals aber waren die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung andere, und dies durchaus nicht nur bei den Verantwortlichen der LEG.

Dies ist gewissermaßen die Folie, auf der man die Tätigkeit der LEG in den 90er Jahren beurteilen muss, um manche Entscheidungen, die sich im Nachhinein als schwere Fehler erwiesen haben, richtig einordnen zu können. Dies gehört zum Gesamtbild und auch zur Fairness einfach dazu.

Ganz besonders im Immobilienmarkt kam es Mitte der 90er Jahre zu einer tief greifenden Krise, deren Ende heute noch nicht absehbar ist. Wer sich die aktuelle Lage der Immobilienwirtschaft in der Region vor Augen führt, muss feststellen, dass keineswegs nur die LEG Opfer ihrer völlig überzogenen Erwartungen wurde. Öffentliche und private Unternehmen haben sich gleichermaßen an vermeintlichen Chancen berauscht, die, wie wir heute wissen, auf Sand gebaut waren.

Genau diese Erwartung einer rasch boomenden Region hatte aber zunächst entsprechende Auswirkungen auf die Grundstückspreise. In dieser Situation erwarb die LEG ohne politische Vorgaben Grundstücke und begann Projekte, die sich später nicht zu den ursprünglich erwarteten Preisen vermarkten ließen. Hier liegen aus heutiger Sicht gravierende unternehmerische und politische Fehleinschätzungen vor. Daran wollen wir auch nichts beschönigen.

Aber zu dem pauschalen und natürlich politisch motivierten Vorwurf des Kollegen Homeyer, die LEG habe nur Schrott produziert, möchte ich hier doch einiges sagen. Lieber Kollege Homeyer, erkundigen Sie sich dazu doch einmal bei Ihrem Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Vogel. Er wird Ihnen zu einem wichtigen LEG-Projekt sicherlich genau das berichten, womit er schon in der „MAZ“ vom 27.09.2003 zitiert wurde: Das GVZ Wustermark gehört zu den erfolgreichsten Projekten in Brandenburg. - So wenig das zu Ihrer Wahlstrategie passen mag: Fakten muss man eben einfach auch zur Kenntnis nehmen. Das GVZ ist im Übrigen nicht das einzige Beispiel. Selbst in Wünsdorf ist, wie die gestrige Festveranstaltung gezeigt hat, längst nicht alles Schrott.

Es ist eben eine Legende, die Geschichte der LEG nun rückblickend als eine einzige Abfolge von Desastern, Luftschlössern und Abenteuern zu beschreiben. Nein, es wurde keineswegs nur Schrott produziert, aber es wurden auch Fehler gemacht, die in der Summe so schwerwiegend waren, dass die Liquidation der LEG am Ende unausweichlich wurde.

Ein Wort noch zur PDS, zu dem, Herr Warnick, was Sie eben gesagt haben. Haben sich nicht auch Ihre Kollegen in der Person des Kollegen Dobberstein und des Kollegen Christoffers des Engagements der LEG gerade in Eberswalde-Britz bedient? -

(Frau Osten [PDS]: Was heißt denn hier bedient? - Beifall bei der PDS)

Es muss eben einfach Wahrheit bleiben, was auch Wahrheit ist.

Der Niedergang der LEG war trotz der strukturellen Mängel nicht vermeidbar.

(Zuruf der Abgeordneten Stobrawa [PDS])

Dieser Niedergang war zu einem guten Teil hausgemacht. Die Geschäftsführer der LEG und der Geschäftsführer der LEG-Tochtergesellschaft EWZ in Wünsdorf haben aufgrund gravierender Fehler im Management die negative wirtschaftliche Entwicklung der LEG verstärkt und bei einigen Engagements sogar selbst verursacht. Auch das muss man deutlich ansprechen. Auch in einer landeseigenen Gesellschaft kann niemand das Management aus seiner unternehmerischen Verantwortung entlassen.

Ein grundlegender unternehmerischer Fehler in der LEG, für den die Geschäftsführer die Verantwortung tragen, war das Unterlassen der Einrichtung eines Controllings, das diesen Namen verdient hätte. In der LEG wurde nur in Ansätzen systematisch geplant und kontrolliert. Dieser Umstand ist Aufsichtsrat und Gesellschafter in seinem Ausmaß nicht zur Kenntnis gelangt.

Dies hatte auch mit der unzureichenden Berichterstattung der LEG-Geschäftsführer gegenüber ihrem Aufsichtsrat und ihrem Gesellschafter zu tun. Das notwendige Controlling hat in einem Ausmaß versagt, das kaum vorstellbar ist. So lässt sich eine Landesgesellschaft nicht führen und die Geschäftsführer müssen dies auch gewusst haben.

Nach der Lektüre der Voten der Fraktionen muss ich sagen: In diesem Teil der Bewertung stimmen die Fraktionen völlig überein. Ich verstehe deshalb nicht, dass der Kollege Helm nicht den Versuch einer Einigung unternommen hat.

In der Rede des Kollegen Helm kamen noch mehr Gemeinsamkeiten zum Vorschein. Mit unserer folgenden Bewertung dürften ebenfalls alle übereinstimmen: Die LEG gab für politisch gewollte Strukturentwicklung, aber auch für abenteuerliche Extratouren mehr Geld aus, als hineinkam. Es fehlte der kritische Blick, der in verantwortungsvoller Weise landespolitische Prioritäten identifizieren und ihre Umsetzung finanziell untersetzen konnte. Auch dies hat zum verhängnisvollen Niedergang der LEG wesentlich beigetragen.

Ausgangspunkt für die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung der LEG war das Unterlassen weiterer Eigenkapitalzufuhr ab 1995. Der Gesellschafter hatte die LEG ab 1995 darauf verwiesen, zur Finanzierung ihrer Tätigkeit projektbezogene Gesellschafterdarlehen - diese wurden in erheblichem Umfang, nämlich in Höhe von 120 Millionen DM, auch gewährt - sowie Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Damit sollte eine bessere Transparenz der Verwendung zugeführter Mittel erreicht werden.

Die LEG beschränkte sich jedoch nicht auf diese Finanzierungsmöglichkeiten, sondern begann, sich Kapital über die Auflage von Immobilienfonds zu beschaffen. Dies betraf Objekte überwiegend in Wünsdorf, Elstal und Groß Glienicke. Diese Mietgarantien waren aus Anlegersicht quasi staatliche Garantien und minimierten somit das Anlagerisiko.

Die Entscheidung zum Einstieg in die Fondsfinanzierung war folgenschwer. Die Immobilienfonds entwickelten sich zu einem der hauptsächlichen und langfristigen Verlustbringer der LEG. Wie hoch die Verluste insgesamt sein werden, ist derzeit nicht absehbar. Ich will das hier auch offen sagen: Diese langfristigen Mietgarantien, sozusagen ein Rundum-Sorglospaket für Anleger, können nicht anders als als skandalös bezeichnet werden. Hier wurden alle Regeln kaufmännischer Vorsicht schlichtweg über Bord geworfen zulasten des Steuerzahlers, der die Zeche noch lange wird bezahlen müssen.

Die LEG-Gruppe verschaffte sich auf diesem Wege Erträge in Höhe von 48 Millionen DM, die sie nicht, wie vom Aufsichtsrat gefordert, zur Abdeckung der Risiken aus den garantierten Mieten, sondern anderweitig verwendete.

Die Risikokalkulation, die Kontrolle der Betriebsfelder und der Haushaltsbelastung wurden bei der LEG vernachlässigt. Die Verantwortlichen im Unternehmen haben sich gegenüber politischen Wünschen, darunter auch manchmal auch nur vermuteten Wünschen, mitunter fast willfährig verhalten. Die Spielregeln kaufmännischen Verhaltens traten demgegenüber völlig in den Hintergrund.

Auch die der LEG beigeordneten Kontrollgremien, insbesondere der Aufsichtsrat, sind ihrer Mitverantwortung von 1996

bis 1999 nicht in ausreichendem Maße gerecht geworden. Für erforderlich befundene Korrekturen wurden nicht konsequent durchgesetzt. Wir sehen beim Aufsichtsrat daher ebenfalls eine Mitverantwortung und nicht, wie Sie, Herr Helm, gesagt haben, eine Mitschuld für die Fehlentwicklung der LEG.

Als problematisch sehen wir es dabei an, dass der Abteilungsleiter der Beteiligungsverwaltung des Finanzministeriums in den Aufsichtsrat der LEG berufen wurde. Die dabei entstehenden Interessenkonflikte haben zu einer Schwächung der Kontrolle geführt. Das hätte man auch damals schon sehen müssen.

Im Ergebnis der Beweisaufnahme ergaben sich allerdings keine Anhaltspunkte dafür, dass die schwere Krise der LEG für den Gesellschafter schon vor dem Jahr 2000 ersichtlich gewesen war. Die politische und finanzielle Begleitung der LEG durch die Landesregierung vor und nach 1999 hätte allerdings wesentlich intensiver sein müssen. Auch dies muss kritisch festgehalten werden. Es gibt entsprechende Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Der Untersuchungsausschuss 3/2 ist der Frage intensiv nachgegangen, ob, wie gelegentlich behauptet wird, in den Jahresabschlüssen der LEG bzw. der LEG-Gruppe zwischen 1995 und 1998 auf Wunsch des Gesellschafters oder des Aufsichtsrats die wirtschaftliche Lage bewusst fälschlich zu positiv dargestellt wurde. Dieser Verdacht konnte durch die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses nicht belegt werden. Das will ich hier noch einmal deutlich feststellen, damit der Legendenbildung entgegengetreten werden kann.

Durch Zeugenaussagen belegt ist vielmehr nur, dass die LEG-Geschäftsführung bis zum Geschäftsjahr 1998 unter weitgehender Ausnutzung des handelsrechtlich üblichen und zulässigen Spielraums und unter Missachtung der ausdrücklich und wiederholt geäußerten Wünsche des Aufsichtsrats nach vorsichtiger und risikobewusster Bilanzierung Vermögensgegenstände möglichst positiv bewertet hat. Die Zulässigkeit dieser Bilanzierungspraxis wurde nicht zuletzt durch die Aussagen der mit der Prüfung der Jahresabschlüsse befassten Wirtschaftsprüfer unterstützt, die sich hinsichtlich der Bewertung des Immobilienbestandes auf den Grundstücksmarktbericht der Gutachterausschüsse im Lande Brandenburg berufen konnten. Im Übrigen hat die Tätigkeit des Ausschusses in diesem Zusammenhang zur Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen geführt, deren Ergebnis abzuwarten ist.

Der Untersuchungsausschuss 3/2 hatte sich schließlich mit der Frage zu befassen, ob es Möglichkeiten einer Sanierung der LEG gab. Zeugen haben übereinstimmend ausgesagt, dass zum Zeitpunkt der Liquidationsentscheidung kein tragfähiges Zahlenwerk vorgelegen habe. Die Zahlen seien durch die LEG dauernd geändert worden. Die Liquidationsentscheidung war daher genau die richtige Entscheidung. Die von der großen Koalition getragene Landesregierung hat sich entsprechend dem Vorschlag der Finanzministerin Dagmar Ziegler für eine Liquidation, also für eine geordnete Abwicklung unter Vermeidung einer Insolvenz, entschieden. Eine Weiterführung der Gesellschaft wäre keinesfalls infrage gekommen, auch wenn es Rufe danach gab. Eine Insolvenz war völlig ausgeschlossen; denn die Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit des Landes und anderer landesbeteiligter Einrichtungen wäre nicht zu verantworten gewesen.

Im Rahmen einer Insolvenz wären alle Vermögenswerte durch Zerschlagung vernichtet worden. Nur im Liquidationsverfahren bleibt dem Land die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die weitere Behandlung der Projekte. Eine wirtschaftliche Weiterführung infrastrukturpolitisch bedeutsamer Projekte - ich erinnere an Güterverkehrszentren, Wünsdorf, Kulturstandort Potsdam, Premnitz - durch die LEG wäre im Falle ihrer Insolvenz nicht möglich gewesen. Zudem ermöglichte nur die Liquidation einen sozialverträglichen Personalabbau.

Unser Fazit: Mangelnde Transparenz, fehlendes unternehmerisches Risikobewusstsein und Risikomanagement sowie nicht zuletzt politisches Wunschenken waren die wesentlichen Ursachen für das Scheitern der LEG. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ehler [CDU])

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal sollten wir uns alle hier vor Augen halten: Wir haben in dieser Legislaturperiode drei Untersuchungsausschüsse begleitet. All diese Untersuchungsausschüsse stehen mit Sicherheit für eines Pate, nämlich für die Serie an Inkompetenz, Pleiten, Pech und Pannen einer SPD- und einer SPD/CDU-Landesregierung im Umgang mit strukturellen und industriellen Großprojekten. Die Serie an Pleiten dieser Landesregierungen ist bekanntlich noch länger. CargoLifter, Lausitzring gehören ja ebenfalls dazu. Zusammengenommen kosten diese Pleiten unsere Bürger, die Steuerzahler, über 1 Milliarde Euro und der ohnehin klamme Haushalt unseres Landes Brandenburg wird hierdurch schwer belastet.

Dieses ganze Drama spielte sich und spielt sich zudem noch vor folgendem Hintergrund ab: In den nun bald 14 Jahren seit der deutschen Wiedervereinigung ist es den jeweils politisch verantwortlichen Regierungsparteien hier bei uns in Brandenburg und natürlich auch im Bund aufgrund ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik auch nicht im Ansatz gelungen, einen selbst tragenden Aufschwung zu erreichen. Und: Wir sprechen vom Umbau des Sozialstaates - Stichwort: Hartz IV - , und in Brandenburg von der Streichung von Standards für das Leben der Bürger; Stichworte: Abwälzung der Kosten für Schülerbeförderung, Kita- und Schulschließungen, Studiengebühren und höhere Kommunalabgaben.

So sind die tatsächlichen Verhältnisse hier bei uns in Brandenburg sichtbar. Das sind die Fakten. Vor deren Hintergrund werden die Arbeit des LEG-Untersuchungsausschusses und seine Ergebnisse zu diskutieren sein. Daran werden wir als DVU-Fraktion die Vorgänge im Untersuchungsausschuss 3/2 und in der LEG zu messen haben.

Kommen wir zunächst zur Arbeit des Untersuchungsausschusses. Fast drei ganze Jahre hat dieser Ausschuss getagt und recherchiert. Es wurde viel geredet, viel Papier verbraucht und es wurden viele Kosten produziert.

Welches Ergebnis steht nach alledem unterm Strich?

Zunächst doch erst einmal Folgendes, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion und SPD-Regierungsmitglieder: Während man der CDU-Fraktion ja zugute halten muss, dass sie leidlich um Sachaufklärung bemüht war, haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, diesen Untersuchungsausschuss gerade auch gegen Ende zu Wahlkampfzwecken umfunktioniert. Sie haben im Untersuchungsausschuss Chipfabrik versucht - wohlgemerkt: anders als Ihre Kollegen von der CDU -, sich von der Verantwortung für dieses Desaster LEG reinzuwaschen. Sie haben es nicht geschafft, zusammen mit Ihrem Koalitionspartner ein gemeinsames Votum zu unterbreiten. Der Grund: Ihr Koalitionspartner sieht Ihren ehemaligen Ministerpräsidenten Stolpe in der politischen Mitverantwortung für die LEG-Pleite und Sie ignorieren das aus wahltaktischen Gründen völlig. Aber vor allen Dingen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Ihr Koalitionspartner CDU hat in dieser Hinsicht einmal Recht. Auch wir von der DUV-Fraktion kommen zu keinem anderen Ergebnis. Für uns ist dieses LEG-Desaster ein typisches SPD-Filz-Produkt mit einer Hauptfigur an der Spitze: dem damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Der CDU haben Sie dieses Kuckucksei LEG sozusagen als Brautgabe ins Koalitionsnest gelegt.

(Oh! bei der SPD)

Diese SPD-Interessenlagen vorweggeschickt, kann man sich über einige Vorgänge im Ausschuss wohl nicht mehr sonderlich wundern. Unserer DVU-Fraktion wurde die Arbeit, wo es ging, erheblich erschwert. Die Reihenfolge zum Reden wurde nicht nach Wortmeldungen, sondern nach Fraktionsstärke festgelegt. Unsere Initiativen und Beweisanträge wurden von der Mehrheit ständig abgelehnt. Sie können wohl aber gar nicht so schlecht gewesen sein; denn sie tauchten in leicht abgewandelter Form als Anträge anderer Fraktionen, zumeist PDS und auch CDU, oftmals wieder auf.

Die PDS war zunächst noch an sachlicher Aufklärung interessiert. Dieses Interesse nahm aber zusehends ab je mehr sich der Wind politisch drehte. Sie gingen sozusagen auf Schmusekurs mit der SPD.

(Zuruf von der PDS: Oh nee!)

- Sie lachen, aber es ist so. - Das Verhalten der PDS ab diesem Zeitpunkt lässt sich auf eine Formel bringen: Erst kommt die Macht, dann die Partei, dann das Land und dann erst das Volk. Das, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, kennt hierzulande jeder, nämlich aus der Zeit vor dem 9. November 1989.

(Beifall bei der DVU)

Müßig noch zu erwähnen - wen wundert es auch -, dass das Aufklärungsinteresse zuletzt gleich null war. Die SPD wird zur Machtübernahme gebraucht. „Rotkäppchen und der Wolf lassen grüßen“, kann ich da nur sagen.

Nach all diesem Ausschusschaos auf Kosten unseres Landes und seiner Bürger lässt sich eines allerdings positiv hervorheben, und zwar die faire Ausschussleitung durch den Abgeordneten Helm und seiner Ausschussassistenten unter den obwaltenden Umständen. Dieser hat auch mit uns immer sachlich und

fair im Sinne des Untersuchungsauftrages zusammengearbeitet und dafür gebührt ihm unser Dank.

(Beifall bei der DVU)

Ein herzliches Dankeschön geht auch an die Referenten meiner Fraktion.

Kommen wir nun zu den sachlichen Ergebnissen unserer DVU-Fraktion. Das Ergebnis ist ganz eindeutig. Der ehemalige Ministerpräsident Stolpe trägt politisch die Hauptverantwortung an der LEG-Pleite und dem daraus entstandenen Schaden. Wer denn sonst, bitte schön? Er hat die LEG doch ganz maßgeblich in der Regierung und in der Öffentlichkeit gefördert. Wer als verantwortlicher Politiker, noch dazu als Ministerpräsident eine solche Unternehmung wie die LEG in dieser Weise fördert, der muss auch dafür sorgen, dass diese Unternehmung Aufgaben im Gemeinwohlinteresse wahrnimmt, und muss auch für ausreichend Kontrolle sorgen. Bei der LEG ist aber ganz offensichtlich weder das eine noch das andere erfolgt.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie können noch froh sein, dass diese Pleite im politischen Bereich und nicht in der freien Wirtschaft passiert ist. Da müsste sich mit hoher Wahrscheinlichkeit jemand neben Herrn Ackermann auf die Anklagebank setzen. Diesen Jemand ziehen Sie doch wohl besser via Rente ganz schnell aus dem Verkehr, bevor er in Sachen Maut die nächste Riesenpleite hinlegt.

(Beifall bei der DVU)

Aus Sicht der DVU-Fraktion waren das bei der LEG von Beginn an Zustände wie in einem Tollhaus. Nichts, aber rein gar nichts wurde dort beachtet, was jeder normal denkende Mensch für wesentlich halten muss. Dabei wurde durch den Untersuchungsausschuss noch nicht einmal klar, ob das nur grob fahrlässig oder gar bewusst geschah. Ja, meine Damen und Herren, wenn dafür niemand politisch verantwortlich ist, für was denn bitte sonst?

Weiter dazu im Telegrammstil: Gemeinwohlinteressen? - Die Personalbesetzung geschah überwiegend mit Westimporten. Die Begründung des Zeugen Kühbacher war, im Osten seien keine Fachleute vorhanden oder verfügbar gewesen.

Etwaige offene Ausschreibungen? - Fehlanzeige.

Konkrete wirtschaftliche Ziele wurden nicht verfolgt. Dazu der Zeuge Baesecke: Hätten wir Geld verdienen sollen, dann hätten wir Geld verdient.

Stattdessen kam es zu einer Gründungs-inflation an Untergesellschaften; deren konkreter Zweck war unklar. Dafür tummelten sich hier bekannte Köpfe in Personalunion. Nach Bekundung der Landesregierung stieg da niemand mehr durch. Zwischen den Untergesellschaften und der LEG-Mutter fanden so genannte Binnengeschäfte statt, um einen umfänglichen und regen Geschäftsverkehr vorzugaukeln, der für das Land keine strukturpolitischen Effekte im Sinne des Gesellschaftszweckes bewirkte.

Geld wurde mit vollen Händen ausgegeben; hohe Mietgarantien zulasten der LEG und des Landes. Hier wurden Fonds gegründet und mit Mietgarantien über 15 bis 20 Jahre versehen. Regelmäßig erfolgten Abrechnungen zu horrenden Stundenlöhnen.

Es gab überdimensionale Summen für Werbung, sonstige Imagepflege, Gutachten, Sommerfeste in gros. Zeitungen und Ähnliches wurden ausgegeben. Allein für die Beschaffung eines Bankberatungstermins wurden sage und schreibe 100 000 DM auf den Tisch gelegt. Ausschweifend erfolgten Zahlungen an das Personal. Ausschweifend wurden Mitarbeiter eingestellt. Die LEG hatte schließlich ca. 280 Beschäftigte. Wie gesagt: ohne konkrete politische Zielvorgaben.

An das Mitglied des Bundestages Jürgen Vahlberg von der SPD wurden monatliche Vorausprovisionen ohne jede Tätigkeits- oder Leistungsvorgaben bzw. Nachweise gezahlt. Entsprechend unklar bleiben auch die Modalitäten der Übernahme des Herrn Rommerskirchen - SPD - in die LEG Berlin-Brandenburg. Heute ist er Personalvorstand der Berliner Flughafen-Holding.

Kontrolle? - Völlige Fehlanzeige. Dazu exemplarisch der Zeuge Leonhardt zum Verhältnis Geschäftsführung/Aufsichtsrat/Regierung in seiner zweiten Vernehmung:

„Sie konnten es wohl nicht. Und die politische Führung konnte es nicht und wollte es nicht.“

Irgendwelche Aktivitäten von Regierungsseite erfolgten nicht einmal, als der Rechnungshof des Landes Brandenburg als oberstes Gremium der Haushaltskontrolle die Beteiligungsverwaltung und eine Vielzahl haushalterischer Missstände rügte.

Obendrein - das ist der Gipfel - haben sich leitende Angestellte der LEG sozusagen zusätzlich selbst bedient. Diese nutzten ihr Insiderwissen, um sich selbst Anteile an den besagten Fonds mit diesen horrenden Mietgarantien über 15 bis 20 Jahre zu beschaffen. Das alles hat niemand von Ihnen erkannt oder gewusst, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion? Das würde ja schon an geradezu törichte Blindheit grenzen. Dann geben Sie mal schön Ihre Schulabschlüsse zurück; denn das wäre ja tief unterhalb von PISA.

(Beifall bei der DVU)

Mir drängt sich mehr und mehr der Verdacht auf: Es sollten mit der LEG von vornherein keine Gemeinwohlinteressen verfolgt werden. Es sollte gar keine Kontrolle stattfinden. Dafür soll niemand politisch verantwortlich sein? Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Sehen Sie endlich ein, dass Sie den Brandenburger nicht für dumm verkaufen können. Da wären Sie schon ein großes Stück weiter.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss 3/2 war erfolgreich.

Im Sinne des Urteils des Landesverfassungsgerichts vom 16.10.2003 war es Gegenstand des Untersuchungsausschusses, die Verantwortung der Landesregierung und ihre Landesvertreter am Scheitern der LEG umfassend aufzuklären. Der Untersuchungsausschuss hat seinen Auftrag erfüllt und Licht ins Dunkel der nunmehr in Liquidation befindlichen LEG gebracht.

Die Ursachen für das Scheitern der LEG sind relativ einfach auszumachen. Sie beginnen bereits bei ihrer Gründung. Diese beruhte auf einem äußerst vagen Konzept. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme steht für uns fest, dass es bei der Gründung der LEG im Jahre 1991 durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe und die von ihm geführte Landesregierung dilettantisch zugegangen sein muss. So gab es keine kaufmännisch kalkulierte Unternehmensplanung, keine Wirtschaftlichkeitsberechnung, keine Kosten-Nutzen-Berechnung, keine Kapitalbedarfsberechnung, es fehlten eine kaufmännische Verlust- und Risikokalkulation sowie eine Marktanalyse über die Entwicklungsmöglichkeiten der Landesentwicklungsgesellschaft.

Der verhängnisvollste Konstruktionsfehler war jedoch die ständige Unterkapitalisierung der LEG. Für die Unterkapitalisierung des kostenintensiven, hoch verlust- und risikoträchtigen sowie ertragsschwachen Geschäftsmodells LEG waren der ehemalige Ministerpräsident Dr. Stolpe aufgrund seiner Richtlinienkompetenz gemäß Artikel 89 Abs. 1 der Landesverfassung und der ehemalige Finanzminister Kühbacher aufgrund seiner Entscheidungskompetenz persönlich verantwortlich.

Die dann folgende, fast zehn Jahre andauernde Historie der LEG war bis zu ihrer Liquidation gekennzeichnet durch die Fortsetzung der entscheidenden Gründungsfehler, ein unqualifiziertes Management, nicht kalkulierbare unwirtschaftliche Risikogeschäfte auf den Gebieten der Konversion, der Landesentwicklung, der Förderung von brachen Industriestrukturen und des Wohnungsbaus. Die Konzernausweitung mithilfe von Tochter- und Beteiligungsunternehmen war kaum noch zu überblicken. Es mangelte an Kontrolle seitens der Landesregierung, der Gesellschaftervertreter und der Aufsichtsgremien. Auftretende Verluste wurden politisch verschleiert.

Angesichts dieser Fakten war der Untergang der LEG zumindest seit Mitte der 90er Jahre sowohl für das Unternehmen als auch für die damalige Landesregierung klar absehbar. Für die Gründung des LEG-Konzerns als 100%iger Tochter des Landes, für den erfolglosen Verlauf der Arbeit und die Liquidation des Konzerns trägt in erster Linie der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Dr. Stolpe im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz die herausgehobene politische Verantwortung.

Bei seiner Befragung als Zeuge wälzte der frühere Ministerpräsident Dr. Stolpe jedoch die Schuld auf seine Minister, die in die Aufsichtsgremien entsandten Beamten und die früheren Geschäftsführer der LEG ab. Völlig unglaubwürdig ist nach unserer Erkenntnis seine Behauptung, er sei erst sehr spät, nämlich durch die Konzernbilanz 2000, auf die missliche Gesamtsituation der LEG aufmerksam geworden.

Während der Befragung durch den Untersuchungsausschuss wurde Dr. Stolpe auch zu seinen legendären Notizen auf kleinen Zetteln vernommen. Angesprochen auf diese Notizen, die er bei seinen Reisen durch das Land schrieb und an zuständige Minister, Landesbedienstete und zum Teil auch unmittelbar an die LEG weiterleitete, die diese dann selbstverständlich als Weisungen oder Aufträge verstanden, bestritt Herr Dr. Stolpe die genannte Bedeutung seiner Zettel. Aufträge oder Weisungen seien das nicht gewesen, sondern mehr oder weniger Informationen. Wer etwas anderes behauptete, begehe im Sinne einer Ausrede eine Pflichtverletzung.

Dieser Einschätzung können wir nicht folgen. Die kleinen weißen Zettel des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe, von denen auch der ehemalige Finanzminister Kühbacher bei seiner Zeugenvernehmung berichtete, verkörperten ohne jeden Zweifel Richtlinienentscheidungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe gemäß Artikel 89 Abs. 1 unserer Landesverfassung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es liegt mir fern, den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe - weder das Amt noch die Person - beschädigen zu wollen.

(Zurufe von der SPD - Klein [SPD]: Das ist aber nicht ersichtlich!)

Doch was er uns bei seiner Vernehmung im Hinblick auf seine verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit an Allgemeinplätzen und Unverbindlichkeiten sowie angeblichem Nichtwissen geboten hat, war angesichts einer mindestens 200-Millionen-Euro-Pleite gelinde gesagt eine Zumutung.

Von der politischen Hauptverantwortung des ehemaligen Ministerpräsidenten komme ich nun zur zweiten Verantwortungsebene, der Ministerebene.

Für die Entwicklung und Liquidation der LEG sowie den Verbrauch von 120 Millionen DM Eigenkapital aus der Landeskasse tragen der ehemalige Bauminister Meyer genauso Verantwortung wie der ehemalige Finanzminister Kühbacher sowie die ehemalige Finanzministerin Dr. Simon. Sie alle hatten nach dem eindeutigen Ergebnis der Beweiserhebung ihren jeweiligen Anteil an dem im CDU-Votum genau beschriebenen unprofessionellen Handeln und den schwerwiegenden Versäumnissen.

Ein besonders trauriges Kapitel der fast zehnjährigen negativen Gesamtbilanz des größten staatlichen Immobilienkonzerns Brandenburgs stellt die dritte Ebene der Verantwortungsträger dar. Gemeint ist die Beamtenebene. Die von der Landesregierung in die Aufsichtsgremien der LEG entsandten Staatssekretäre und Ministerialdirigenten waren für die negative Entwicklung und die LEG-Liquidation mindestens ebenso verantwortlich wie ihre Minister. Sie haben während ihrer Amtszeit ihre Pflichten im Rahmen der beamtenrechtlichen Weisungsgebundenheit - hier insbesondere ihre Berichtspflichten - nicht erfüllt. Das gilt in besonderem Maße für den in den Aufsichtsrat der LEG entsandten Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Gräf und den Abteilungsleiter im Finanzministerium, Ministerialdirigent Baesecke.

Eine besondere beamtenrechtliche Schlüsselposition innerhalb des Gesamtgefüges hatte der ehemalige Staatssekretär Dr. Mentrup inne. Er hatte alle wichtigen Fäden in der Hand und verfügte damit über ein Herrschaftswissen und eine Machtposition besonderer Art. Bezeichnend ist der Ausspruch: „Bei ihm war Schluss!“ Zeugen sagten dies und meinten damit, dass er sein Herrschaftswissen in entscheidenden Punkten nicht weitergab, zum Teil nicht einmal an seine Minister.

Nun komme ich zur vierten Verantwortungsebene, der Ebene der Geschäftsführer. Die beiden ehemaligen LEG-Geschäftsführer Pause und Heitmann haben nach unseren Erkenntnissen im Untersuchungsausschuss ihre Geschäftsführungspflichten umfassend verletzt. Sie verstießen gegen handelsrechtliche Bilanzvorschriften, namentlich gegen die gesetzlichen Gebote

der Bilanzwahrheit, der Vollständigkeit, der kaufmännischen Vorsicht, der Imparität, der Willkürfreiheit und der Bewertungsstetigkeit. Mindestens seit 1995 verschleierten sie die sich dramatisch verschlechternde Vermögens-, Kapital- und Ertragslage sowie den damit einhergehenden Verbrauch des aus der Landeskasse eingezahlten Eigenkapitals.

Eine letzte Bemerkung zur Sache. Ob im Hinblick auf die finanzielle Situation der LEG die Liquidation der Weisheit letzter Schluss war, darf nach dem Urteil von sachverständigen Zeugen bezweifelt werden;

(Einzelbeifall bei der CDU)

denn die LEG in Liquidation zu schicken war für das Land und damit für den Steuerzahler die unwirtschaftlichste und letztendlich teuerste Lösung.

(Klein [SPD]: Nein, das stimmt nicht! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich zitiere den Herrn Ministerpräsidenten Platzeck aus seiner Regierungserklärung

(Zuruf von der SPD)

vom 11. Dezember 2003:

„Fehlende Transparenz, mangelndes Risikobewusstsein und politisches Wunschdenken waren auch die Ursache für das Scheitern der Landesentwicklungsgesellschaft. Es gingen auf allen Ebenen, in allen Gremien des Unternehmens die kritische Distanz zu einzelnen Engagements und offenbar auch der Gesamtüberblick verloren. Zu viele Verantwortliche im Unternehmen scheinen sich geradezu willfährig gegenüber politischen Wünschen - manchmal auch nur vermuteten - verhalten zu haben.“

(Zuruf von der SPD: CDU-Bürgermeister!)

„Sie haben dies nach meinem Eindruck zum Maßstab für ihr unternehmerisches Handeln gemacht und die Spielregeln kaufmännischen Verhaltens nicht im erforderlichen Umfang beachtet. Die Risikokalkulation, die Kontrolle der Betätigungsfelder und der Haushaltsbelastungen für das Land wurden offenbar vernachlässigt. Auf warnende Hinweise wurde nicht früh und entschieden genug reagiert. So darf eine Verwaltung, so dürfen Vorstände und Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen nicht arbeiten. Und deshalb erwarte ich ausdrücklich von allen Beteiligten künftig die Courage, Fehlentwicklungen und Gefahren zu benennen und diese auszuräumen.“

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

„bevor es zu spät ist. Die Mitglieder der Landesregierung und ihre Mitarbeiter haben hier eine Vorbildfunktion.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben damit die gesamte Misere des Untergangs der LEG auf den Punkt gebracht. Wir müssen Sie heute hier fragen: Welche Konsequenzen wurden denn nun politisch gezogen? - Dem Anschein nach hat sich bis jetzt, bis heute keiner der Verantwortungsträger weder politisch noch rechtlich verantworten müssen.

Die Genannten sind entweder mit hoch dotierten Geschäftsführerposten versorgt worden, befinden sich in Pension oder haben nach wie vor wichtige, einflussreiche Positionen in der Landesverwaltung inne.

Nur gegen den letzten Geschäftsführer, Herrn Geisler, ist der Streit verkündet worden. Aber gerade er hat das Desaster nicht zu verantworten.

Couragiertes und kritisches Auftreten von Beamten wurde nicht honoriert, sondern das Gegenteil trat ein. Der Einzige, der hier im höchsten Maße profitiert - und das noch auf lange Zeit -, ist der Liquidator.

Der Untersuchungsausschuss hat seine umfangreiche, für das Wohl des Landes erfolgreiche Arbeit damit abgeschlossen. Er verfügte wie alle parlamentarischen Untersuchungsausschüsse letztendlich nur über ein „stumpfes Schwert“.

Herr Ministerpräsident, benutzen Sie jetzt das „scharfe Schwert“ Ihrer politischen Verantwortung. Setzen Sie ein Zeichen! - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir gehen in die zweite Runde. Damit erhält der Abgeordnete Christoffers das Wort. Er spricht für die PDS-Fraktion.

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Wie möglicherweise auch andere von Ihnen habe ich heute den Brief des Landesvorsitzenden einer Partei erhalten, die nach zehn Jahren wieder in den Landtag einziehen möchte. Darin werde ich aufgefordert, mich als Politiker anonym dazu zu äußern, ob ich bestimmte Personen im Zusammenhang mit dem LEG-Untersuchungsausschuss dem Verdacht unterziehen möchte, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der LEG für einen Nebenverdienst - sprich: zur persönlichen Bereicherung - missbraucht zu haben. Ich möchte hier für mich feststellen, weil ich Anonymität in diesen Fällen nicht leiden kann, dass mir als Mitglied des Untersuchungsausschusses keine Tatsachen bekannt geworden sind, dass Hartmut Meyer im Zusammenhang mit der LEG diese Tätigkeit in irgendeiner Form zur persönlichen Bereicherung missbraucht hätte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss hatte die Aufgabe, vor allen Dingen die wirtschaftliche Tätigkeit der LEG zu untersuchen. Daraus erklärt sich auch der Antrag der PDS bezüglich des Untersuchungsgegenstandes. Ich glaube, dass der Untersuchungsgegenstand, so wie ihn die PDS beantragte, wesentlich dazu beigetragen hat, dass der Untersuchungsausschuss erfolgreich arbeiten und die Konfliktlinien für das Scheitern der LEG tatsächlich darlegen konnte. Insofern halte ich den Untersuchungsauftrag des LEG-Untersuchungsausschusses für richtungweisend. Ich hoffe nur, dass uns in zukünftigen Legislaturperioden Untersuchungsausschüsse erspart bleiben.

Ich möchte zunächst feststellen, dass ich es zutiefst bedauere, dass es keine gemeinsame bewertende Position der Fraktionen im Untersuchungsausschuss gegeben hat und damit auch kein bewertender Teil des Untersuchungsausschusses als Ganzes vorgelegt wurde. Ich hätte das aus drei Sachverhalten heraus für notwendig gehalten: Erstens geht es mir um den Respekt vor dem Steuerzahler. Zweitens ist mir weder im Untersuchungsausschuss noch aus den Beiträgen bisher deutlich geworden, dass es bei aller unterschiedlichen Akzentsetzung in der Bewertung von festgestellten Sachverhalten keine gemeinsame Bewertung über die politische Verantwortlichkeit, keine gemeinsame Bewertung über die Verantwortung der Geschäftsführung als auch der Aufsichtsgremien möglich gewesen wäre. Insofern bedauere ich das, denn hier ist eine Chance verschenkt worden.

(Klein [SPD]: Genau!)

Drittens: Ich hätte es für notwendig gehalten, in den bewertenden Teil des Gesamtausschusses gemeinsame Schlussfolgerungen aufzunehmen, weil ich der festen Überzeugung bin: Nur bei einer gemeinsamen Befolgung von Schlussfolgerungen aus dem Desaster der LEG können wir in der Perspektive eine solche Fehlentwicklung verhindern.

(Beifall bei der PDS)

Deswegen hat meine Fraktion einen wesentlichen Schwerpunkt ihres Minderheitenvotums auch auf Schlussfolgerungen für zukünftige Tätigkeiten von Landesgesellschaften gelegt.

Wie bereits deutlich geworden ist, ist für das Scheitern der LEG ein Bündel von Ursachen verantwortlich. Eine Alleinverantwortung von irgendjemandem oder von nur einer Institution kann ich nicht erkennen. Ich will deutlich sagen, dass im Bereich der politischen Verantwortung hier nicht nur der ehemalige Ministerpräsident Stolpe benannt werden muss, sondern ich glaube, dass hier von Anfang an ein Stück weit eine Fehlkonstruktion in der politischen Begleitung und in der politischen Kontrolle der LEG vorgelegen hat.

Ich mache das an zwei Punkten fest. Es fand ein Wechsel der Finanzierungsbedingungen auf die ehemaligen Finanzminister, Herrn Kühbacher und Frau Simon, statt. Während Herr Kühbacher Geld bereitgestellt hatte, wurde mit dem Wechsel auf Frau Simon nur noch projektgebunden Geld zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich eine einschneidende Veränderung für die Existenz der Gesellschaft, aus der sich hätten Schlussfolgerungen ergeben müssen, und zwar sowohl im politischen Bereich als auch für die Geschäftsführung.

Im Klartext gesprochen: Wenn ich eine Gesellschaft politisch gewollt mit immer mehr Aufgaben überlaste, die Finanzierung aber radikal wechsele und dann nicht kontrolliere, woher das Geld kommt, das die Gesellschaft einsetzt, um Projekte und Vorhaben umzusetzen, muss ich damit rechnen, dass eine Geschäftsführung über Binnengeschäfte Bilanzmanipulationen vorlegt, weil sie einem vermeintlichen politischen Auftrag folgt. Insofern gibt es hier in den Verantwortungsebenen nicht nur ein Wechselspiel von aus meiner Sicht organisierter Verantwortungslosigkeit, sondern es gibt hier eine eigenständige Verantwortung im politischen Bereich, zumal bei der Vernehmung des Zeugen Kühbacher eines mehr als deutlich geworden ist: Wenn tatsächlich ein politisches Verständnis herrscht, dass

Aufträge, die die LEG zu übernehmen hatte, nicht nach ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Tragfähigkeit, sondern nach einem politischen Wunschenken übernommen worden sind, sind solche Äußerungen wie: „Der Auftrag kam durch Osmose zustande“, oder: „Wir waren ein Korridor“ ein Zeichen dafür, dass weder mit der wirtschaftlichen noch mit der politischen Relevanz der LEG auf der Ebene der Landesregierung jemals die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen wurden.

(Beifall bei der PDS)

Bezüglich der Etatisierung, sprich: der Einstellung von Haushaltsmitteln für die LEG, hat die Fraktion der PDS seit Mitte der 90er Jahre ich weiß nicht wie viele Anträge gestellt, und zwar nach der ersten Kritik des Landesrechnungshofes in diesem Zusammenhang.

(Vietze [PDS]: Richtig!)

Ich finde - auch das muss genannt werden, wenn man hier von der Verantwortung des Parlaments redet -, nicht jeder Vorschlag einer Oppositionspartei ist deswegen falsch, weil er von der Opposition kommt.

(Beifall bei der PDS)

Das zeigen solche Entwicklungen wie die der LEG zum wiederholten Male.

Zweitens: Ich möchte die personelle Verflechtung und den sich daraus ergebenden Interessenwiderspruch zwischen Aufsichtsgremien, Beamten, Ministerien als auch politischen Entscheidungsträgern hier als einen Kernpunkt der Kritik benennen.

Nebenbei bemerkt: Es ist einer Person nicht zumutbar, Leiter des Beteiligungsreferats im Finanzministerium zu sein, also die Aufsichtspflicht gegenüber allen landeseigenen Gesellschaften wahrzunehmen, wenn sie zugleich in den Aufsichtsräten der entsprechenden Gesellschaften vertreten ist. Mir ist keine Person bekannt, die nur schizophren ist. Wenn ich eine Kontrollpflicht im Auftrag des Gesellschafters wahrnehmen muss, aber im Aufsichtsrat an die Interessen der Gesellschaft gebunden bin, dann entwickelt sich daraus ein Interessenwiderspruch, der in den mehrfachen Zeugenaussagen von Herrn Baesecke mehr als deutlich wurde. Dieser Konstruktionsfehler muss beseitigt werden. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass es auch die Fraktion der PDS gewesen ist, die die Besetzung von Aufsichtsräten landeseigener Gesellschaften mehrfach einer generellen Kritik unterzogen hat.

(Beifall bei der PDS)

Hier hätte man vorher steuernd eingreifen können, um dem Interessengegensatz und den sich daraus ergebenden Folgen nicht zum Opfer zu fallen.

Das Dritte betrifft die Geschäftsführung. Ich selbst bin jahrelang Mitglied des Aufsichtsrates einer kommunalen Gesellschaft gewesen. Ich meine etwas davon zu verstehen, wie ein Kontrollgremium arbeiten sollte.

Nach den Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss kann ich nur feststellen: Ein Aufsichtsrat, der jahrelang nicht merkt, dass kein Vertragskataster existiert; ein Aufsichtsrat, der jahre-

lang nicht merkt, dass die Frage der Finanzierungsbedingungen für Projekte und Vorhaben wirtschaftlich nicht abgedeckt ist; ein Aufsichtsrat, der jahrelang nicht merkt, dass bei der Bewertung der bilanzrechtlich zulässige Spielraum immer bis zum Äußersten ausgereizt wird; ein Aufsichtsrat, der jahrelang nicht merkt, dass Binnengeschäfte wesentlicher Bestandteil der LEG-Konzernstruktur sind - auf gut Deutsch: die Tochtergesellschaften der LEG machen miteinander Geschäfte, damit eine bilanzielle Wertsteigerung eintritt, ohne dass ein realer Wert dahinter steht, der für das Land von irgendeinem Nutzen ist -, hat mit der Erfüllung seiner Kontrollpflicht entsprechend dem Gesetz nur wenig zu tun.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen; in der Debatte, aber vor allen Dingen in den Voten der einzelnen Fraktionen ist bereits vieles genannt worden. Ich bin der festen Überzeugung, dass Landesentwicklung auch in Perspektive nicht nur über privates Engagement möglich sein wird.

Ich erwarte, dass wir uns auf der Grundlage der Schlussfolgerungen, die unter anderem die PDS-Fraktion vorgelegt hat, in der nächsten Legislaturperiode intensivst darüber verständigen, mit welchen Aufgaben, mit welchen Finanzen und vor allen Dingen mit welcher Wirtschaftlichkeit landeseigene Gesellschaften abgestimmt zu agieren haben.

Die Krönung des Untersuchungsausschusses war für mich die Aussage eines Zeugen, dass zunächst eine Landesgesellschaft ein Grundstück gekauft hat, dann die LEG von dieser landeseigenen Gesellschaft das Grundstück zu einem höheren Preis abgekauft hat und es schließlich einer Tochtergesellschaft der LEG zu einem noch höheren Preis überlassen hat. Durch das Agieren unterschiedlicher Landesgesellschaften wurde somit eine Wertsteigerung impliziert, die mit dem realen Wert nichts zu tun hatte. Das war sicherlich ein Grund dafür, dass man nicht bereit war, sich den Herausforderungen des Immobilienmarktes - genereller Einbruch mit einem sinkenden Wert von Grundstücken - sowohl politisch als auch wirtschaftlich umfassend zu stellen. Ich halte das für unverantwortlich.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte schließen Sie Ihren Beitrag!

Christoffers (PDS):

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass uns weitere Untersuchungsausschüsse zu dieser Thematik erspart bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält erneut die SPD-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Kliesch.

Kliesch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Gründe für das Scheitern der LEG ist eine ganze Menge gesagt worden. Dass meine Vorredner die Arbeit des

Untersuchungsausschusses lobten, nehme ich gern entgegen; denn die nahezu drei Jahre haben jeden Abgeordneten ziemlich strapaziert, nicht nur wegen des Untersuchungsgegenstandes, sondern auch wegen der agierenden Personen und der Zielstellung, die einige verfolgten.

Dass wir hier kurz vor dem Wahlkampf zusammenkommen und es nicht verhindern können, dass jeder in irgendeiner Weise Wahlkampf betreibt, haben wir schon vernommen. Den Bürgern draußen ist es aber nicht zu erklären, dass dafür 800 000 Euro aufgewandt werden mussten.

Die Schlussfolgerungen, auf die hingewiesen wurde, konnten bereits vor etwa drei Jahren gezogen werden. Die PDS rühmt sich, dass sie all dies schon vor Jahren gesehen habe.

(Zurufe von der PDS)

Wo sind denn Ihre ganz neuen Erkenntnisse? Warum sind Sie dann nicht auch auf die anderen Gesellschaften zugegangen und haben versucht, das, was Sie als Schlussfolgerung vermuten, dort anzuwenden?

(Fortgesetzte Zurufe von der PDS)

Wir von der SPD-Fraktion haben eine recht hohe kritische Masse an Abgeordneten, die bereit waren, sich dieser Verantwortung zu stellen, und die kritisch an die Thematik herangegangen sind. Dass dafür nicht immer die Mehrheiten da waren, lag auch an der Schwäche der Opposition in der Zeit von 1995 bis 1999 sowie an der Koalition.

Herr Homeyer, Sie haben gesagt, der Ministerpräsident habe Zettel geschrieben. Ich kenne Abgeordnete, die Briefe schreiben. Ich kenne Kommunalpolitiker, die drohende Briefe geschrieben haben. Ich kenne Projekte, die wir letztlich nur deshalb über die LEG abgewickelt haben, weil der kommunalpolitische Druck von Bürgermeistern sowohl Ihrer als auch meiner Partei und anderer Parteien so hoch war. Wir sind doch nicht diejenigen, die das erfunden haben! Der Ministerpräsident hat doch damals nicht weiße Zettel geschrieben, weil ihm das Wetter gerade so gut gefallen hat! Es waren die Sorgen und Nöte von Unternehmen und von Kommunalpolitikern vor Ort, auf die wir eingegangen sind.

Wir haben ganz bewusst eine GmbH gegründet - nicht etwa, um etwas zu verschleiern oder um politisches Agieren unmöglich zu machen. Wir haben uns aber darauf verlassen - vielleicht anders als Sie -, dass über die Konstruktion und das Personal eine kontrollierte, vernünftige, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten agierende Geschäftsführung tätig sein würde. Es zeigt sich im Übrigen, dass einige Projekte sehr gut gelungen sind. Niemand braucht sich für die Güterverteilzentren oder für die großen Leistungen im Bereich der Konversion zu schämen; für Letztere hat es niemals die Absicht gegeben, Gewinne zu erzielen.

Wir mussten aber feststellen - nicht erst im Untersuchungsausschuss, sondern schon vorher -, dass sich dort die Krankheit einer jeden GmbH breit machte: mangelndes Verantwortungsbewusstsein, sich die Taschen vollhauen - Entschuldigung, das muss man einmal so sagen -, zu viel Personal, unübersichtliche Strukturen, um das Agieren zu verschleiern. Das alles hätte uns, die Abgeordneten, viel früher auf den Plan rufen müssen.

Damals haben wir das versäumt. Wir können ähnliche Entwicklungen bei einer anderen Landesgesellschaft in ähnlicher Form heute noch immer sehen. Herr Homeyer, ein bisschen mehr Mut! Wenn Sie davon sprechen, dass Beamte zur BBG quersubventioniert wurden, dann schauen Sie sich diese Gesellschaft genau an! Aber nein, nachdem die LEG gescheitert war, lautete der Ruf von links und von rechts: Die LEG ist tot - es lebe die LEG in der BBG! - Das ist das gleiche System. Wir haben bei der BBG seit einigen Jahren zwei Geschäftsführer und doppelt so viel, vielleicht sogar dreimal so viel Personal, wie wir brauchen. Wir alle schauen weg. Nachdem der Untersuchungsausschuss so viel Geld verbraucht hatte, hätten wir gemeinsam entsprechend agieren müssen. Ich sehe gerade Mike Bischoff; wir haben den Blick auf die anderen Landesgesellschaften gelenkt. Wir wollten, dass Änderungen eintreten. Wir werden weiterhin in dieser Richtung tätig werden.

(Zurufe von der PDS)

Aber wenn die Opposition einfach ruft: „Die LEG ist tot - es lebe die LEG!“ und sich dann wundert, dass sich politisch nichts bewegt, dass sich die vielen kritischen Abgeordneten meiner Fraktion nicht durchsetzen können, dann ist das ein Verleugnen des politischen Systems, in dem wir leben.

Wenn einige so tun, als sei die Opposition nur dazu da, irgendwann einen Untersuchungsausschuss zu beantragen, dann ist das zu wenig.

(Unruhe bei der PDS)

Meine Damen und Herren von der PDS, wenn Sie Untersuchungsausschüsse beantragen, dann richten Sie bitte die Konsequenzen auf die aktuelle Politik. Sie dürfen nicht sagen: „Man hätte“, „Wir haben gesagt“. Die Frage lautet vielmehr: Was fordern wir von der nächsten Untersuchung? Was wollen wir als Abgeordnete entsprechend unseren Rechten wissen? - Vor dieser Konsequenz haben Sie sich bisher gedrückt. Sonst wäre Ihnen aufgefallen, dass die BBG viel zu viel Personal, insbesondere zwei Geschäftsführer hat, nachdem der eine quersubventioniert wurde. Das alles wird negiert. Sie nennen das „Verantwortung“.

Jeder Abgeordnete darf und muss entsprechend der Verfassung und seinem Gewissen agieren. Das kann ich für mich in Anspruch nehmen. Wenn der Abgeordnete Mehrheiten findet, wird sein Anliegen zur politischen Realität. Wenn er keine Mehrheiten findet, muss er mit den Konsequenzen leben. Ich tue das.

Zurzeit liegen zwölf Anzeigen des Finanzministeriums bzw. der BBG gegen mich vor. Das ist nicht alles; es wird sicherlich noch mehr kommen. Aber jeder Abgeordnete muss mit seinem Handeln zurechtkommen.

Das alles ist ein weites Feld. Wir sind noch längst nicht am Ende. Eine Gesellschaft wird liquidiert; da haben wir noch zu prüfen. In nächster Zeit gilt es aber auch die Gesamtstruktur zu überprüfen.

Politisches Wunschdenken wird es immer geben. Wir müssen darauf achten, dass es vernünftig, kontrollierbar und transparent abgewickelt und dass mit dem Geld sorgfältig umgegangen wird.

Dazu sind wir den Wählern in Brandenburg gegenüber verpflichtet. Da können wir uns nicht damit entschuldigen, dass wir erst einen Untersuchungsausschuss brauchen. Das Parlament hat sich in dieser Sache insgesamt kein Ruhmesblatt angeheftet. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der PDS - Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält erneut die DVU-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Sie nun von den anderen Fraktionen schon einiges zum Thema LEG, Gemeinwohl und Verantwortung gehört haben, sei mir zunächst folgende Feststellung erlaubt:

Erstens: Die SPD-Fraktion drückt sich nach wie vor um sachliche Aufklärung der LEG-Pleite und Verantwortung. Sie macht hier Wahlkampf. Nun ist Wahlkampf sicherlich erlaubt, aber dieser Wahlkampf der SPD geht eindeutig gegen das Aufklärungsinteresse zulasten der Glaubwürdigkeit von Politik und zulasten der Demokratie -

(Beifall bei der DVU)

aus purem egoistischen Parteiinteresse, trotz der Stimmung im Land, und das lässt tief blicken.

Zweitens: Ähnliches gilt für die PDS-Fraktion. Der PDS geht es doch hier nur darum, ihre potenzielle SPD-Braut nicht zu verschrecken, damit sie sich traut. Aber davon wird die Braut auch nicht schöner, Herr Christoffers.

Drittens: Grundlegende Konsequenzen für die Zukunft staatlichen Handelns und seiner Grenzen werden aus dem LEG-Desaster nicht gezogen. Das war auch nicht zu erwarten nach den Erfahrungen der anderen Untersuchungsausschüsse.

Ich möchte nun, bevor ich mich mit weiteren Analysen und den Konsequenzen für die Zukunft befasse, uns allen einmal ins Gedächtnis rufen, was im Umgang mit Steuer- und Staatsgeldern das Gemeinwohlinteresse eigentlich ist; denn hier ist wohl einigen einiges abhanden gekommen, muss ich feststellen.

Ich möchte Ihnen hierzu einmal etwas zitieren, um Ihnen auf die Sprünge zu helfen, Ausführungen von König Friedrich dem Großen zu den Staatsfinanzen und ihrer Verwendung.

„Bei der Verwaltung der Finanzen muss ein Herrscher seine Launen, Leidenschaften und Neigungen zu zügeln wissen, denn vor allem die Staatseinnahmen gehören nicht dem Herrscher. Dieses Geld wird nur dann rechtmäßig verwendet, wenn es dem Wohl und der Unterstützung des Volkes dient. Jeder Fürst, der die Staatsgelder in Vergnügungen und unangebrachte Freigiebigkeit vergeudet, gleicht in seinem Handeln weniger einem Herrscher als einem Straßenräuber, weil er das Geld, das Herzblut seiner Untertanen, in unnützen und oft lächerlichen Ausgaben verbraucht. Unser armes, großes, hilfquellenbares

Land zu erhalten muss man weise und gerechte Grundsätze befolgen, die dem kümmerlichen Zustand des Landes Rechnung tragen. Es ist selbstverständlich, dass das Einkommen des Herrschers von den Staatseinnahmen zu trennen ist. Diese müssen geheiligt sein und ihre Bestimmung darf in Friedenszeiten einzig und allein darin gesehen werden, dass sie dem Wohl der Bürger dienen, zur Urbarmachung des Landes oder zur Errichtung der in Städten fehlenden Manufakturen oder endlich, um alle Einrichtungen zu festigen und dem einzelnen Bürger - vom Edelmann bis zum Bauern - das Leben auskömmlicher und behaglicher zu gestalten.“

Wir von der DVU-Fraktion haben das verinnerlicht. Wir sehen die große Verantwortung, die die Politiker für den Steuerzahler haben, als unsere Pflicht an. Aber Sie, meine Damen und Herren von der SPD und auch von der PDS, meinen Sie, dass Sie dem hier wohl gerecht werden? - In SPD-Reihen wurde etwas ausgefressen und Sie drücken sich um jede Aufklärung und Verantwortung wie eine schlecht erzogene Schulklasse mit schlechtem Gewissen. Das ist SPD-Politik!

Ich zitiere noch einmal - man beachte, ohne Bild - Herbert Wehner aus dem Deutschen Bundestag: „Sie sollten sich was schämen!“

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Herr Ministerpräsident Platzeck, ich werde hier ein Gefühl nicht mehr los: Sie wollen nicht nur keine Aufklärung der LEG-Missstände und ihrer wirklichen Ursachen. Sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, dass wir, exakt wir von der DVU-Fraktion, das wirklich aufklären und öffentlich machen, ja, noch viel mehr, dass wir anfangen, zunächst sämtliche staatlichen Aktivitäten auf den Prüfstand zu stellen und auf Effektivität und Filz zu untersuchen. Dabei könnten ja noch viel mehr LEGs mit maßgeblicher SPD-Beteiligung herauskommen. Das ist Ihr tatsächliches Problem mit der DVU und daher verweigern Sie, Herr Ministerpräsident Platzeck, uns einen fairen Wahlkampf. Ist das Ihre Auffassung von Demokratie? Ich hoffe nicht, aber eines ist mir klar geworden: Hier gibt es eine Parallele. Bei der LEG wollen Sie aus reinem Parteiinteresse keine Aufklärung, weil Sie damit die Gemeinwohlinteressen verletzt haben. Vor dieser Aufklärung haben Sie schlicht Angst, das könnte Sie die politische Macht kosten.

Vor uns, vor der DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg, haben Sie auch Angst; Nicht, weil wir so rechtsextrem sind; nein, dieser Vorwurf ist absurder Unsinn. Das wissen Sie nach fast fünf Jahren selbst ganz genau. Nein, Sie haben Angst, dass wir - was wir auch erklärtermaßen vorhaben - das Gemeinwohl über Ihr und über unser eigenes Parteiinteresse stellen, hierzulande Filz und Pöstchenwirtschaft beseitigen und dadurch Wirtschaft und Bürger entlasten, anstatt ihnen ständig in die Tasche zu greifen.

(Beifall bei der DVU)

Sie müssen selbst genau das tun, was Sie unseren Bürgern ständig abverlangen: sich beschränken. Dazu sind Sie weder bereit noch in der Lage, und das ist hier die Parallelität zur LEG.

Letztlich beweisen können wir von der DVU-Fraktion Ihrem damaligen Ministerpräsidenten nur politisches Versagen im Sinne von grob fahrlässiger Organisation der LEG, mangelnder Auftragstransparenz bei der Postenvergabe und bei der Kon-

trolle. Aber es spricht aus Sicht unserer DVU-Fraktion, vorsichtig ausgedrückt, einiges dafür, dass die LEG nebst ihren Töchtern und ihren Vertretern auch zur Befriedigung und Besitzstandswahrung für Personen aus dem SPD-nahen Umfeld diene. Eine andere Erklärung können wir als DVU-Fraktion für diese Vielzahl von dubiosen Vorgängen und Unterlassungen leider nicht finden.

Zu groß sind auch die Parallelen zu den anderen Untersuchungsausschüssen. Denken wir an Dr. Martin, BBI, denken wir an Prof. Ourmazd, Chipfabrik, und wieder Dr. Martin, dem ein sehr großes Vertrauensverhältnis zur SPD bescheinigt wurde.

Wir befürchten also, das sind keine Zufälle, das hat hier in Brandenburg unter SPD-Verantwortung Methode. Das will die DVU-Fraktion natürlich im Interesse unseres Landes wenigstens für die Zukunft unterbinden.

Es wird zurzeit viel von einer Volksfront gesprochen. Dabei ist es doch ganz natürlich, dass alle, die die unsozialen Schlampeereien - wie bei der LEG-Pleite oder Hartz IV - nicht hinnehmen wollen, jetzt an einem Strang ziehen. Schon längst hat sich bei den Montagsdemonstrationen eine Verbindung der Basis von PDS und DVU ergeben.

(Unruhe und Widerspruch bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Hesselbarth, ich nehme an, Sie sind am Ende Ihres Redebeitrages, weil Sie jetzt ein anderes Thema ansprechen. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Frau Hesselbarth (DVU):

Ich komme zum Schluss. - Es stinkt genauso zum Himmel, dass Ex-Bauminister Wolf seit einem halben Jahr durch Brandenburg marschiert und auch bald aus der Haft entlassen werden kann, und es stinkt genauso zum Himmel, Herr Schönbohm, dass Ihr Parteifreund aus Neuruppin - also ein CDU-Politiker - jetzt in Haft sitzt. Die Polizei geht davon aus, dass in großem Stil mit Kokain und auch mit osteuropäischen Prostituierten gehandelt wurde.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Hesselbarth, ich ermahne Sie jetzt ernsthaft: Wenn Sie jetzt nicht sofort aufhören, muss ich Ihnen das Wort entziehen.

Frau Hesselbarth (DVU):

Ist es nicht furchtbar, wenn mehr und mehr der Eindruck entsteht, dass in Brandenburg nicht eine große Koalition, sondern eine große Bande am Ruder ist? Es ist Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Eindruck nicht entstehen kann.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Hesselbarth, ich entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort erhält jetzt die Landesregierung. Herr Ministerpräsident Platzek, bitte.

Ministerpräsident Platzek:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem eben gehörten Ausfall möchte ich noch einige sachliche Sätze sagen. Heute ist der Tag des Parlaments, dennoch möchte ich gern noch einige Worte sagen dürfen.

Ich möchte mich zunächst für die Arbeit des Ausschusses bedanken. Es ist eine umfangreiche Arbeit. Auch wenn sie nicht - wie mehrfach angemerkt - zu einer einheitlichen Bewertung der Parlamentsfraktionen geführt hat, so enthält der Bericht trotzdem eine Fülle sinnvoller Anregungen und Hinweise, die wir künftig zu berücksichtigen haben und auch berücksichtigen werden. Ich möchte mich ausdrücklich für diese Arbeit bedanken.

Herr Homeyer ist auf meine Regierungserklärung aus dem Jahre 2003 eingegangen. Ich habe der Bewertung, die ich damals ausgesprochen habe, nichts hinzuzufügen. Das möchte ich auch im Lichte der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses noch einmal sehr deutlich sagen.

Für mich stellt sich noch einmal ganz klar heraus - Herr Christoffers ist darauf eingegangen -, dass Aufsichtspflichten nicht nur sehr sorgfältig ausgeübt werden müssen - das versteht sich von selbst und diesbezüglich kann man nie gut genug sein -, sondern dass Aufsichtsorgane auch schon sehr sorgfältig konstruiert und angelegt sein müssen, damit es überhaupt möglich ist, diese Aufsichtspflicht mit der gebotenen Sorgfalt und Intensität auszuüben.

Ich halte die mehrfach geäußerte Schlussfolgerung für richtig, dass im Vorfeld genauestens überlegt werden muss, mit welchen Zielstellungen, mit welcher Konstruktion, mit welchen Mitteln und aus welchen Quellen Aufgaben im Auftrag des Landes erfüllt werden müssen. Es kann sonst zu Situationen kommen, in denen Gesellschaften allein gelassen werden bzw. sich allein gelassen fühlen oder Kompensationen über Aufgaben erfolgen sollen, obwohl die Marktlage zumeist nicht so ist, dass man sie erfolgreich erfüllen kann.

Eine Erkenntnis zeigt sich für mich aus der Arbeit und der Diskussion heute sehr deutlich und wir sollten uns ihr nicht verschließen: Strukturpolitik - dieses Land brauchte dringend vom nullten Tag an Strukturpolitik - kostet nun einmal Geld. Das ist für unser Land kein Spezifikum. Strukturpolitik wird auch künftig Geld kosten. Wir sollten auch nicht verdrängen - wer in den vielen Jahren dabei war, kann sich mit Sicherheit daran erinnern, falls er es nicht verdrängt -, dass Hilferufe aus allen Landesteilen kamen, von fast allen Bürgermeistern, Landräten und Landtagsabgeordneten der unterschiedlichsten Parteien, aller damals im Landtag vertretenen Parteien. Das lässt sich belegen und das sollten wir nicht vom Tisch wischen.

Hinsichtlich der Bewertung der Arbeit, die geleistet wurde, der Einflüsse und der Ergebnisse - einige Abgeordnete haben darauf hingewiesen, insbesondere Herr Klein hat das deutlich gemacht - ist Folgendes zu beachten, womit ich es dann auch beenden lassen will: Einer der Vorzeigebetriebe, den wir alle gern im Schild tragen, ist MTU Ludwigsfelde. Über solche Betriebe wird gesagt, dass sie die Wertschöpfungspotenziale der Zukunft seien, auf denen wir in Brandenburg aufbauen könnten. Den Betrieb MTU Ludwigsfelde gäbe es heute nicht, wenn es die LEG nicht gegeben hätte und wenn sie dort nicht gewirkt hätte. Auch das gehört zur Wahrheit. - Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Ministerpräsidenten für seinen Beitrag, beende die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und stelle fest, dass der Bericht des Untersuchungsausschusses 3/2 - Drucksache 3/7777 - einschließlich der Anlagen von Ihnen zur Kenntnis genommen wurde, und ich stelle gleichzeitig fest, dass damit die Arbeit des Untersuchungsausschusses 3/2 beendet ist.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung für die Vorbereitung und Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik Frankfurt (Oder)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Untersuchungsausschusses 3/3

Drucksache 3/7770
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und gebe dem Ausschussvorsitzenden für seinen Beitrag als Erstem das Wort. Bitte schön, Herr Vietze.

Vietze (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/3):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode, am 7. Februar 2001, nahmen wir alle freudvoll zur Kenntnis: Communicant hat sich unter Einbindung des Instituts IHP in Frankfurt (Oder), unter Mitwirkung des Weltkonzerns Intel und unter Mitwirkung des Emirats Dubai gebildet. Wir waren gerüstet und sind angetreten, um in Brandenburg eine Spitzenleistung, eine Spitzentechnologie, die uns, wie in einer Presseerklärung zu lesen war, in die Weltliga der Spitzentechnologie führt, umzusetzen.

1,5 Milliarden Euro oder US-Dollar war die Größenordnung des Vorhabens. 2 500 Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. Eine Stadt, eine ganze Region war im Aufbruch und optimistisch. Nach drei Jahren intensiver Arbeit - wie auch der Untersuchungsausschuss festgestellt hat - zur Realisierung dieses Vorhabens mit Unterstützung von Bund und EU stellt sich letztendlich die ernsthafte Tatsache heraus, dass dieses wichtige Vorhaben in Brandenburg nicht realisierbar ist und die bisherigen Aufwendungen einer anderen Vermarktung unterliegen. Verluste des Landes sind genauso festzustellen wie Enttäuschung, Frust und Hoffnungslosigkeit.

Anlass für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist ganz selten die Aufgabenstellung: Wir werden jetzt einen Beitrag leisten, um das kluge und engagierte Wirken der Regierung einer öffentlichen Würdigung zuzuführen. Vielmehr sind Untersuchungsausschüsse meistens dann auf der Tagesordnung, wenn es berechtigt erwiesen ein öffentliches Interesse an der Aufklärung von Fehlentscheidungen, Fehlverhalten und Fehlentwicklungen gibt.

Insofern möchte ich ausdrücklich sagen, dass es für mich sehr angenehm war, in einem Ausschuss zu arbeiten und ihm vorzustehen, der von Beginn an sachorientiert zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung für das Scheitern dieses wichtigen Vorhabens gearbeitet hat. So mancher äußert sich in Wahlkampfzeiten öffentlich zu diesem Bericht, obwohl er ihn nicht kennt,

(Beifall bei der PDS)

weiß auch schon die Schlussfolgerung zu bewerten und will sich damit für den künftigen Landtag, in dem er über mehrere Legislaturperioden hinweg nicht vertreten war, besonders empfehlen.

Wir haben uns hinsichtlich unserer Arbeitsweise ganz bewusst dafür entschieden, den Wahlkampf außen vor zu lassen. Die Verlockungen sind ja durchaus groß; denn es bietet sich an, ein solches System sozusagen mit einem Namen zu versehen, der versagt habe. Damit hätte man seine Schlagzeile. Wir legten darauf keinen Wert.

Wir hatten einen außerordentlich komplizierten und komplexen Untersuchungsauftrag, der in extrem kurzer Zeit zu bewältigen war. Skepsis und Zweifel gab es auch in diesem Hause darüber, ob das überhaupt realisierbar sei. Das Ganze war nur möglich, weil sich die in diesen Ausschuss gewählten Abgeordneten der Verantwortung gegenüber dem Auftrag des Parlaments verpflichtet gefühlt haben. Mit dem Bericht wird eine Analyse vorgelegt. Dabei wird der Sachgegenstand in einem sehr umfänglichen Maße beleuchtet und in einem einstimmig angenommenen Bewertungsteil wird eine Position für den Umgang mit dem Thema empfohlen.

Da wir uns in Wahlzeiten befinden, möchte ich als Vorsitzender des Ausschusses ausdrücklich sagen: Ich bedanke mich bei meinem Stellvertreter Woidke von der SPD-Fraktion. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Ausschusses der SPD, Herrn Schulze, Herrn Müller und den anderen Kollegen, die stellvertretend in diesem Ausschuss gewirkt haben. Ich bedanke mich bei Herrn Lunacek und Herrn Dr. Ehler von der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit. Ich bedanke mich bei meiner Kollegin Kerstin Osten und meinem Kollegen Frank Hammer. Ich bedanke mich bei allen, die als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in dem Ausschuss gewirkt haben.

Dass diese Arbeit möglich war, ist ein Zeichen dafür, dass man sich zu einer Verantwortung bekennen kann, und wir wurden dabei tatkräftig unterstützt. Ich möchte das außerordentliche Engagement ausdrücklich hervorheben. Es war eine sehr zeitintensive Arbeit, wenn ich an die 21 nicht öffentlichen und 13 öffentlichen Sitzungen denke und an die Vernehmungen von 32 Zeugen, die in dem zur Verfügung stehenden halben Jahr bis zu 10, 12, 14 Stunden in Anspruch genommen haben. Dazu, das dann alles auch zu Wege zu bringen, haben Frau Schramm,

Frau Stolpe und Herr Staatsanwalt Jaschke einen ganz vorzüglichen Beitrag geleistet. Ihnen und auch dem Stenografischen Dienst von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei SPD und CDU)

Als Vorsitzender dieses Ausschusses will ich mich in meinem Bericht auf zwei Sachverhalte konzentrieren. Zunächst einmal möchte ich deutlich machen, dass es natürlich sehr schwierig ist, mit einem Sachverhalt konfrontiert zu werden, der komplizierte betriebswirtschaftliche, gesellschafts-, bankrechtliche, technische Detailfragen, Spezialwissen umfasste. Verträge waren vielfach nach unterschiedlichen Rechtssystemen - amerikanischem Recht, arabischem Recht, europäischem Recht - gefasst. Ein Großteil der uns zur Verfügung gestellten Materialien war in einer speziellen englischen Sprache abgefasst und war keineswegs immer mit einer Arbeitsübersetzung versehen, was die Sache wahrlich nicht erleichterte.

Wir hatten es zu tun mit einem Hauptinvestor, Dubai, mit ausgeprägten eigenen Interessen, der an der Aufklärung interessiert war, uns auch viel Material zur Verfügung stellte, wengleich ich sagen muss, dass die Vernehmung der Regierungsmitglieder eines anderen Staates durch den Untersuchungsausschuss eines deutschen Landes so einfach auch wieder nicht ist, dass dies auch nicht geregelt ist, wobei wir mit dem Auswärtigen Amt Formen zur Verständigung gefunden haben. Ähnliches gilt für ausländische Bürger, die als Vorstände und anderen Funktionen dort gewirkt haben. Kompliziert war es in dem Zusammenhang auch in Bezug auf uns zur Verfügung gestellte Materialien, weil diese nach dem internationalen Recht zum Teil als geheime Verschlusssachen oder als geheim eingestuft waren. Es ergab sich die Frage: Wie geht man damit um?

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass das, was wir aus unserer Sicht zur Aufklärung des Sachverhalts an notwendiger Kenntnisnahme der Beweismittel vornehmen konnten, geleistet wurde, wengleich ich das Defizit, dass die Protokolle der Sitzungen des Vorstands der gegründeten Communicant GmbH für die Zeit bis September 2002 im Land Brandenburg und auch in anderen Ländern nicht auffindbar waren, sehr bedauere. Das hat die Aufklärungsarbeit an dieser Stelle natürlich deutlich erschwert. Aber Fakt ist: Das, was notwendig war, ist im Rahmen einer umfangreichen Beweiserhebung geleistet worden und ist Bestandteil des im Bericht hier vermittelten Sachverhalts.

Ich möchte zwei Schlussfolgerungen aus dem ersten Teil nennen. Ich glaube, wir tun gut daran, uns nach dem Untersuchungsausschuss mit einer Novelle des Untersuchungsausschussgesetzes - möglicherweise tun das die Kollegen in der nächsten Legislaturperiode - zu beschäftigen, mit der wir die zeugenschaftliche Vernehmung von Personen, von Regierungsmitgliedern, die nicht deutscher Nationalität sind, einer vernünftigen Regelung zuführen, dies möglicherweise auch übergreifend mit anderen Ländern; denn ich glaube, das ist ein Produkt der Internationalisierung, der Globalisierung von Prozessen, die zu bewerten sind.

Wir sollten auch Regelungen aufnehmen, die den Umgang mit Geheimhaltungsvorkehrungen betreffen, weil neben den schutzwürdigen Interessen natürlich auch Schutzwürdigkeiten erklärt werden, durch die die Aufklärung erschwert wird. Hier sollte man also in entsprechender Weise arbeiten.

Das ist der erste Komplex, zu dem ich eine Schlussfolgerung aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses darlegen wollte.

Ich möchte zu einem zweiten, etwas umfänglicheren Komplex kommen, um deutlich zu machen, dass wir uns mit der Verantwortung der Landesregierung sehr intensiv beschäftigt haben. Wie gesagt, es war sehr schnell die Bereitschaft vorhanden - zumindest bei den Journalisten -, uns abzuverlangen, doch „den“ Verantwortlichen oder „die“ Ursache dafür zu nennen, dass es gescheitert ist.

Wir haben uns dieser Sache ganz gezielt verweigert, weil wir gesagt haben: Es geht um Feststellungen, es geht um Bewertungen, es geht um Schlussfolgerungen. Ich empfehle der Landesregierung - der jetzigen und der künftigen -, sich das, was sich an Feststellungen aus dem Bericht ergibt, anzuschauen. Auch die Diskussion zum vorangegangenen Thema des Scheiterns der LEG hat gezeigt, dass sich aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses ganz praktisch Schlussfolgerungen für das Arbeiten und Mitwirken eines Parlaments und einer Regierung ergeben können.

(Beifall bei der PDS)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Folgendes verweisen, weil auch das dazugehört: Die Landesregierung, dieses Parlament haben sich engagiert eingebracht für die Realisierung eines Investitionsvorhabens Chipfabrik in einer strukturschwachen Region mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Engagement war legitimiert und ist im Nachhinein nicht infrage zu stellen. Das ist zumindest die Meinung derer, die in dem Untersuchungsausschuss gewirkt haben. Es legitimiert sich das Engagement des Ministerpräsidenten zu dieser Zeit genauso wie das des Wirtschaftsministers Fürniß. Es legitimiert auch die Aktivität dieses Parlaments und seiner Ausschüsse.

Das ist deshalb so wichtig zu sagen, weil es natürlich immer Stimmen gab, die sich schon immer gegen die Großprojekte richteten. Ich kenne das von verschiedenen Parteien, auch von meiner eigenen. Ich sage ausdrücklich: Die Schlussfolgerung sollte nicht darin bestehen, zu sagen, keine Großprojekte, sondern man muss das tun, was für die Entwicklung einer Region notwendig ist. Man muss möglicherweise mit einem viel intensiveren Maß diesen Willen untersetzen mit dem notwendigen Controlling und der Absicherung, auch und in besonderer Weise der privaten Investoren, weil ich glaube, dass das nicht durch öffentliches Engagement allein realisiert werden kann.

Die zweite Bemerkung: Die Landesregierung, der Ministerpräsident a. D. Stolpe, der Wirtschaftsminister, haben um strategische Finanzinvestoren geworben - die Bereitschaft des Emirats Dubai war wichtig -, sie haben mit der Zusage geworben, dass die öffentliche Hand 1 Milliarde US-Dollar an Fördermitteln und Unterstützung bereitstellen wird. Das ist bei diesem Vorhaben in dieser Situation legitim gewesen. Zugleich haben wir zur Kenntnis nehmen können, dass die Zuwendungen der öffentlichen Hand an ganz klaren Parametern festgemacht waren: Eigenkapital in Höhe von 500 Millionen US-Dollar. Die Technologiepartner sichern 25 bis 50 % Kapazitätsübernahme und beim Verkauf mindestens 60 % der Kapazität zur Sicherung des Fremdkapitals.

Ich gehe davon aus, dass das legitime Forderungen waren, von denen der Minister für Wirtschaft dann abgewichen ist. Wir ha-

ben das dem Material entnommen. Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass über diese wichtigen Aufgaben und die konkrete Situation das Parlament und die entsprechenden Ausschüsse nicht mehr sachgemäß informiert wurden. Wir haben auch festgestellt, dass das, was am Anfang ganz wichtig war, nämlich die angekündigte 70%ige Abnahmegarantie und die Finanzierungszusage in diesem Zusammenhang, nicht den Tatsachen entsprach, Regierung und Parlament also falsch informiert wurden.

Die Beweiserhebung ergab, dass dies nicht den Tatsachen entsprach. Dafür wäre der Wirtschaftsminister zur Verantwortung zu ziehen gewesen. Er hatte bereits seinen Rücktritt erklärt. Ich gehe davon aus, dass sich diesbezüglich keine weiteren Schlussfolgerungen ergeben, außer der, dass ein Wirtschaftsminister und ein Ministerpräsident, die sich einem solchen Projekt in besonderer Weise verpflichtet fühlen, natürlich die Kontrollpflicht wahrzunehmen haben. Wenn es eine Schlussfolgerung gibt, dann die, dass Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen, das Finanzierungskonzept und dessen ständige Aktualisierung auch bei anderen Großvorhaben, die durch das Land unterstützt werden, beachtet werden sollten.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage das deshalb, weil ich finde, dass es Respekt verdient, wie Frau Ziegler als Finanzministerin keineswegs als Gegnerin der Chipfabrik agiert hat, wie in der Öffentlichkeit kolportiert, sondern in ihrer Verantwortung als Finanzministerin das Finanzierungskonzept eingefordert hat, was bis zum Schluss in der tatsächlichen Untersetzung nicht vorgelegt wurde. Das gehört genauso dazu wie das engagierte Wirken von Frau Prof. Wanka - das geht aus den Beweisunterlagen eindeutig hervor -, die sich um den Status der Gemeinnützigkeit des IHP - das ist ihr Auftrag als Ministerin - engagiert eingesetzt hat. Wir können an dieser Stelle nur sagen: Da haben Ministerinnen ihren Auftrag, den sie in dieser Regierung hatten, ernst genommen, auch nach dem Ergebnis der Untersuchungen des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei SPD und CDU)

Ich möchte zugleich sagen, dass - vielleicht hängt das mit den unterschiedlichen Entwicklungen zusammen - unser ehemaliger Ministerpräsident - jetzt darf ich mir eine persönliche Bemerkung erlauben - in besonderer Weise dem Prinzip der Hoffnung, des Vertrauens und der Erwartung zugeneigt ist. Der Kontrolle hat er, wie mir scheint, nicht das notwendige Maß an Aufmerksamkeit gewidmet. Er war deswegen zumindest bei seiner Zeugenvernehmung des Öfteren überrascht. Ich meine, dieses Maß an Überraschung sollte an der Spitze eines Landes die Ausnahme und nicht die Regel sein.

(Beifall bei der PDS)

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung aufgreifen, die Ministerpräsident Platzeck soeben gemacht hat, was die Strukturentscheidung bzw. die standortpolitische Entscheidung betrifft. Ich finde, die Chipfabrik war eine solche Entscheidung. Sie ist als solche legitimiert und ist aus unserer Sicht auch als solche zu realisieren, wenngleich es mir angesichts der Vielzahl von Vorhaben, die im Lande unterstützt werden, so erscheint, als wenn immer dann, wenn die Verlockung besteht, mit einem Vorhaben das öffentliche Bild ganz be-

sonders dominieren zu können, in besonderer Weise einen Erfolg zu gewährleisten, die Situation eintritt, dass die tatsächlich Zuständigen, nämlich die Unternehmensführungen, etwas aus dem öffentlichen Bild gedrängt werden und sich der Eindruck verstärkt, dass das Land und diese Regierung selbst Träger des Vorhabens sei, was im Ergebnis wieder dazu führt, dass man in der Öffentlichkeit berechtigterweise zum Hauptverantwortlichen gemacht wird, obwohl es auch in diesem Fall am Ende natürlich die Geschäftsführung ist.

Ich finde also schon, dass hier ein Sachverhalt vorliegt, den man bedenken kann, der zu Schlussfolgerungen führen kann, weil ich glaube, dass wir dem Unternehmen selbst, den vielen dort engagierten Mitstreitern und genauso der Regierung Unrecht tun, wenn wir sie für etwas verantwortlich machen, was sie letztendlich gar nicht umsetzen konnten, weil ihre Zuständigkeit dafür nicht gegeben war, weder bei Personalentscheidungen noch bei anderen Dingen. Insofern möchte ich an dieser Stelle klar sagen: Es ist geboten, das Management in einem Unternehmen so zu unterstützen, dass es als Foundry- bzw. Start-up-Unternehmen Erfolgsaussichten hat. Aber ansonsten muss das Unternehmen als Unternehmen geführt werden. Die Regierung muss Rahmenbedingungen schaffen, unterstützen und sich auf diese Aufgabe konzentrieren.

Herr Präsident, ich darf Sie noch um zwei Minuten Redezeit bitten. - An uns ist ein Vorwurf herangetragen worden. Das hängt mit Folgendem zusammen: In dem Bericht wird sehr sorgfältig vermieden, Namen von politisch Verantwortlichen in der heutigen Regierung zu nennen. Stattdessen versucht der Ausschuss offenbar, die Verantwortlichen außerhalb des politischen Raums zu benennen. Das ist Communicant und in Person Herr Ourmazd. Ich möchte in dem Zusammenhang sagen: Als Ministerpräsident Platzeck Mitte 2002 und Wirtschaftsminister Junghanns im November 2002 ihre Aufgaben übernahmen, waren die Entscheidungen, was die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projekts betrifft, im Prinzip alle getroffen, standen keine aktuellen Entscheidungen für diese Landesregierung an. Wir haben uns auch im Ausschuss lange darüber Gedanken gemacht, weil in diese Zeit der Brief von Herrn Wiemer, Vorstand, mit einer Reihe von ernsthaften Bedenken fällt. Es gab die Gespräche von Regierungsmitgliedern zur Person von Herrn Ourmazd und zu seiner Vertrauenswürdigkeit. Nach einer erfolgten EU-Notifizierung im Oktober 2002 und dem erstmaligen Einstieg einer Bank, ABN Amro, zur Sicherung des Fremdkapitals zu Beginn des Jahres 2003 waren deutliche Zeichen gesetzt, die für einen weiteren, erfolgreichen Verlauf eines solchen Unternehmens sprachen.

Ich finde - das ist der Punkt -: Wenn man ein Risiko eingeht - ein solches Risiko geht man ein mit der Entscheidung, ein Start-up-Unternehmen als Foundry in der Größenordnung von 1,5 Milliarden zu realisieren -, dann muss man sich zu dieser Verantwortung und dem eingegangenen Risiko auch bekennen. Das schließt ein, deutlich zu machen, dass hier auf der einen Seite ein öffentliches Interesse und eine Chance für die Entwicklung einer Region lagen und auf der anderen Seite eben besagtes Risiko stand. Wenn man dann entscheidet, das Projekt unter diesen Bedingungen weiterzuführen, dann ist das legitim. Etwas Gegenteiliges ist durch die Beweiserhebung im Ausschuss nicht zu erkennen gewesen.

Ich möchte mir in diesem Zusammenhang zwei abschließende Bemerkungen erlauben. Zum einen spielte natürlich eine Rolle

die Situation auf dem Weltmarkt. Es spielte eine Rolle, dass sich nach dem 11. September 2001 auch in den Beziehungen zwischen Investoren und Partnern und in vielem anderen Veränderungen ergeben haben. Die EU-Notifizierung aus dem Jahre 2002 wurde dann mit Blick auf das Jahr 2003 mit einer neuen Aufgabenstellung versehen. Durch den Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Tacke wurden Bedingungen formuliert, die, auch wenn das von einigen in unserem Ausschuss anders gesehen wird, aus unserer Sicht dennoch verantwortungsbewusst und sachgerecht waren; denn - das soll an dieser Stelle noch einmal gesagt werden - es hätte möglicherweise irgendeine Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag gestellt. Wenn dieser Ausschuss Finanzmittel bereitgestellt hätte, ohne dass, wie bei diesem Vorhaben notwendig, die privaten Investoren ihren vollen Beitrag, zu dem sie sich verpflichtet haben, eingezahlt hätten, bevor weitere öffentliche Gelder in Anspruch genommen werden, wäre ebenfalls von der Verschleuderung von öffentlichen Geldern durch Bund und Länder gesprochen worden. Ich finde, wenn man A sagt, dann muss man an der Stelle auch B sagen, ob wir nun in der Regierung oder in der Opposition, im Bundestag in Berlin oder hier im Landtag sitzen. Das sind die Konsequenzen solcher Entscheidungen. Die muss man dann tragen und man muss möglicherweise Schlussfolgerungen damit verbinden, die auch bedeuten können, dass man das Maß an Kontrolle, das Maß an Analyse, das Maß an Verantwortlichkeit stärker einfordert und dass man dann auch in der Lage ist, notwendige Entscheidungen konzentriert zu treffen.

Wir haben uns bemüht, die Beweiserhebung auf 320 Seiten detailliert darzustellen. Der Werbespruch einer bekannten Bank lautet: Erfolg ist die Summe richtiger Entscheidungen. - Ich finde, wir haben im Land Brandenburg ganz offensichtlich nicht alle Entscheidungen auf diesem Gebiet richtig getroffen. Da ich heute im Rundfunk damit zitiert werde, dass auch das Parlament eine Zuständigkeit habe, will ich das abschließend als persönliche Bemerkung aufgreifen: Es ist einfach so, dass eine Regierung, die sich falsch informieren lässt, zur Verantwortung zu ziehen ist. Ich sage aber auch: Ein Parlament, das die Informationen, die es erhält, nicht ausreichend prüft und hinterfragt, ein Parlament und ein Ausschuss - Herr Bischoff, Sie werden sich erinnern -, das sich bzw. der sich auch durch Investoren und Wirtschaftsminister unter Druck setzen lässt, ist am Ende in seiner Entscheidung auch befangen und mitverantwortlich. Ich finde, auch wir haben die Chance, Schlussfolgerungen zu ziehen, damit sich das, was wir gemeinsam wollen, im Interesse der Brandenburgerinnen und Brandenburger erfolgreich umgesetzt werden kann, dass also das, was wir an Fördermitteln zur Verfügung gestellt haben, am Ende auch zu effektiven Arbeitsplätzen im Lande führt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Vietze, der als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/3 gesprochen hat. Jetzt erhalten die Fraktionen das Wort. Zuerst spricht der Abgeordnete Lunacek für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Landtag im vergangenen Dezember den Untersuchungsausschuss eingesetzt hat, hätte wohl niemand gedacht, dass neun Monate später ein Abschlussbericht und nicht bloß ein Zwischenbericht vor-

liegen würde. Dieser Ausschuss hat Maßstäbe gesetzt. Wir haben in sechs Monaten 30 Zeugen vernommen, wir haben drei Schränke mit Akten durchgearbeitet, ein Großteil davon in englischer Sprache, und, was wichtig ist, der Ausschuss hat sich zum großen Teil nicht zu Wahlkampfzwecken missbrauchen lassen. Er spart nicht mit Kritik, er differenziert zwischen den verschiedenen Ursachen für das Scheitern. Zwar hätte man sich etwas weniger Begleitmusik vonseiten einzelner Kollegen gewünscht, aber am Ende steht ein gemeinsames Ergebnis.

Der Vorsitzende - das möchte ich ausdrücklich erwähnen - hat sein Amt neutral und fair ausgeübt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der PDS)

Er hat um einen von allen Fraktionen zu tragenden Konsens gearbeitet. Ich bin der Überzeugung, dass ein gemeinsam getragener Bericht wichtig und wertvoll ist. Nach den großen Hoffnungen, die mit dem Projekt gescheitert sind, haben die Bürger draußen im Lande einen Anspruch darauf, dass die Politik daraus lernt. Das wollen wir mit diesem Bericht auch vorgeben.

Deswegen sagen wir, die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuss, auch nicht, dass es bei uns keine Fehler gäbe. Ich meine, niemandem bricht ein Zacken aus der Krone, wenn er offen einräumt, dass bei einem solchen Projekt das eine oder andere hätte besser gemacht werden müssen. Wo es Verantwortlichkeit unsererseits gibt, stehen wir dazu.

Damit komme ich zu den Gründen für das Scheitern des Projektes: Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt: Es gibt keinen allein Schuldigen für das Scheitern des Projekts Chipfabrik. Im Abschlussbericht heißt es klipp und klar:

„Es ist Konsens zwischen den Fraktionen, dass ein Bündel von Sachverhalten zum Scheitern der Chipfabrik geführt hat.“

Der Abschlussbericht nennt auch ein ganzes Bündel von Ursachen, die dazu geführt haben, dass es heute keine Chipfabrik in Frankfurt gibt, ein Projekt übrigens - das hat der Kollege schon ausgeführt -, das hier im Landtag von allen Parteien über die Zeit mitgetragen und positiv begleitet wurde. Der Grundansatz, eine im Land entwickelte Spitzentechnologie auch dafür zu nutzen, dass im Land Arbeitsplätze entstehen, war richtig. Dies ist Konsens. Die konkrete Umsetzung des Projekts war allerdings verbesserungsbedürftig und die äußeren Rahmenbedingungen waren sehr unglücklich.

Als das Kabinett am 6. Februar 2001 die Beteiligung bei IHP beschloss und das Projekt dann einen Tag später von Wirtschaftsminister Fürniß und Ministerpräsident Stolpe der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, war das, was in den Monaten und dem Jahr danach kam, nicht absehbar. Zu diesem Zeitpunkt waren die Aussichten für Start-up-Unternehmen - ein solches Unternehmen war das Projekt Communicant - sehr gut. Der Neue Markt boomte, der Handyabsatz stieg auf Höhen, die gar nicht abzusehen waren, und die Weltwirtschaft florierte.

Dann kamen der Einbruch am Neuen Markt, der Einbruch des Chipmarktes und die Anschläge vom 11. September 2001. Diese Ereignisse haben dem Projekt den ersten schweren Schlag versetzt und die Rahmenbedingungen haben sich infolge dieser Ereignisse deutlich verschlechtert. In der Folge dieser Ereig-

nisse ist eine ganze Reihe von Investoren abgesprungen. Das waren Investoren, die zum Teil bereits Vorverträge abgeschlossen hatten. Dubai hatte zugesagt, 500 Millionen US-Dollar für das Projekt zu geben; diese Summe wurde auf 250 Millionen Dollar halbiert. Aus welchem Grund sie halbiert wurde, ist bis heute unklar geblieben.

Diese Umstände haben dazu geführt, dass sich das Projekt nicht wie ursprünglich geplant realisieren ließ. Am Ende des Jahres 2001 musste man es dann entweder beenden oder umstrukturieren. Die Landesregierung und auch das Management haben sich dafür entschieden, das Projekt fortzuführen und neu aufzustellen. Auch das war eine vernünftige Entscheidung. Allerdings wuchs damit auch die Verantwortung der Landesregierung. Die Art und Weise, wie Politik am Ende im Vordergrund stand, sich auch selbst unter Handlungsdruck setzte - der Vorsitzende des Ausschusses hat das ausgeführt -, war problematisch.

Die Landesregierung hat das Projekt nach Kräften gefördert. Leider hat sich gezeigt, dass das Unternehmen mit den neuen Bedingungen nicht ausreichend fertig wurde. Innerhalb des Unternehmens gab es offensichtlich ganz erhebliche Meinungsunterschiede, die zum Rücktritt zweier Vorstände führten. Es gelang nicht, im geplanten Zeitraum Investoren und Fremdkapital einzuwerben.

Im April des Jahres 2002 verließ deshalb Klaus Wiemer, der solche Unternehmen bereits in Asien gebaut und geleitet hat, das Projekt. Das war der nächste Schlag - ein Schlag, der auch Vertrauen kostete. Im Herbst des Jahres 2002 verließ dann Dirk Obermann, dem es immerhin noch gelungen war die EU-Notifizierung zu realisieren, wegen Meinungsverschiedenheiten das Unternehmen. Diese Wechsel in der Unternehmensspitze haben dem Vertrauen in das Projekt geschadet und außerdem weitere Zeit gekostet.

Parallel dazu war es keiner der beiden beteiligten Banken gelungen, Fremdkapital und Investoren einzuwerben - wieder Zeit- und Vertrauensverlust. Die Zeit verstrich und das Projekt geriet zunehmend in eine Schieflage. Zwischenzeitlich gab das Land eine Bürgschaft von gut 40 Millionen Euro, die später in eine Beteiligung der ILB umgewandelt wurde. Dann trat der zuständige Wirtschaftsminister Fürniß wegen eines privaten Kredites zurück. Auch das hat Vertrauen in das Projekt gekostet.

Von diesen Schlägen schien sich das Projekt Ende des Jahres 2002 etwas zu erholen, als die EU die Beihilfen genehmigte. Damit hat die EU dem Projekt auch weiterhin gute Aussichten bescheinigt. Aber immer noch war das Problem des Fremdkapitals ungeklärt. Anfang des Jahres 2003 stieg mit der ABN Amro eine renommierte Bank in das Projekt ein.

Beides zeigt: Das Projekt war nicht tot; die Chipfabrik hatte weiterhin Chancen. Allerdings war das Vertrauen zu diesem Zeitpunkt bereits erheblich angeschlagen und es fehlte noch die Bürgschaft von Bund und Land. Der Bund bekam im Laufe des Jahres 2003 kalte Füße und stellte mit den Bedingungen für die Bürgschaft sehr hohe Hürden auf. Das war der dritte schwere Schlag für das Projekt.

Dazu kommen noch eine ganze Reihe von weiteren Beeinträchtigungen: die ständige öffentliche, kontroverse Diskussion - übrigens auch aus dem Parlament heraus, die Art und Weise, wie das Projekt von hier aus zerredet wurde, war kein Ruhmes-

blatt -; aus der Landesregierung wurden Zweifel öffentlich vortragen; Investoren, die nur zögerlich sind, anstatt mutig voranzugehen und andere mitzuziehen. Das alles hat der Chipfabrik am Ende nicht geholfen.

Nachdem im Rahmen des Bürgschaftsverfahrens innerhalb von zwei Wochen das zweite Mal die Bürgschaftsbedingungen massiv aufgestockt wurden und die Notwendigkeit einer neuen EU-Notifizierung angekündigt wurde, strichen die Gesellschafter des Unternehmens die Segel. Diese beiden Vorgänge waren am Ende der Todesstoß für das Projekt.

Der Abschlussbericht benennt all diese Dinge, auch wenn er sich besonders um die Rolle der Landesregierung kümmert. Er ist damit seiner Aufgabe nachgekommen, die Gründe für das Scheitern aufzuklären und dabei vornehmlich die Verantwortung der Landesregierung zu untersuchen.

Auf zwei Punkte möchte ich noch kurz eingehen. Als Erstes auf die Rolle des damaligen Ministerpräsidenten Stolpe. Manfred Stolpe hat hier im Ausschuss die Legende kräftig befördert, dass das Scheitern des Projektes im Wesentlichen die Schuld von Minister Fürniß war. Manfred Stolpe sagte, dass ihm das als „Milliardenbrief“ bezeichnete Schreiben von Wolfgang Fürniß an Dubai nicht bekannt gewesen sei. Tatsache ist aber, dass er schon im Februar des Jahres 2000 von einem solchen Brief in Kenntnis gesetzt wurde. Das ist aus Vermerken eindeutig hervorgegangen. Manfred Stolpe sagte außerdem, er sei im Februar des Jahres 2001 davon ausgegangen, dass Abnahmegarantien vorgelegen hätten. Woher er diese Informationen hatte, bleibt sein Geheimnis. Aus der Kabinettsvorlage für die Grundsatzentscheidung der Beteiligung ging dies nämlich nicht hervor. Im Gegenteil: In dieser Kabinettsvorlage konnten alle Kabinettsmitglieder schwarz auf weiß lesen, dass es Absichtserklärungen waren, die Verträge erst noch geschlossen und Garantien erst noch vereinbart werden sollten.

(Freese [SPD]: Sie haben den Bericht wohl nicht gelesen!)

Im Haushaltsausschuss war es übrigens anders: Dort, also dem Parlament gegenüber, wurde das so dargestellt, als gäbe es Abnahmegarantien. - Im Kabinett war das nicht der Fall.

Der frühere Ministerpräsident geht sogar noch einen Schritt weiter: Die Abnahmegarantien seien für ihn ein ganz wesentlicher Grund dafür gewesen, in das Projekt einzusteigen. Das Ziel der Aussage ist klar, den schwarzen Peter zum Wirtschaftsminister zu schieben. Ich habe den Chef der Staatskanzlei gefragt, ob die Chipfabrik an der Frage der Abnahmegarantien gescheitert ist. Seine Antwort war ein schlichtes Nein.

Der Abschlussbericht übt erhebliche Kritik an Wolfgang Fürniß. Kritisiert wird vor allem, dass er das Kabinett und das Parlament nicht ausreichend, nicht zeitnah und nicht vollständig informiert hat. Der Abschlussbericht hält sich bei der Bewertung der Rolle des Bundes zurück, weil dies nicht vornehmlich Untersuchungsauftrag war. Dies ist auch zu Beginn der Bewertung im Abschlussbericht ausgeführt. Wir haben eine Reihe von Zeugen zum Ende des Projekts gehört und dabei wurde offensichtlich, dass der Bund dem Projekt im Sommer 2003 sehr kritisch gegenüberstand.

Die Gründe dafür sind nicht ganz klar geworden. Staatssekretär Tacke hat im Untersuchungsausschuss gesagt, dem Bund sei das

Risiko zu groß gewesen. Da mag etwas dran sein, trotz der Gutachten, die dem Projekt gute Aussichten bescheinigten. Der Bund war von Anfang an skeptisch; das hat sich mehrfach gezeigt. In die Person Ourmazd setzte man überhaupt kein Vertrauen. Vielleicht kamen auch mehrere Dinge zusammen. Tatsache ist aber, dass der Bund bei dem Projekt kein wirkliches Risiko eingehen wollte. Das Verhalten der Bundesvertreter spricht eine deutliche Sprache. Staatssekretär Tacke kündigte vor einer Sitzung des Bürgerschaftsausschusses im Herbst 2003 ein „Blutbad“ an. Dieser Begriff wurde auch vor dem Ausschuss bestätigt. Wer so etwas tut, der will die Beteiligten vor den Kopf stoßen. Wer, wie Herr Tacke, in Gespräche geht und seine Bedingungen für nicht verhandelbar erklärt, der will keine Verhandlungen, sondern der will anderen seine Vorstellungen aufzwingen.

Minister Clement hat im November 2003 gesagt, das Projekt ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch eine Frage des Wie. Das Verhalten seines Staatssekretärs spricht da eine andere Sprache. Das Ergebnis war klar zu besichtigen: Der Bund hat Bedingungen gestellt, die er für nicht verhandelbar erklärte und die zum Teil auch nicht erfüllbar waren. Dass diese Bedingungen des Bundes nicht erfüllbar waren, haben sowohl Wirtschaftsminister Junghanns wie Staatssekretär Speer vor dem Ausschuss gesagt.

Fakt ist, dass das Projekt damit am Ende war. Wir wissen heute nicht, ob das die richtige oder die falsche Entscheidung war. Wir werden es auch nie wissen.

Wichtig ist, dass wir gemeinsam Konsequenzen aus dem Scheitern des Projekts ziehen. Das heißt nicht, dass man großen Vorhaben künftig grundsätzlich mit Vorbehalten gegenübersteht oder sie meidet wie der Teufel das Weihwasser. Die Sachsen machen uns vor, dass es geht. Hier wurde offensichtlich mit anderen Maßstäben gemessen. Das Klima muss anders werden. Vor allem muss man, wenn solch ein Projekt realisiert werden soll, gemeinsam dazu stehen und Vertrauen aufbauen. Professionalität und starke Partner sind notwendig. Das Risiko solcher Unternehmen müssen die Unternehmer tragen - die sollte man dafür auch schätzen - und nicht der Staat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Lunacek und gebe das Wort der Fraktion der DVU. Bitte, Herr Abgeordneter Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Das Investitionsprojekt Chipfabrik ist nun Geschichte, also gescheitert. In Frankfurt (Oder) ist die Investitionsruine zu besichtigen. Sie ist nun stummer Zeuge für die verfehlte Wirtschafts- und Investitionspolitik der SPD-geführten Landesregierungen nach der Wiedervereinigung. Diese Pleite reiht sich in eine Serie von Pleiten, Pech und Pannen ein, die ihren Anfang in der Stolpe-Ära nahm. Sie weisen beachtliche Parallelen auf. Der Untersuchungsausschuss 3/3 war in der laufenden Legislaturperiode schon der dritte dieser Art. In der letzten Legislaturperiode hatten wir bereits zum Grundstückserwerb Baufeld Ost den Untersuchungsausschuss 2/1.

Lassen Sie mich eine kurze Zusammenfassung über die Untersuchungsausschüsse bringen. Erstens: Grundstückserwerb

Baufeld Ost, zweitens: gescheiterte Privatisierung und Vergabe des Projektes Großflughafen BBI, drittens: Pleite der Landesentwicklungsgesellschaft und schließlich viertens: Pleite des Projekts Chipfabrik. Ohne Untersuchungsausschüsse hätten wir die Pleiten des Lausitzrings und von CargoLifter.

Zusammengenommen sind Brandenburg dadurch finanzielle Schäden in Milliardenhöhe entstanden, abgesehen von den noch gar nicht absehbaren immateriellen Schäden. Das Ausmaß der Folgen lässt sich heute noch gar nicht abschätzen. Zu nennen sind insoweit vor allem:

Erstens wirtschaftlich: Brandenburg hat durch das Wirken seiner SPD-geführten Landesregierungen bei Investoren einen erheblichen Image- und Vertrauensverlust erlitten. Jüngstes Beispiel ist der gescheiterte Versuch der Gewerbeansiedlung durch den SAP-Gründer Plattner.

Zweitens politisch: der Verlust an Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung im Ausland und der Glaubwürdigkeitsverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern einschließlich der weiteren Zunahme von Perspektivlosigkeit und Politikverdrossenheit.

Drittens speziell für die Chipfabrikpleite: Das landeseigene Forschungsinstitut IHP hat seinen Vorsprung auf dem Gebiet der Silizium-Germanium-Forschung verloren, namhafte Forscher haben dieses Institut verlassen und ihr Wissen mitgenommen, Intel ist zum Spottpreis in den Besitz der damals weltweit führenden Technologie gelangt und womöglich hat unser Land Brandenburg auch noch Forderungen des Emirats Dubai für getätigte Investitionen zu zahlen.

Die Gesamtfolgen sind also noch nicht absehbar. Sie lassen sich aber auch nicht auf die unmittelbar entstandenen Milliardenschäden begrenzen. Das Schlimme bei alledem ist:

Erstens: Die Zeche zahlen wiederum die Bürger Brandenburgs durch die Erhöhung von Abgaben, durch Leistungskürzungen und durch vielfältige Absenkungen von Standards in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Handelns.

Zweitens: Wir unterhalten uns heute hier über das Drama vor dem aktuellen Hintergrund ständig zunehmender Firmenpleiten und steigender Dauerarbeitslosigkeit aufgrund der völlig verfehlten Wirtschaftspolitik.

Auch vor diesem Hintergrund haben wir uns mit den Vorgängen um das Scheitern der Chipfabrik Frankfurt (Oder) zu befassen. Für unsere Fraktion heißt das: Wir müssen uns sehr sorgfältig mit den Ursachen und Hintergründen auseinandersetzen und die Frage nach der politischen Verantwortung hierfür, insbesondere auch einzelner Personen, exakt beantworten. Das sind wir erstens unseren Bürgern schuldig und das ist zweitens wichtig für die Schlüsse, die daraus für die Zukunft zu ziehen sind, damit sich das nicht wiederholt.

Zum Untersuchungsausschuss 3/3 selbst: Aus Sicht unserer Fraktion ist die eigentliche Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses nicht zu beanstanden. Der Abschlussbericht, der Ihnen vorliegt, enthält zu den Vorgängen, die zum Scheitern des Projektes führten, also zum Sachverhalt, die zu treffenden Feststellungen. Diese trägt unsere Fraktion ohne Einschränkungen mit; das habe ich auch im Ausschuss gesagt. Wir haben drei Teile, A, B und C. Die Teile A und B haben wir

zu 100 % mitgetragen, zum Teil C haben wir eine andere Meinung.

Insbesondere - im Gegensatz zu dem, was zum LEG-Ausschuss gesagt wurde - waren die im Ausschuss beteiligten Fraktionen allesamt um Aufklärung bemüht. Der Ausschuss wurde nicht zu Wahlkampfzwecken missbraucht. Das wurde heute schon öfter gesagt.

Insbesondere die CDU-Ausschussmitglieder, deren Minister davon maßgeblich betroffen waren, haben sich, anders als es im LEG-Ausschuss seitens der hauptsächlich betroffenen SPD augenscheinlich geschehen ist, der Aufklärung nicht von vornherein verschlossen. Das machte, anders als bei dem LEG-Ausschuss, den vorliegenden gemeinsamen Abschlussbericht überhaupt möglich. Dessen tatsächliche Feststellungen halten wir, wie gesagt, für zutreffend, die Bewertung aber für nicht vollständig und unzureichend.

Die Bewertung aus unserer Sicht, meine Damen und Herren: Wir haben dazu ein ergänzendes Votum vorgelegt. Es beinhaltet sinngemäß Folgendes: Zutreffend sind durchaus die Feststellungen der Ausschussmehrheit, dass eine Mehrzahl von Umständen zum Scheitern des Vorhabens führte und dass es „den Hauptschuldigen“ nicht gibt.

Hier bricht dann aber im Grunde die Auswertung durch die Ausschussmehrheit ab. Das kann nicht ausreichen. Diese Feststellungen schließen es nach Ansicht unserer Fraktion nämlich nicht aus, dass einzelne Personen durch Fehlverhalten wesentliche Ursachen gesetzt haben, ohne die das Scheitern der Chipfabrik entweder nicht erfolgt oder aber in seinen Auswirkungen für das Land Brandenburg wesentlich glimpflicher verlaufen wäre. Genau zu diesen Folgerungen gelangt unsere Fraktion. Zugleich führen uns diese zu dem Ergebnis, dass die Katastrophe Chipfabrik Frankfurt (Oder) vermeidbar gewesen wäre, jedenfalls mit den Schadensfolgen, die wir eingangs festgestellt haben.

Grundlage hierfür ist eine Zurechnung des Scheiterns und seiner Schäden zu festgestelltem Fehlverhalten einzelner Personen. Diese tragen je nach Ursächlichkeit ihres Verhaltens politische Verantwortung. Nach Meinung unserer Fraktion kann für die Zurechnung bei politischer Verantwortung nichts anderes gelten als bei Fahrlässigkeit und Vermeidbarkeit von Irrtümern im Rechtssinne. Politische Verantwortung, meine Damen und Herren, wird man jedenfalls bei grober Fahrlässigkeit folgern müssen; konkret: wo außer Acht gelassen wird, was in der konkreten Situation jedem verständigen Menschen einleuchten muss. Das wiederum kann sich auf Organisationsfehler, Anstellungs- und Überwachungsfehler beim Personal, das Unterlassen von Aufklärungspflichten oder das Unterlassen der Einholung fachkundigen Rats bei fehlender eigener Sachkunde beziehen.

Unsere Fraktion kommt zu dem Ergebnis, dass der ehemalige Wirtschaftsminister Fürniß und der ehemalige Ministerpräsident Stolpe politische Verantwortung für das Scheitern des Projektes Chipfabrik tragen. Hier liegt mindestens grobe Fahrlässigkeit vor. Diese bezieht sich auf Organisationsfehler und auf das Unterlassen ihrer Aufklärungspflicht gegenüber dem Landtag. Organisationsfehler waren insbesondere, dass sie wesentlich dazu beitrugen, dass sich das Land Brandenburg maßgeblich, insbesondere auch finanziell durch eine Bürgschaft für ei-

nen 40-Millionen-Euro-Kredit, in das an sich privatwirtschaftliche Projekt hineinziehen ließen, ohne dass zu irgendeinem Zeitpunkt ein schlüssiges Finanzierungskonzept vorlag und ohne sich gesellschaftsrechtlich einen Einfluss auf das Unternehmen Communicant zu sichern. Die Unterlassung liegt darin, dass sie in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Parlament ab Anfang 2001 den Eindruck erweckten, es sei ein großes internationales Interesse vorhanden, es stünden Investoren bereit und es bestünden Abnahmegarantien in Höhe von 40, 50 oder sogar 70 % der Produktion. Beide unterließen es, das Parlament vor seiner Abstimmung über das Engagement des Landes für das Projekt über die tatsächlichen Umstände aufzuklären.

Eine geringere politische Mitverantwortung trägt aus unserer Sicht auch Ministerin Wanka, und zwar aufgrund von Fehlern der Personalauswahl und Personalüberwachung. Sie unterließ es als Dienstvorgesetzte, zurechenbar und rechtzeitig gegen den Machtzuwachs des Prof. Ourmazd dienstlich einzuschreiten, obgleich dieser von ihr erkannt und offensichtlich hofiert wurde, eine Sonderrolle inne hatte und aus verschiedenen Positionen heraus bei Communicant, dem IHP sowie als Landesbeauftragter schalten und walten konnte, wie er wollte, und zwar auch noch, nachdem erhebliche Kritik an Personalführung und Geschäftsgebaren offenkundig geworden war.

Meine Damen und Herren, diese Feststellung müssen wir als DVU-Fraktion treffen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Claus und erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Abgeordneter Müller, bitte.

Müller (SPD):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, zunächst muss man feststellen, dass dieser Untersuchungsausschuss tatsächlich grandios gerackert hat. Was wohl die allermeisten von uns nicht vermutet haben, ist, dass man in diesen verbleibenden neun Monaten tatsächlich nicht nur sämtliche Zeugenbefragungen durchführen, sondern auch zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen kann. Das ist tatsächlich beispielgebend und sollte uns für die Zukunft Mut machen dahingehend, dass auch in Wahlkampfzeiten eine sachorientierte politische Arbeit möglich ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen der SPD-Fraktion den zuständigen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung Dank sagen; denn das, was gerade im Sommer gemacht worden ist, dass nämlich in kürzester Zeit alles, was bis dahin zusammengetragen worden war, zu einem Bericht formuliert wurde, war eine Geschichte, die mit Sicherheit auch zulasten der Familien gegangen ist, denen so manche Sommerfreude vermiest wurde, weil hier Aktenberge zu bewältigen waren. Hierbei ist viel geleistet worden. Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Ich möchte aber auch die Fraktionen und deren Mitarbeiter an dieser Stelle erwähnen. Ich glaube schon, dass dieser Aus-

schuss deutlich gemacht hat, dass Fairness im politischen Umgang durchaus noch eine Rolle spielt, dass man fair miteinander umgehen und letztendlich damit ein sachorientiertes Ergebnis zustande bringen kann.

Ich möchte natürlich nicht vergessen, dem Vorsitzenden Dank zu sagen. Er ist sozusagen über sich hinausgewachsen und hat ein Stück weit gezeigt, wie ein Ausschussvorsitzender im Untersuchungsausschuss agieren muss. Das ist Ihnen gut gelungen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte mit dem Fazit der SPD-Fraktion beginnen. Man konnte Fragen stellen, welche beantwortet werden mussten.

Durfte die Landesregierung das Projekt 2000 unterstützen? - Wir kommen zu folgendem Ergebnis: Ja.

Hat sich die Landesregierung ausreichend für das Projekt eingesetzt? - Wir kommen zu dem Ergebnis: Ja, genau genommen vielleicht manchmal sogar ein wenig zu viel.

Hat die Landesregierung Fehler gemacht? - Ja, sie hat Fehler gemacht, und das insbesondere durch ihren Vertreter, den damaligen Minister Fürniß.

Sind die Fehler der Landesregierung ursächlich für das Scheitern des Projekts? - Nein, das sind sie nicht.

Hätte die Landesregierung das Scheitern des Projekts verhindern können? - Nein, sie hätte es nicht verhindern können, weil die Grenzen von Politik bei Wirtschaft ganz klar deutlich geworden sind, auch an diesem Projekt.

Genau genommen ist der Untersuchungsauftrag eigentlich ein bisschen falsch gewesen, weil die Realisierung und das Scheitern des Projekts, welches ja im Mittelpunkt der Diskussion stand, gar nicht die spannende Frage war, denn die eigentliche Frage war: Durfte das Projekt überhaupt auf den Weg gebracht werden - mit Unterstützung des Landes?

Um das zu beantworten, muss man sich die Vergangenheit ein wenig vor Augen führen. Was ist der Region passiert? - Wir hatten ein Halbleiterwerk mit ca. 8 000 Arbeitsplätzen in der Region. Das ist nach der Wende zusammengebrochen. Es wurde versucht, eine Lösung zu finden, industrielle Partner zu bekommen. SMI war ein Beispiel für die Versuche der Landesregierung, in der dortigen Region Arbeitsplätze zu halten. Das ist letztendlich auch nicht geglückt.

Wir haben versucht, andere Investoren in die Region zu bringen. Auch das ist nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Dann kommt eigentlich der Kernsatz, den Minister Fürniß sinngemäß folgendermaßen formuliert hat: Und dann haben wir beschlossen, eine Chipfabrik zu bauen. - Es war kein Investor da, sondern wir mussten es selber machen. Als Land, als Politiker mussten wir versuchen, solch ein Projekt auf den Weg zu bringen.

Es gab gute Voraussetzungen dafür. Wir hatten Fachkräfte in der Region. Wir hatten das IHP, das Institut für Halbleiterphysik, welches motivierte Mitarbeiter sowie gute Technologien und Patente hatte. Wir hatten auch die erklärte Unterstützung des Landes.

Aber das Projekt hatte Geburtsfehler. Da wurde es dann ein bisschen schwieriger. Weil kein industrieller Partner gefunden worden ist, hat man das Projekt Foundry auf den Weg gebracht. Foundry hat einen Nachteil, weil primär kein Markt dafür vorhanden ist. „Kein Markt“ ist das Grundproblem der Unternehmen in Ostdeutschland. Der Marktzugang ist das Hauptproblem unserer Wirtschaft. Daraus entstand natürlich ein hohes Risiko.

Wir hatten Gesellschafter, die sehr unterschiedlich, genau genommen: zusammengewürfelt, waren, aber eines gemeinsam hatten: Sie hatten ganz andere Ziele; denn Dubai wollte nicht in Brandenburg Chips produzieren, sondern sie wollten eine Fabrik in Dubai bauen. Das war ihr Einstiegsprojekt dafür.

Intel wollte Patente bekommen. IHP wollte nachweisen, dass die eigene Technologie wirklich etwas taugt. Wir hatten Mitarbeiter im IHP, die - etwas flapsig formuliert - reich werden wollten.

Wir hatten einen Wirtschaftsminister Fürniß, der sich ein Denkmal setzen wollte.

Wir hatten einen Vorstandsvorsitzenden Wiemer, der am Ende seiner beruflichen Karriere noch etwas für sein ehemaliges Heimatland tun wollte.

Wir hatten eine Landesregierung, die Arbeitsplätze schaffen wollte.

Aber das eigentliche Ziel von Unternehmen, Gewinn zu erzielen, letztendlich etwas zu produzieren und damit im wirtschaftlichen Bereich aktiv zu werden, war für alle Beteiligten immer nur sekundär.

Ein weiteres Problem war der fehlende Markt. Das zieht sich durch die gesamte Diskussion. Es wurde immer von Abnahmegarantien gesprochen. Sie wurden richtigerweise vom damaligen Minister Fürniß ganz am Anfang einmal gefordert. Als dann aber deutlich wurde, dass es eine Illusion ist, Abnahmegarantien hier zu bekommen, wurde es stillschweigend vergessen. Das hat dann irgendwann einmal keine Rolle mehr gespielt. Das Problem bestand aber darin, dass die Abnahmegarantien in den Köpfen waren. Sie tauchten immer wieder auf und wurden auch immer wieder bestätigt. Das war ein ziemliches Problem. Aber der fehlende Markt war das hohe Risiko des Projektes.

Wir hatten noch ein Problem. Es gab ein Zeitfenster, das relativ eng war. Das Zeitfenster wurde aber sehr schnell sozusagen überschritten. Wir wissen, dass im Bereich des Chipmarktes Zeit wirklich Geld ist. Als dann das Ganze nicht mehr umzusetzen war, hat man die Situation ein Stück weit schön geredet und gedacht, dass man etwas später auch noch in den Markt käme. Auch hierin bestand ein hohes Risiko.

Des Weiteren hatten wir ein Start-up-Unternehmen - ich habe immer wieder gefragt, ob es auf der Welt ein vergleichbares Projekt gegeben hat, das jemals funktionierte -, eine 1,5 Milliarden-Investition ohne eigenen Markt mit dem Ziel, sofort noch eine zweite Fabrik hinterher zu bauen. Es gibt kein vergleichbares Projekt. Es hat in der Welt noch kein Projekt gegeben, welches unter diesen Startvoraussetzungen zum Erfolg geführt worden ist. Auch darin lag ein großes Risiko.

Es gibt Belastungen des Projekts. Eine Belastung war Prof. Ourmazd, welcher einer der Väter des Projekts ist. Bei ihm bestanden Interessenkonflikte. Das haben wir herausgearbeitet. Die Interessenkonflikte haben dazu geführt, dass Informationen und damit letztendlich Entscheidungen manipuliert worden sind. Das ist ein Punkt, welcher uns ernsthaft zu denken geben sollte.

Wir hatten Minister Fürniß. Er hat dem Projekt in mehrerer Hinsicht geschadet. Das eine war die Informationspolitik, welche die Zuverlässigkeit des Informationsaustausches zwischen Regierung und Parlament ad absurdum geführt hat. Er hat im Ausschuss für Haushalt und Finanzen erklärt, 70 % der Produktion seien mit Stand vom Vortag verkauft. Zu diesem Zeitpunkt war nicht ein einziger Chip verkauft. Wie kann solch eine Fehlinformation entstehen? Das ist ein Punkt, der uns nachdenklich stimmen muss. Fakt ist auch, dass einzelne Entscheidungen, die relevant waren, nie getroffen worden wären, wenn die Fehlinformationen nicht im Raum gestanden hätten. Da wäre der Projektstart 2001 wahrscheinlich dreimal mehr überlegt worden. Da wären Bürgschaften eventuell nicht gekommen, die das Land im Jahre 2001 gegeben hat. Auch die Beteiligung 2002 wäre jedenfalls im Parlament vermutlich nicht durchsetzbar gewesen, wenn andere Informationen vorgelegen hätten.

Das Dritte, was wir ihm an dieser Stelle vorwerfen müssen, ist der Kredit, den er bekommen hat. Wir wollen hier nicht bewerten, ob es sich dabei um Bestechlichkeit oder Vorteilsnahme im Amt handelte; denn das ist nicht unsere Aufgabe gewesen. Das muss die Staatsanwaltschaft prüfen. Dass das dem Projekt massiv geschadet hat, darin sind wir uns wahrscheinlich sehr einig. Es hat zum Rücktritt eines Ministers geführt, der zentral die Informationsflüsse kannte. Es hat auch nach außen hin das Projekt beschädigt, weil sich Investoren gefragt haben, was eigentlich los ist. In vielerlei Hinsicht ist das also eine verheerende Geschichte gewesen. Das Problem ist, dass Minister Fürniß den Beweis antreten wollte, dass die CDU eine besondere Kompetenz in Wirtschaftsfragen hat. Das ist gründlich gescheitert. Das muss man hier so deutlich sagen. Es ist bedauerlich, weil es nicht nur dem Projekt, sondern dem ganzen Land geschadet hat.

Es gab externe Faktoren, zum Beispiel den 11. September und all die Dinge, die damit zusammenhingen. Sie haben eine Rolle gespielt, das Projekt ein wenig durchgeschüttelt und natürlich auch Zukunftsaussichten verschlechtert.

Man muss im Unternehmen wohl auch sehr vieles beanstanden. Dass die Vorstände dreimal ausgetauscht worden sind, ist hier schon gesagt worden. Aus der Sicht der SPD-Fraktion hat das Unternehmen zu keinem Zeitpunkt über einen ausreichend schlagkräftigen Vorstand verfügt. Er war den Aufgaben nicht gewachsen. Das muss man im Nachhinein so feststellen.

Die Banken haben eine seltsame Rolle gespielt. Sie haben immer versucht, etwas zu tun, letztendlich aber nicht mit aller Konsequenz. Irgendwann haben sie sich stillschweigend zurückgezogen.

Auch die Landesregierung hat natürlich an manchen Stellen Dinge nicht so realistisch eingeschätzt, wie es notwendig gewesen wäre. Das Prinzip Hoffnung war eine wesentliche Triebkraft. Deswegen wurden Chancen überbewertet und Risiken

unterbewertet. Hoffnung ist eine sinnvolle Triebkraft - man braucht Hoffnung, wenn man etwas gestalten will -; man darf aber nicht durch Hoffnung die Realität ersetzen. Das hilft nicht weiter. Diesen Vorwurf muss man hier aber manchmal doch erheben.

Woran ist das Projekt gescheitert? Wird sind der Überzeugung: Das Projekt ist primär an sich selbst gescheitert. Das Foundry-Konzept war wie die Konstruktion des Unternehmens ein hohes Risiko. Alle Entscheidungen, die zwischenzeitlich getroffen worden sind, haben das Risiko nicht vermindert, sondern eher erhöht. So waren die Gesellschafter bis zum Schluss nicht bereit, wirklich volle Verantwortung zu übernehmen. Dubai hat zu keinem Zeitpunkt - bis heute nicht - die volle Investitionssumme eingebracht. Intel hat sogar versucht, innerhalb der Startphase das Geld wieder herauszuziehen. Das kann so nicht funktionieren und ist von der Bundesregierung zu Recht beanstandet worden.

Bis zum Schluss gab es keinen Businessplan, der hätte funktionieren können. Er ist mehrfach verändert worden. Jedesmal hat sich herausgestellt, dass der alte Businessplan eigentlich nie hätte funktionieren können. Angesichts der Veränderungen am Unternehmenskonzept war logischerweise damit zu rechnen, dass eine Neunotifizierung notwendig werden würde. Diese hätte allerdings einen neuerlichen Zeitverzug von vier bis sechs Monaten bedeutet. Das hat uns Minister Junghanns im Wirtschaftsausschuss auch berichtet. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf hätte wegen der Absenkung des Höchstfördersatzes bei 50 Millionen Euro gelegen. Zudem wäre ein Zwischenfinanzierungsbedarf von 180 Millionen Euro zu decken gewesen, um die Frist von vier bis sechs Monaten überstehen zu können.

Es ist klar: Das war von den Gesellschaftern nicht mehr zu leisten. Sie wollten das auch nicht mehr. Sie wollten das zusätzliche Risiko mit ungewissem Ausgang nicht eingehen. Das Projekt ist beendet worden, weil die Risiken immer größer, die Chancen aber immer kleiner geworden sind. Da eine wirtschaftliche Entscheidung immer die Abwägung zwischen Risiko und Chance bedeutet, musste an dieser Stelle - vermutlich zu Recht - gesagt werden: Es geht nicht mehr.

Woran ist das Projekt nicht gescheitert? Es ist nicht an den Tacke-Forderungen gescheitert. Es ärgert mich, wenn die CDU-Fraktion diese Legende immer wieder vorträgt. Die Tacke-Forderungen waren zielorientiert und richtig. Es ist zu kritisieren, wie sie in das Verfahren eingebracht worden sind. Darin sind wir uns absolut einig. Auch ich halte das überfallartige Vorbringen der Forderungen für kritikwürdig. Aber vom Inhalt her, in Bezug auf die Notwendigkeit der Zwischenfinanzierung waren sie grundsätzlich berechtigt. Insofern sollte die Legende mit den Tacke-Forderungen nicht immer wieder zelebriert werden. Das wäre der Aufarbeitung nicht angemessen.

Das Projekt ist auch nicht an der Bürgschaft gescheitert. Diese war zu jenem Zeitpunkt überhaupt nicht möglich, weil unter dem Strich die Neunotifizierung die Bürgschaftsverhandlungen ohnehin ausgesetzt hätte.

Welche Schlussfolgerungen müssen wir ziehen? Der Politik sind Grenzen gesetzt, wenn es um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Arbeitsplätze, insbesondere Produktionsarbeitsplätze, werden auch in Zukunft nicht von der Politik, sondern von Unternehmen zu schaffen sein.

Wir müssen uns bei Projekten, die wir unterstützen, dreimal mehr überlegen, wann wir den ersten Schritt machen. Wenn die Hoffnung einmal im Raum steht, ist sie kaum noch zurückzuholen.

Wir dürfen keine Experimente mehr machen. Ich meine, wir haben die Zahl der denkbaren Experimente überschritten. Wir müssen uns zukünftig stärker auf zuverlässig funktionierende Projekte konzentrieren. Diese können groß sein; aber sie müssen einen industriellen Partner haben, der tatsächlich die Gesamtverantwortung übernimmt. Dann ist es möglich, ein solches Projekt zum Erfolg zu führen. Wir dürfen keine Informationsmonopole zulassen - weder im Unternehmen, wie bei Prof. Ourmazd, noch in der Landesregierung, wie bei Minister Fürniß.

Wir müssen Interessenkollisionen ausschließen. Es gab eine Unmenge von Interessenkollisionen, die alle dem Projekt geschadet haben, sowohl bei Herrn Ourmazd als auch bei anderen handelnden Personen.

Unter dem Strich ist festzustellen: Es gab keine klare Trennlinie zwischen Politik und Unternehmen. Genau das geht nicht. Wirtschaft wird von der Wirtschaft gemacht. Die Politik muss sich da stärker heraushalten und sich auf das Begleiten konzentrieren. Die Vermischung von Politik und Wirtschaft führt zu Problemen, wie wir sie hier gesehen haben. Die Verantwortlichkeiten gehen verloren. In der Folge ist das Projekt nicht zum Erfolg zu führen.

Aus alledem können zahlreiche Schlussfolgerungen abgeleitet werden. Insofern hat sich der Untersuchungsausschuss gelohnt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Heiko Müller und gebe das Wort der Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Osten, bitte.

Frau Osten (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer zehnmütigen Rede kann man nicht alle Höhen und Tiefen einer dreijährigen erfolglosen Geschichte analysieren. Ich bin es aber aus dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen gewohnt, Fakten zu prüfen. Leider geht es hier nicht um die gerechte Verteilung von Geld, sondern um verlorenes Geld.

Nach einer anstrengenden Arbeit des Untersuchungsausschusses unter kompetenter Leitung des Abgeordneten Heinz Vietze - dafür mein ausdrücklicher Dank - ist es dem Ausschuss gelungen, eine Vielzahl von Fakten, die die Schuld der Landesregierung am Scheitern des Projekts belegen, mehrheitlich zu erkennen. Ich werde dennoch auf die unverantwortliche Arbeit der Landesregierung in Bezug auf dieses Projekt noch deutlicher eingehen müssen. Ich möchte das in drei Punkten tun.

Erstens - Vorbereitung des Projekts: Obwohl jeder der vernommenen Zeugen, von den Machern bis zu den Politikern, dem Projekt eine Chance gegeben hat, vor allem wegen der hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen der Mitarbeiter des Instituts für Halbleiterphysik in einem Zeitfenster wenigstens zwei

Jahre vor der Weltspitze, wurden von Anfang an gravierende Fehler innerhalb der Institutsleitung, der Kontrollgremien - schließlich war Herr Staatssekretär Helm Aufsichtsratsvorsitzender; so viel zu dem Wort des Ministerpräsidenten vorhin - und des gesamten Kabinetts gemacht. Ich kann das kurz begründen.

Es wurde ein Forschungsprojekt im IHP mit Motorola drei Monate vor seinem Abschluss kurzfristig beendet, was das IHP 5 Millionen Euro Investitionsmittel kostete und dem Ansehen des Instituts schadete.

Es wurde am Leitungsteam des IHP vorbei - das bestätigt auch Prof. Mehr als jetziger Geschäftsführer - das Projekt vorbereitet, das heißt, gemeinschaftlicher Sachverstand wurde nicht einbezogen.

Es wurden im IHP zu dieser Zeit Entscheidungen von großer Tragweite getroffen, und das alles unter vier Augen, zwischen zwei Geschäftsführern, von denen zumindest einer keine technologischen Kenntnisse hatte.

Es war auch durchaus verwunderlich, dass sich Mitarbeiter auf höchster Leitungsebene zusammenfanden, um die GSMC Planning GmbH, den so genannten Geburtshelfer von Communicant, zu gründen. Das waren unmittelbare Mitarbeiter bzw. Bekannte und Freunde von Prof. Ourmazd. Von der Landesregierung wurde das akzeptiert. Das heißt, einige Mitarbeiter bringen sich mit geringem eigenen Kapital in eine GmbH ein, die dann die in einem steuerfinanzierten Institut erdachte Technologie vermarkten soll. Das soll keinen rechtlichen Tatbestand verletzen.

Der GSMC Planning GmbH stellte Wirtschaftsminister Dr. Fürniß bereits am 12. Januar 2000 einen Letter of Intent, das heißt eine Absichtserklärung, in Aussicht - ein Jahr, bevor Communicant gegründet wurde. Das Volumen lag bei 1 Milliarde US-Dollar in Kombination von Fördergeldern und Bürgschaften für das Projekt. Den Entwurf dazu erstellte Prof. Ourmazd selbst. Zur Kenntnis nahm das übrigens wenig später der Chef der Staatskanzlei mit der Randbemerkung: „Dann können wir es selber bauen.“

Alle drei hatten Unrecht. Zu jener Zeit hatten Land und Bund nicht das Geld dafür. Strenge EU-Regeln, die eine öffentliche Förderung begrenzen, waren auch schon damals bekannt.

Das scheinbar Erfolgreiche in Vorbereitung der Gründung von Communicant gelang dem Mitgesellschafter Dr. Wiemer, einem guten Freund von Prof. Ourmazd. Er konnte den Weltmarktführer Intel zwar nicht als industriellen Partner, aber zumindest als Technologieinteressierten mit ins Boot holen. Wir wissen jetzt alle, dass damit ein wirklicher industrieller Partner, der auch Interesse an der Produktion der Foundry hatte, nicht vorhanden war. Die Vertragsgestaltung lässt vermuten, dass Intel trotz Scheiterns des Projekts nicht so schlecht davongekommen ist.

Überraschend für viele, wohl eher nicht für Ministerpräsident Stolpe, Wirtschaftsminister Fürniß und Staatssekretär Helm, wurde am 06.02.2001 im Kabinett eine Tischvorlage zur Beteiligung des IHP an Communicant beschlossen, obwohl kein belastbares Finanzkonzept, keine eindeutigen objektiven Daten zur Marktlage und zu Abnahmegarantien, wie schon diskutiert, vorlagen. Das wurde besonders in den widersprüchlichen Zeu-

genaussagen von Ministerpräsident a. D. Stolpe und Staatskanzleichef Speer bestätigt.

Als nicht gerade gutes Omen muss auch die Absage des Bundes zur Teilnahme an der dann beschließenden Aufsichtsratssitzung des IHP gewertet werden. Die Vertreter waren nicht ausreichend informiert, wollten sich nicht überrumpeln lassen und äußerten zumindest Skepsis hinsichtlich der Marktchancen.

Der Beschluss zur Gründung des Unternehmens wurde bereits einen Tag danach, am 7. Februar 2001, der Öffentlichkeit durch Wirtschaftsminister Dr. Fürniß in einer Presseerklärung bekannt gegeben. Ich zitiere:

„Es ist einer kleinen Arbeitsgruppe mit Minister Fürniß an der Spitze gelungen, das Projekt zu realisieren.“

Ging es eigentlich noch um ein privates Unternehmen?

Es wurde gefeiert. Auch Stolpe, Fürniß und Ourmazd wurden gefeiert, obwohl außer guten Absichten und dem Willen der Landesregierung, eine Chipfabrik in einer entwicklungsbedürftigen Region anzusiedeln, nichts vorlag. Ministerpräsident a. D. Stolpe bestätigte in seiner Zeugenvernehmung, dass es wohl nicht mehr als ein Einstieg war.

Die im Internet veröffentlichten Zweifel der Finanzministerin zur Finanzierbarkeit und die problematische Sicht auf die Gemeinnützigkeit des IHP bewiesen neben den vielen genannten Punkten, dass bereits in Vorbereitung unseriös und überstürzt gehandelt wurde.

Zur Beteiligung von Dubai will ich nur so viel sagen, dass ich durchaus Verständnis für einen Technologietransfer habe. Trotzdem wäre das Interesse an der Produktion der Chipfabrik in Frankfurt (Oder) tragfähiger gewesen. Das soll nicht heißen, dass man über Auslandsplattformen oder staatliche Abkommen zum Beispiel Ausbildung und Kooperation organisiert. Das dies aber Bestandteil von Verträgen eines privaten Unternehmens in Deutschland mit der Regierung von Dubai wird und diese Verhandlungen durch Dr. Fürniß persönlich betreut werden, lässt die Vermutung unsäglicher Verquickungen zu.

Es gab also von Anfang an ernst zu nehmende Probleme, die aber im Laufe der Entwicklung des Unternehmens durch die Landesregierung vertuscht, verschwiegen und nicht ernst genommen wurden, zumal im eigenen Kabinettsbeschluss schon am 06.02.2001 stand, dass alles noch einmal bis zum 30.09.2001 zu prüfen ist, was in keiner Weise passierte. Dieser 30.09. kam bekanntlich auch nach dem unsäglichen 11. September, der auf den gesamten Weltmarkt negative, verheerende Auswirkungen hatte. Auch das bewog niemanden - weder im Unternehmen noch in der Regierung -, die Karten auf den Tisch zu legen und mit belastbaren Analysen den Fortgang des Unternehmens zu konzipieren. Noch gab es keine Landesbeteiligung von 38 Millionen Euro und auch noch keine Bodenplatte.

Zweiter Punkt - die Einbeziehung des Parlaments: Am 22. März des besagten Jahres 2001 beschäftigte sich der Haushaltsausschuss das erste Mal mit dem Projekt. Auch aufgrund von Pressemitteilungen wegen fehlender Informationen durch die Landesregierung wurde dies auf die Tagesordnung gesetzt; danach übrigens noch zwölfmal. Dr. Fürniß beginnt da seine Rede:

„Ich bitte allerdings um Verständnis dafür, dass ich Ihnen Informationen aus dem Unternehmen nur insoweit geben kann, wie sie vom Unternehmen freigegeben werden.“

Ein schöner Satz, hinter dem er sich dann oft zurückzieht.

Außerdem stellte er in Aussicht, dass Unternehmensanteile immer in Abhängigkeit von Abnehmergarantien der Produkte verkauft werden. - Wunschtraum. Er spricht von 50 % Finanzierung durch Communicant und sagt: „Derzeit findet sozusagen die Endrunde der Bankengespräche statt.“ - Das stimmte leider nicht.

Der Antrag der Stadt Frankfurt (Oder) auf Infrastrukturförderung aus dem Fördertopf der GA wurde positiv beschieden. Das Geld floss also schon. Am 13. Juli - das heißt, wenige Tage danach - beantragte der Abgeordnete Lunacek, die Tagesordnung des Haushaltsausschusses zu ergänzen. Es sollte um ein Darlehen für die Chipfabrik gehen. Es sei anzumerken: kurzfristig und vor einer Kabinettsbefassung. Der Hintergrund ist, dass Dubai - wörtlich -

„einen Nachweis braucht, wie ernsthaft das Projekt ist, also ein staatlicher Kredit soll sozusagen die Ernsthaftigkeit eines Unternehmens dokumentieren.“

Außerdem heißt es bei Dr. Fürniß, man sei dabei, die Deckungslücke von 20 % zu schließen. Damit sei man weiter als vergleichbare Projekte in Sachsen. Leider eine Fehleinschätzung. Falsch war auch die Befristung des Darlehens bis zum 01.03.2002 in der festen Annahme, dass das Notifizierungsverfahren der EU abgeschlossen sein würde. Bis dahin waren noch nicht einmal alle Unterlagen eingereicht.

Im Oktober dann befasste sich der Haushaltsausschuss mit einer Rücksicherungsgarantie, das heißt, die Verbindlichkeit des Landes wurde größer. Der Adressat wurde von der Deutschen Bank noch einmal gewechselt zur National Bank of Dubai. Da gab es zumindest bereits ernsthafte Zweifel durch Abgeordnete der PDS und SPD und schon am 13. März 2002 ging es um die Beteiligung des Landes von 74 Millionen DM. Daraus wurden dann 38 Millionen Euro, weil die ILB als Geschäftsbesorger ja auch noch bezahlt werden musste. Den Abgeordneten wurde zeitlicher Druck auferlegt, um den Abschluss von Vorverträgen und die Notifizierung nicht zu gefährden.

Es klang alles noch so schön. Abschlüsse von Verträgen wurden ständig zeitnah angekündigt. Es vermischten sich Wünschen und Lügen. Mai 2002: Die Bodenplatte ist fertig, aber Dr. Wiemer als alleiniger Geschäftsführer geht, weil er das Projekt nicht mehr für realisierbar hält. Es gab keine Investoren mit Abnahmewünschen, es gab keine Banken, die mit 20 % ins Risiko gehen wollten. Das alles teilte er konkret der Landesregierung persönlich mit.

Wir wurden als Parlament zu keinem Zeitpunkt umfassend und richtig informiert. Die Landesregierung hat es versäumt, Informationen aus dem Unternehmen zu prüfen. Das kann sich sonst in der Wirtschaft niemand leisten. Das änderte sich auch nicht mit Ministerpräsident Platzeck und Wirtschaftsminister Junghanns. Ganz im Gegenteil, sie hätten mit Übernahme ihres Amtes so etwas wie einen Kassensturz machen müssen und stehen deshalb heute auch genauso in dieser Verantwortung.

Fazit: Zu viele politische Hoffnungen, zu wenig politische Sachlichkeit bei der Arbeit des gesamten Kabinetts. Einige

Schlussfolgerungen wurden schon benannt; ich möchte sie ergänzen.

Es ist in Zukunft auszuschließen, dass bestbezahlte Beamte des Landes ihre Stellung nutzen, um in privaten Unternehmen überdurchschnittlich zu verdienen, und beim Scheitern dieser ganz selbstverständlich wieder ihre Beamtenbezüge erhalten. Es muss das Kontrollrecht des Landes bei allen Beteiligten uneingeschränkt durchgesetzt werden. Ich denke zum Beispiel an einen Beteiligungsausschuss. Die Förderung oder Beteiligung des Landes an einem Unternehmen darf nicht zu politischer Erpressbarkeit führen. Unternehmerisches Denken und Handeln kann nicht durch politisches Agieren ersetzt werden. Die Transparenz, ein unkomplizierter Informationsaustausch und die Einführung einer reibungslosen interministeriellen Zusammenarbeit sind längst notwendige Forderungen an die Landesregierung. Es kann ja wohl nicht sein, dass ein ganzes Kabinett die Grundlagen von Beschlüssen nicht kennt oder falsch einschätzt. Der Trend, Risiko zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren, muss endlich gestoppt werden. Es sind wieder mindestens 100 Millionen im märkischen Sand, und das ist so wie immer in der Politik: Trotz Untersuchungsausschuss wird niemand wirklich zur Verantwortung gezogen. Das Land Brandenburg ist hoch verschuldet, wir können uns keine Fehlinvestitionen leisten. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Osten. - Ich eröffne jetzt die zweite Runde der Debatte und gebe zuerst der Fraktion der DVU, Herrn Abgeordneten Claus, das Wort, wenn er das wünscht. - Bitte.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im ersten Teil meines Beitrages habe ich das Ergebnis unserer Fraktion dargelegt. Der ehemalige Minister Fürniß, der damalige Ministerpräsident Stolpe und Ministerin Wanka tragen politische Verantwortung für das Scheitern des Projekts und seine Folgen. Zudem habe ich Ihnen das Ausmaß der Schäden umrissen. Hierbei sind insbesondere auch die Folgen der vorausgegangenen Pleiten LEG, BBI, CargoLifter und Lausitzring einzubeziehen.

Ergebnis: Unserem Land geht - bildlich gesprochen - finanziell die Puste aus. Bei jeder dieser Pleiten unter Stolpes SPD-Regierung tummeln sich schillernde Figuren, etwa der Ruhnau bei Baufeld Ost, der Mertin bei BBI oder der Baesecke bei der LEG - entweder ohne nachvollziehbare vertragliche Vereinbarungen oder in mehreren Positionen gleichzeitig -, mit der offenen Gefahr von Interessenkollisionen.

Auch bei der Chipfabrik gab es eine schillernde Figur, nämlich Herrn Prof. Ourmazd. Dieser war zunächst Professor an der BTU Cottbus und wurde parallel wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer bei der landeseigenen IHP. Er beteiligte sich später an der für die Chipfabrik gegründeten Communicant AG. Daneben war er Berater, Vorstandsvorsitzender und Anteilseigner bei der Lesswire AG. Diese machte ihren Hauptsatz mit dem IHP. Zudem war er Anteilseigner bei der GSMC Planning, die zur Vorbereitung der Communicant AG gegründet worden war. Parallel zu alledem war er Technologiebeauftragter der Landesregierung.

Nach Gründung der Communicant AG wurde er bei IHP als Geschäftsführer lediglich beurlaubt und Aufsichtsratsvorsitzender der Communicant AG. Später, im Frühjahr 2003, wurde er aufgrund des Verlangens des Investors Dubai Vorstandsvorsitzender der Communicant AG. Schon dafür wurde wegen geradezu ultimativer Forderungen, die er machte - er drohte, Brandenburg Knall und Fall zu verlassen -, der bestehende Vertrag als Technologiebeauftragter verlängert. - Wirklich eine beeindruckende Karriere, meine Damen und Herren. Aber was qualifiziert Herrn Prof. Ourmazd für diese sagenhafte Karriere? Wie kann man so viele Jobs ausfüllen? Ich nehme doch an, der Tag hat auch für Prof. Ourmazd nur 24 Stunden. Oder waren das nur so genannte Minijobs?

(Beifall bei der DVU)

Den Hintergrund für diese Karriere konnte der Ausschuss nicht endgültig aufklären. Klar war jedoch, dass Ourmazd dabei politisch gefördert wurde. Von welcher politischen Seite aus das geschah, blieb offen. Aber dass gegen diese politische Förderung bis in die Landesregierung Bedenken bestanden und geäußert wurden, ergab sich bei der Beweisaufnahme.

Zur politischen Förderung und deren Bedenken: Der damalige Justizminister Schelter äußerte Bedenken gegen die vielfältigen Funktionen des Ourmazd bei Lesswire, GSMC, IHP, Communicant und als Technologiebeauftragter. Ministerin Wanka gab an: Man muss deutlich sagen, dass der Ourmazd eine Sonderrolle hatte und immer hofiert wurde. Ich kenne keinen Vertrag, der so komfortabel ist. - Das bestätigt auch der Zeuge Obermann. Es herrschte offensichtlich Konsens darüber, ihn so gut wie möglich - wie es die Statuten zuließen - zu vergüten. Die Beweisaufnahme ergab, dass sich parallel dazu Zweifel an der Führungstauglichkeit und Hinweise auf das eigenmächtige Verhalten häuften.

Schon als Geschäftsführer des IHP strukturierte Ourmazd das Unternehmen um. Unter seiner Leitung trat an die Stelle der physikalischen Grundlagenforschung die Entwicklung von Technologie als Hauptaufgabe. Das kritisierten Profis wie etwa der Zeuge Wiemer und auch der Bund. Die Folge: Eine ganze Reihe namhafter Wissenschaftler verließ das IHP. Als Geschäftsführer des IHP wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet, das laut Aussagen von Ministerin Wanka bis heute nicht abgeschlossen ist.

Der Zeuge Lemke-Kreft - ehemaliger Personalleiter bei Communicant - beschrieb ihn als zerrissenen, hochintelligenten und bedingungslos machtbesessenen Menschen, der Macht und Einfluss über andere haben will.

Weitere Zeugenaussagen ergaben Anhaltspunkte, dass Ourmazd ihm nicht genehme Leute geradezu wegbombte. Der Zeuge Wiemer gab hinsichtlich des Bestrebens nach Einfluss weiter an: Der Ourmazd hat gesagt: Wir müssen vollendete Tatsachen schaffen; dann können die Regierenden nicht mehr heraus. - Auch der damalige Staatssekretär Tacke hat beanstandet, dass die Regierung dadurch zu etwas gezwungen werden sollte, dass zu viel gebaut wurde.

In diesen Zusammenhang passt auch Folgendes: Schriftstücke aus dem Ministerium der Ministerin Wanka belegen, dass Ourmazd im Zeitraum des Vertragsabschlusses mit Intel sehr starken zeitlichen Druck auf das Ministerium ausübte. Im Juni

2003 gab Ourmazd trotz offener Finanzierung und weiterer Bürgschaften als Vorstand der Communicant eigenmächtig nochmals erhebliche Mittel für den Weiterbau der Fabrik frei.

Hinzu kommt seine Informationspolitik gegenüber dem damaligen Wirtschaftsminister Fürniß und dem damaligen Ministerpräsidenten Stolpe. Anfang 2001 erweckte er gegenüber dem Parlament offensichtlich den Eindruck, es lägen große internationale Interessen für das Projekt, Finanzierungsgarantien und Abnahmegarantien von bis zu 70 % der Produkte vor. Zumindest Letzteres entsprach nicht den Tatsachen. Das ist der Aussage von Staatssekretär Speer zu entnehmen. Demnach hat es eine Abnahmegarantie - weder zu 40 noch zu 50 % - nie gegeben. Das seien Wunschvorstellungen eines einzelnen Herrn gewesen, wobei Prof. Ourmazd nicht im Kabinett war. Diesen Part im Kabinett vertrat der Wirtschaftsminister.

In diesem Zusammenhang ist den schriftlichen Mitteilungen der Zeugin Pistor an Ministerin Wanka vom September 2002 erhebliche Bedeutung zuzumessen. In der Mitteilung vom 18. September ist nachzulesen:

„Herr Dr. Mehr wies mich auf eine neue Technologieentwicklung bei Intel hin, die kurz gefasst das Aus für Communicant bedeutet und das Ergebnis des Technologieaustauschs zwischen IHP und Intel ist.“

Es kann festgestellt werden, dass der Geschäftsführer Ourmazd die Technologieentwicklung zeitlich fehlerhaft gesteuert hat, über Technologieprobleme den Aufsichtsrat nicht informierte und die Landesregierung über Risiken bewusst im Unklaren gelassen hat.

In der freien Wirtschaft hätte Ourmazd bei diesem Register mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ganze zehn Minuten gehabt, um seinen Arbeitsplatz zu räumen und seinem Nachfolger Platz zu machen. Diese Vorgänge können dem Ministerium und Ministerin Wanka nicht verborgen geblieben sein. Warum dort nicht so gehandelt wurde, wie es der Sorgfalt in der freien Wirtschaft üblicherweise entspricht, ist nicht nachvollziehbar. Das können Sie, Frau Ministerin Wanka, bestimmt noch erklären. Wir müssen Ihnen die Sorgfalt abverlangen, die den Gepflogenheiten der freien Wirtschaft entspricht. Ourmazd kann keine politische Verantwortung tragen; denn er ist kein Politiker mit Amt und Mandat. Diesbezüglich kann nur der Staatsanwalt aktiv werden. Die politische Verantwortung kann nur an Ihnen, Frau Ministerin Wanka, hängen, es sei denn, Sie haben uns hier und heute noch etwas Dringendes mitzuteilen.

Was den damaligen Wirtschaftsminister Fürniß und den damaligen Ministerpräsidenten Stolpe angeht, ist der Fall für unsere DVU-Fraktion eindeutig. Das ergibt sich aus den Aussagen von Staatssekretär Speer, von Wirtschaftsminister Junghanns und von Ministerin Ziegler. Fürniß muss danach gewusst haben, dass es keine Abnahmegarantien gab, und in Bezug auf Stolpe wäre es geradezu weltfremd, anzunehmen, dass davon zwar Staatssekretär Speer und die ganze Staatskanzlei, aber ausgerechnet der Ministerpräsident nichts weiß. Natürlich durften beide nicht zulassen, dass das Parlament auf einer unrichtigen Tatsachengrundlage entscheidet, die sie obendrein zuvor selbst mit geschaffen haben.

Also war das gesamte Unternehmen Chipfabrik erkanntermaßen von Anfang an höchst risikobehaftet; Kreditwürdigkeit Fehlanzeige.

Bei dem Projekt Chipfabrik fehlte jedes finanzielle Absicherungskonzept.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrags!

Claus (DVU):

Ich komme zum Schluss meines Beitrags. - Selbst Finanzministerin Ziegler mahnte als Ministerin vom Fach im Kabinett an, ein schlüssiges Finanzkonzept herzustellen. Aus diesem Grunde war das gesamte finanzielle Engagement des Landes Brandenburg aus Sicht unserer Fraktion offensichtlich für jedermann erkennbar von vornherein mit einem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Mitteln unvereinbar. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Dr. Ehler.

Dr. Ehler (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal beim Ausschussvorsitzenden Vietze und den Kollegen ausdrücklich bedanken. Wir hatten es mit einem außerordentlich schwierigen Komplex, mit einer sehr komplizierten Materie zu tun und haben in kürzester Zeit versucht aufzuarbeiten, was dort an Problemen bestand und was letztendlich zum Scheitern der Chipfabrik für das Land Brandenburg geführt hat.

Eines der Mankos dieses Untersuchungsausschusses - das wurde richtig gesagt - war vielleicht, dass sich der Untersuchungsauftrag ausschließlich mit der Mitverantwortung der Landesregierung beschäftigte. Es wäre für die Analyse dessen, was in der Zukunft wichtig ist, besser gewesen, wenn wir uns in breiterer Form mit dem Thema hätten beschäftigen können.

Jedoch ist ohnehin eines deutlich geworden: Was wir in der Politik vielleicht als Krankheit mit uns herumschleppen - mein Großvater hat das etwas spöttisch mit dem Satz beschrieben: der Sieg hat viele Väter, die Niederlage ist ein Waisenkind -, ist: In der Diskussion erwecken wir aufgrund einer sehr starken Personalisierung von politischen und wirtschaftlichen Themen den Eindruck, dass ein Wirtschaftsminister oder die Landesregierung oder ein Unternehmer Sieger ist, während wir uns in Wirklichkeit in komplexen Systemen und auf komplexen Märkten bewegen, wobei unsere monokausalen Antworten vielleicht auch Teil unseres Scheiterns sind.

Zum Projekt: Ich möchte ausdrücklich das aufgreifen, was Herr Vietze und der Kollege Müller für den Ausschuss zusammengefasst haben. Das hat den objektiven Tatsachen entsprochen. Auch für die CDU und den ehemaligen Wirtschaftsminister gilt: Wir müssen und werden die Verantwortung für die kritischen Punkte übernehmen.

Es sind von den Fraktionen sicherlich unterschiedliche Gewichtungen vorgenommen worden. Dabei müssen wir aber darauf achten, Frau Osten, dass es nicht zur Mythenbildung kommt. Das Problem der Chipfabrik und das Scheitern der Chipfabrik ist nicht die zwar wohlklingende, aber in der Substanz in diesem Falle falsche Äußerung, es würden hier sozusagen die Gewinne privatisiert und die Verluste vergesellschaftlicht. Das ist doch nicht das Problem. Betrachten wir es nüchtern: Mit dem Scheitern der Chipfabrik haben die Verluste der privaten Investoren die der öffentlichen Hand um ein Vielfaches überstiegen. Insofern ist es auch nicht richtig zu sagen, dass es kein Engagement von privater Seite gegeben hat.

(Zuruf der Abgeordneten Osten [PDS])

Die privaten Investoren haben weit über 100 Millionen in diesem Projekt verloren. Man kann nicht sagen, dass es sich um Beträge handelt, bei denen man die anderen hat vorgehen lassen.

Ein Projekt, das in Aussicht stellt, mit dreistelligen Millionenbeträgen der öffentlichen Hand subventioniert oder doch zumindest durch Bürgschaften abgesichert zu werden, muss sich einer außerordentlich kritischen Betrachtung stellen. Man muss ganz nüchtern konstatieren - das ist, glaube ich, auch eine Problematik, die wir in Zukunft fester im Auge behalten sollten -, dass die Strukturen dieses Projekts einfach nicht geeignet waren, das Finanzielle in dieser Größenordnung zu stemmen.

Wenn wir feststellen - ich sage das durchaus selbstkritisch -, dass auch von Unternehmenseite immer und stets die Forderung bestand, in Größenordnungen öffentliche Fördermittel bereitzustellen, wenn wir feststellen, dass ein Unternehmen von einem ehemaligen Büroleiter geführt worden ist, wenn wir feststellen, dass eine Sekretärin von Herrn Ourmazd die Aufsichtsratsposition übernommen hat und quasi als Sekretärin im Rahmen der Aufsichtsratsfunktion den Geschäftsführer beobachten sollte, dann müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die Strukturen dieses Projekts lange Jahre nicht dazu geeignet waren, für einen Ablauf zu sorgen, der Investitionen und auch die Absicherung durch die öffentliche Hand in dieser Größenordnung rechtfertigt. Aus meiner Sicht ist es nicht richtig, wenn man sagt: Das war bei dem Projekt immer so. - Ich glaube, dass es in der Schlussphase - das war vielleicht auch die Tragik des Projekts - einen sehr tragfähigen Vorstand und dann im letzten Jahr Finanzvorstand gegeben hat, dass das Projekt durch die Vorgeschichte aber derart belastet war, dass es letztendlich nicht mehr zum Erfolg geführt werden konnte.

Lassen Sie uns kurz auf die Rolle der Landesregierung eingehen. Ich glaube, Herr Vietze hat auf sehr kluge Art und Weise die psychologische, auch politische Problematik aufgemacht, was die Frage betrifft, inwieweit die öffentliche Hand in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit und tatsächlich ins Risiko gegangen ist. Da muss man ganz nüchtern sagen, dass der Wille zur Darstellung am Anfang dieses Projekts insofern ein Fluch war, als die Politik damit in einem Maße unter Druck geraten ist, selber wirtschaftlich zu agieren, wie es für ein solches Projekt nicht gut ist.

Bei der Gesellschafterkonstellation - das ist das zweite Problem bei dem Projekt - müssen wir in Betracht ziehen, dass wir nicht einfach eine normale Gesellschaft hatten, sondern einen Hauptgesellschafter mit dem Land Dubai, der völlig andere Entscheidungsprozesse, auch Zielstrukturen hatte als die ande-

ren Gesellschafter, auch der Minderheitsgesellschafter, das Land Brandenburg. Daraus müssen wir für die Zukunft lernen.

Wir müssen auch konstatieren, dass trotz der vielfach angehaltenen, vielleicht mangelhaften Prüfung vieler Tatsachen die Entscheidungsstrukturen im Land Brandenburg angesichts der Bedeutung eines solchen Projekts nicht schnell genug gearbeitet haben. Wir haben dieses Projekt aus vielerlei Gründen über einen Zeitraum gedehnt, der seine Chancen auf Dauer immer weiter verschlechtert hat.

Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, dass wir dann, wenn wir von einem Wirtschaftsministerium, von einer Landesregierung sprechen, von scheinbar monolithischen Strukturen reden. Wenn wir das herunterbrechen auf die Ebene derer, die das in den Referaten bearbeiten, die das als Beamte zu verantworten haben, dann müssen wir ganz nüchtern sehen: Bei einem Projekt, das sich mit einem Engagement dieses Landes in entsprechender Höhe im dreistelligen Millionenbereich bewegt, stellt sich die Frage, wie das innerhalb der Landesregierung bearbeitet werden kann. Es gab Kabinettsrunden, es gab Staatssekretärsrunden. Ich will auch niemandem der unmittelbar Beteiligten unterstellen, dass er seine Aufgabe nicht erfüllt hat. Aber es ist eben doch sehr die Frage, ob die Landesregierung dazu in der Lage ist und sich über Entscheidungsstrukturen, auch Arbeitsstrukturen im Klaren war, um eine solche Beteiligung zu führen. Zwar gab es eine Betreuungsverwaltung - sie war relativ wenig beteiligt -, das Wirtschaftsministerium und das klassische Zusammenspiel der Ressorts. Aber reicht das, um ein solches Projekt wirklich zum Erfolg zu führen? - Das muss man kritisch fragen, auch wenn wir das Gefühl hatten, dass das Projekt am Schluss eine Professionalisierung erfahren hat, wobei es tragischerweise aber dann durch die Belastungen der Vergangenheit zum Scheitern verurteilt war.

Zum Thema „private Expertise“ muss man sagen: Es war schon erstaunlich, was wir in dem Ausschuss von deutschen Großbanken gehört haben. Ich möchte namentlich zum Beispiel den Vertreter der Deutschen Bank nennen. Ich hatte das Gefühl, dass wir es nicht nur mit Politikdarstellern, sondern auch mit Bankendarstellern zu tun hatten. Der Grad der Unprofessionalität, die sich auch hier in manchen Teilen gezeigt hat, war bestürzend und führte zu der Frage, ob die Aussage, jetzt habe man ja eine Bank, die sich engagiere, wirklich tragfähig ist und wirklich bedeutet, dass man nicht trotzdem sehr genau auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge achten muss.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrags!

Dr. Ehler (CDU): *

Zum Schluss meines Beitrags komme ich zu dem Punkt, der bisher am stärksten vernachlässigt worden ist. - Wir haben heute viel zum Thema Markt geredet: Gab es einen Markt, gab es keinen Markt? - Ich glaube, das ist das Thema, das wir am kritischsten betrachten müssen.

Es hat immer einen Markt gegeben. Aber mit dem 11. September hat es ganz klassisch volkswirtschaftlich eine unglaubliche Veränderung auf diesem Markt gegeben, nämlich eine Veränderung von einem Angebots- hin zu einem Nachfragemarkt.

Ich glaube, man muss in der Politik in der Lage sein - das muss man auch selbstkritisch sehen -, dann, wenn sich solche Marktveränderungen ergeben, zu überlegen, ob man selber in der Lage ist umzusteuern, nach außen zu sagen, dass es sich um kritische Veränderungen handelt ...

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte schließen Sie ab!

Dr. Ehler (CDU): *

... und zu überlegen, ob es in der Politik nicht notwendigerweise eine Niederlage ist einzugestehen, dass die Veränderung äußerer Rahmenbedingungen dazu führen muss, dass man ein solches Projekt absagt.

Insofern möchte ich beide Thesen - sowohl die von Herrn Lunacek als auch die von Herrn Müller - unterstützen. Ich glaube nicht, dass die Bundesregierung der Schuldige in dieser Sache war. Die angeführten Argumente waren sicherlich nicht zielführend. Aber man muss auch ganz deutlich sagen, dass ...

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, ich möchte nicht das Mikrofon abschalten. Deswegen bitte ich Sie nochmals: Schließen Sie Ihren Beitrag ab!

Dr. Ehler (CDU): *

... die Marktsituation wahrscheinlich soweit vorangeschritten war, dass das Projekt am Schluss

(Abschaltung des Mikrofons durch den Präsidenten)

aus diesem Grunde scheitern musste.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die PDS-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Hammer.

Hammer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 2002 war das Schicksalsjahr für die Chipfabrik. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass mit dem Ausscheiden der Vorstände Dr. Wiemer und Dr. Obermann das Ende der Fabrik besiegelt war.

Auf die Widersprüche in diesem Jahr angesprochen, sagte Ex-Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, es wäre zu jenem Zeitpunkt und mit dem Erkenntnisstand ein Fehler gewesen, das hinzuwerfen, wir alle wären in Frankfurt (Oder) gesteinigt worden.

In meiner Heimatstadt ist bis heute niemand gesteinigt worden. Aber der Schock, den die Katastrophe produziert hat, sitzt tief. Wer in Frankfurt (Oder) lebt, kann das förmlich mit Händen greifen. Was die Menschen umtreibt, ist die Frage nach der Verantwortung.

Es wurde ein weiteres Mal mit dem Grundvertrauen der Menschen Schindluder getrieben. Das gilt für die Azubis, für die Umschüler, für die Wissenschaftler des IHP, das gilt parteiübergreifend für das Stadtparlament, eben für die ganze Stadt. Schuldig im Sinne der Menschen ist die Politik.

Antworten haben diejenigen zu geben, die in der Stadt leben. Weil ich nach wie vor Antworten suche und geben will, habe ich im Ausschuss mitgearbeitet.

Mein erster Eindruck war, dass die zu Vernehmenden im Wesentlichen in zwei Gruppen zerfielen. Die einen sagten: „Ich habe meinen Job gemacht,“ „Ich kann mich nicht mehr genau erinnern und stand dem Projekt schon immer skeptisch gegenüber.“ Oder eben: „Wir wollten den Menschen nicht die Hoffnung nehmen, wir wären ja gesteinigt worden.“

Die anderen, die sich mitunter leidenschaftlich für die Fabrik engagiert haben, nutzten den Ausschuss, um ihre kritisch-sachliche Sicht einzubringen. Zum Beispiel Herr Dr. Wiemer - da bin ich anderer Meinung als Herr Dr. Ehler -, Herr Dr. Most oder Herr Prof. Osten nahmen die Gelegenheit wahr, Warnungen und kritische Hinweise zu dokumentieren.

Eines ist für mich klar: Die Warner sind alle frühzeitig von der Aschenbahn gedrängt worden. Der Rest sind Mythen, zum Beispiel die, dass Herr Dr. Tacke am Ende der Fabrik schuld sei. Nehmen wir aber einmal an, es wäre tatsächlich so: Selbst wenn sein Handeln vorsätzlich gewesen wäre, hätte er das Haar in der brandenburgischen Suppe finden müssen. Er hat es knäuelweise gefunden.

Zu dem wichtigsten Problem, der fehlenden Liquidität, hat er während seiner Vernehmung mehrfach Stellung genommen. Die ohnehin existierenden Probleme wurden noch verschärft,

„weil das Unternehmen die Gesamtinvestition ohne gesicherte Finanzierung ausgelöst hatte. Das heißt: Der Bau der Halle führte automatisch zu einem Liquiditätsengpass. Die Finanzierung der Innenausstattung war nicht gesichert. Das bedeutet, dass das Unternehmen unweigerlich in die Insolvenz gegangen wäre, wenn sich die Bürgschaftszusage verzögert oder nicht eintritt.“

Am 13. März 2001 hatte die PDS-Landtagsfraktion den Technologiepark in Frankfurt (Oder) besucht. Wir informierten uns umfassend über das Know-how des gesamten Standorts. Am Abend dieses Tages gab es ein öffentliches Forum mit Ex-Wirtschaftsminister Fürniß. Moderator Lothar Bisky nahm dem Minister das Versprechen ab, ein Höchstmaß an Transparenz zuzulassen, um auch der Opposition die Möglichkeit zu geben, das Projekt konstruktiv-kritisch zu begleiten. Das wurde uns damals versprochen. Wenige Tage später führte die CDU eine Veranstaltung im Ramada-Treff-Hotel durch. Schon dort war das gegebene Versprechen nichts mehr wert. Grundsätzlich jede Kritik an dem Projekt wurde fortan als zerstörerisch gegeißelt. Zu welchem Preis, das arbeitet der Abschlussbericht wie folgt heraus:

„Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass die Landesregierung das Projekt Chipfabrik von Anfang an mit erheblichem Engagement unterstützt hat, sodass nach außen der Eindruck entstand, hier agiere nicht die Communicant AG als privatrechtliches Unternehmen, sondern das Land selbst.“

Ich will nicht im Einzelnen über das Minister-Wirrwarr reden, über das wir heute schon viel gehört haben; aber ich möchte eines deutlich hervorheben. Für die PDS-Fraktion in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung kann ich sagen: Information war geradezu existenziell. Ein großer Teil der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern richtete sich an uns. Da der Frankfurter Parteienkonsens so oft gelobt wurde, möchte ich hinzufügen: Das Konfliktmanagement hat zum großen Teil die PDS vor Ort bestritten.

Meine persönliche Motivation beschreibe ich wie folgt: Ich war und bin überzeugt von der Wissenschaftsleistung des IHP und ich war immer skeptisch gegenüber handelnden Personen in der Landesregierung. Was die Menschen in Frankfurt immer aufgeregt hat: Ein Betrieb ist im Entstehen und die Verantwortlichen bedienen sich schon so, als wäre er in der Gewinnzone. Trauriger Beleg dafür ist, dass das Geschäftsführergehalt für den Vorstand Ourmazd beinahe verdoppelt worden ist. „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“ - Mit diesem Satz wird ein anderer Vorgang in Frankfurt (Oder) kommentiert, zu dem der Abschlussbericht wie folgt Stellung nimmt:

„Aus den Vorwürfen gegen den damaligen Wirtschaftsminister Dr. Fürniß im Zusammenhang mit der Gewährung eines Darlehens aus einem arabischen Emirat hatte dieser bereits durch seinen Rücktritt Konsequenzen gezogen. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat insoweit bestätigt, dass hierdurch dem Ansehen der Landesregierung und dem Vertrauen in die Seriosität des Projekts in der Öffentlichkeit Schaden zugefügt worden war.“

Der Bericht stellt weiter fest:

„Das gegen Wirtschaftsminister Dr. Fürniß in diesem Zusammenhang geführte Ermittlungsverfahren wurde aus tatsächlichen Gründen nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung eingestellt. Der Untersuchungsausschuss nahm zur Kenntnis, dass durch die Generalstaatsanwaltschaft zwischenzeitlich aufgrund der im Untersuchungsausschuss vorgenommenen Beweisaufnahme die Prüfung der Wiederaufnahme angeordnet worden ist.“

Dieser für mich schlichte Satz hat den Ausschuss heftig bewegt. Verbunden mit der Frage, inwieweit der Innenminister unseres Landes, Herr Schönbohm, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen - ich sage es vorsichtig - beeinflusst hat, haben wir als Ausschuss hier offensichtlich einen neuralgischen Punkt erreicht.

Zur Kommunalwahl trat der Landesvorsitzende der CDU, Herr Schönbohm, in Frankfurt (Oder) mit dem Argument auf: Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht. Das Land hat seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt ist der Bund am Zuge. - Das war, wie wir heute wissen, eine Schutzbehauptung. Ich sage: Wer einigermaßen seriös mit Geld umgeht, konnte, wenn schon das Land nicht die Notbremse zieht, nur noch selbst die Notbremse ziehen.

1999 wollte die CDU beweisen, dass sie in Wirtschaftsfragen die bessere Hand hat, und setzte auf Großprojekte. Der einzige Unterschied zur SPD: Gleichschritt und Alarmkette. Der Rest waren jede Menge ungedeckter Schecks.

Mein Fazit: Die Stadt Frankfurt (Oder) hat durch die Chipfabrik-Katastrophe umfassend Schaden genommen. Ich halte es

mit Prof. Osten, der in der Zeitschrift „Brand 1“ den Ausverkauf einer Weltspitzenleistung wie folgt kommentierte: Intel legte 2002 einen eigenen Prozessor vor, in dem unsere Technologie verarbeitet war, fast kostenlos. Sie haben für nichts alles gekriegt.

Um die Arbeitsfähigkeit des IHP zu sichern, mussten erneut 40 Millionen Euro an Fördermitteln aufgebracht werden. Die Frage nach der Rückforderung der 145 Millionen Dollar aus Dubai ist bis heute nicht beantwortet. Die Vermarktung der Halle scheint in der Zwischenzeit auf den Weg gebracht zu sein, aber eine Lösung ist noch nicht in Sicht.

Darüber hinaus sage ich auch mit Blick auf den LEG-Untersuchungsausschuss: Das Land hat weder ein funktionierendes Beteiligungsmanagement, was heute schon öfter gesagt worden ist, noch ein effektives Beteiligungscontrolling. Es gibt kein funktionierendes Vertragsmanagement - die Intel-Verträge sprechen da eine deutliche Sprache -, geschweige denn ein effektives Vertragscontrolling.

Den Frankfurterinnen und Frankfurtern bleibt von einem großen Traum nur ein weithin sichtbares Mahnmahl verfehlter brandenburgischer Landespolitik.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält erneut die SPD-Fraktion. Für sie spricht jetzt der Abgeordnete Schulze.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Anwesende! 100. Sitzung. Ein wichtiges Thema. Tagesordnungspunkt 1: LEG-Untersuchungsausschuss. Tagesordnungspunkt 2: Chipfabrik-Untersuchungsausschuss. Ich kann nur sagen: Schade, schade, schade! Wir haben hier zum Teil eine Chance verpasst. Einige konnten der Versuchung nicht widerstehen, hier ein bisschen die Messer zu wetzen.

Schade finde ich auch das zwischenzeitliche große Desinteresse in diesem Saal. Zeitweise war kaum die Hälfte der Abgeordneten anwesend, waren die Regierungsbänke leer. Auch von den Journalistinnen und Journalisten, die sich mit den heutigen Themen beschäftigt haben, waren nur wenige anwesend. Ich meine, das muss hier gesagt werden.

Wir reden beim Thema Chipfabrik-Untersuchungsausschuss über einen der größten wirtschaftspolitischen Skandale in dieser Wahlperiode. Die heutige Sitzung ist leider keine Sternstunde. Das muss man mit Bedauern feststellen, wenn man auch zwischen den einzelnen Beiträgen differenzieren muss.

Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 1 ist die Herangehensweise des Ausschusses und seiner Mitglieder heute hier deutlich geworden, im Vergleich dazu auch die unterschiedliche Herangehensweise von Abgeordneten im Chipfabrik-Untersuchungsausschuss. Ich meine, das war mit Händen zu greifen.

So erreicht man - unsere heutige Sitzung geht bekanntlich über den Äther - leider nicht die Zustimmung bei den Bürgern, wenn man die Vorurteile über Politik und Politiker bedient.

Zu dem Beitrag des Kollegen Lunacek möchte ich nur kurz bemerken, dass ich traurig darüber bin, weil wir im Untersuchungsausschuss schon ein bisschen weiter waren.

(Lunacek [CDU]: Oh!)

Ein Untersuchungsausschuss wird in der Regel dann eingesetzt, wenn Fehler gemacht wurden und es etwas aufzuklären gilt. Das ist hier zweifellos der Fall gewesen. Anderenfalls hätten wir uns nicht so oft in diesem Hause damit beschäftigt.

Heute ist hier viel geredet worden über die Abläufe, die man auch in dem schriftlichen Bericht nachlesen kann. Es hat eine Anamnese gegeben zu der Frage, wie es zu dieser herrlichen Katastrophe kommen konnte. Hier und da wurden auch Diagnosen gestellt. Von Therapie, also von der Frage, wie wir das in Zukunft anders machen können, ist nur sehr wenig gesprochen worden. Dankenswerterweise hat der Ministerpräsident in seinem kurzen Beitrag dazu zwei oder drei wesentliche Dinge gesagt.

Ich meine, wir müssen konstatieren, dass dort, wo Menschen arbeiten, auch Fehler gemacht werden. Einige sind schon länger in der Verantwortung und haben deshalb mehr auf der Latte. Andere sind erst seit 1999 dabei und wollten alles besser machen. Auch sie müssen nun erfahren, dass Fehler dazugehören. Die spannende Frage ist nicht, ob man Fehler macht, sondern die, wie man damit umgeht. Andere, die immer alles besser wissen, haben ebenfalls schon Fehler gemacht, haben ein ganzes Land gegen die Wand gefahren. Ich finde, dass Belehrung da oftmals nicht die richtige Reaktion ist.

Die gute Zusammenarbeit zwischen den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss ist schon angesprochen worden, aber die Frage der Konsequenzen ist nicht erwähnt worden. Wo sind die internen und strukturellen Fehler? Politische Bewertung hin, politische Bewertung her, aber wir müssen doch aus diesem ganzen Vorgang eine Lehre ziehen und klären, wie wir das in Zukunft verhindern können.

Was mich persönlich in der ganzen Zeit der Arbeit des Untersuchungsausschusses sowohl bei den Zeugenvernehmungen als auch bei der Sichtung der Akten gestört hat, war, dass es immer wieder hieß: Dafür haben wir keine Verantwortung. - Meine Damen und Herren, das ist etwas, was die Bürger stört, was auch mich persönlich stört. Wir haben dafür die Verantwortung. Dieses Plenum, dieser Landtag, diese Landesregierung haben die Verantwortung. Aber Verantwortung heißt nicht, dass wir Schuld haben oder dass Verantwortung mit Schuld gleichgesetzt werden darf. Ich denke, daran müssen wir auch arbeiten; denn das macht einen Teil unserer Glaubwürdigkeit aus.

Welches Fazit muss im Hinblick auf eine strukturelle Veränderung in der Zukunft unbedingt gezogen werden? - Es ist vom Kollegen Vietze und anderen schon angesprochen worden, dass auch der Landtag seine Rolle überdenken muss. Auf der Tagesordnung steht: die Verantwortung der Landesregierung und des Landes am Scheitern des Projektes Chipfabrik. Wir sind ein Teil dieser verfassungsmäßigen Strukturen und wir müssen uns fragen: Wie konnte es dazu kommen, dass wir es uns haben gefallen lassen, falsch informiert worden zu sein? Welche Falschinformationen sind gelaufen oder welche Märchen sind aufgetischt worden? - Allerdings gehören dazu immer zwei: einer,

der ein Märchen erzählt, und einer, der es glaubt.

Ein Weiteres muss dieser Landtag konstatieren: Es hat zu den verschiedensten Themen, die der Untersuchungsausschuss bearbeitet hat, auch immer Mahner in diesem Hause gegeben. Für die Zukunft muss gelten, dass Mahner in diesem Hause ernst genommen und nicht untergepflügt werden. Wenn ich gleich wieder von der PDS-Fraktion höre, dass es bei ihr nicht so ist, dann kann ich nur sagen, liebe Kollegen: Sie schließen solche Abgeordneten dann gleich aus der Fraktion aus.

(Zuruf von der PDS: Danke für die Belehrung!)

Ein weiteres Problem ist - das ist im Untersuchungsausschuss, bei der Sichtung der Akten und der Zeugenvernehmung, auch deutlich geworden -, dass es auch strukturelle Probleme in der Landesverwaltung gibt. Wie wird hier zusammengearbeitet? Die Häuser sind voneinander abgeschottet. Dass nicht vertrauensvoll zusammengearbeitet wird, ist, denke ich, ein Teil der Genese des Problems. Die Frage der Personalpolitik hat der Ministerpräsident dankenswerter- und richtigerweise schon angesprochen. Daraus müssen der neue Landtag und die neue Landesregierung Konsequenzen ziehen; denn es ist eben nicht egal, wer auf welche Weise Minister, Aufsichtsrat, Chef eines Instituts oder Beirats wird.

Wir müssen mehr externen Sachverstand in den Landtag hineinziehen, um uns zu verstärken, damit wir uns selbst motivieren. Wir müssen in Zukunft die Motive sorgfältiger prüfen, warum dieser oder jener einen Antritt macht, ein Projekt vorzutragen und zu verwirklichen.

Schwerer als der Verlust von 100 Millionen Euro Fördermitteln wiegt der Vertrauensverlust in der Region. Diesbezüglich hätten wir heute bei den Bürgern punkten können, indem wir nämlich die Verantwortung annehmen und nicht wieder aufeinander einschlagen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrags!

Schulze (SPD):

Herr Präsident, lassen Sie mich noch als Schlusswort ein gutes deutsches Sprichwort zitieren, das, denke ich, auf diesen und den ersten Sachverhalt zutrifft: Den Irrtum zu erkennen ist leichter als die Wahrheit zu suchen und zu finden. Der Irrtum liegt auf der Oberfläche. Damit lässt sich wohl leben, aber die Wahrheit in der Tiefe verborgen und dort zu suchen ist nicht jedermanns Sache.

Dieses Problem haben wir auch in den Untersuchungsausschüssen gehabt und gesehen: Es bleibt eine offene Aufgabe und eine offene Wunde, mit der wir umgehen müssen. Unsere Aufgabe ist es, das gestörte Vertrauen der Bürger in die Politik und in den demokratischen Rechtsstaat wiederzugewinnen. Das erreichen wir nicht dadurch, dass wir aufeinander einschlagen, sondern dadurch, dass wir versuchen, die Lehren zu ziehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich beende die Aussprache. Damit sind der Bericht des Untersuchungsausschusses 3/3 - Drucksache 3/7770 - einschließlich Anlage zur Kenntnis genommen und die Arbeit des Untersuchungsausschusses 3/3 beendet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

2. Lesung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

Drucksache 3/7574

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

Drucksache 3/7580
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Frau Abgeordnete Große, Sie haben das Wort.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die ursprünglichen Pläne der Koalition, die in aller Eile vom Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport eingebrachte Gesetzesänderung in einem Schnellverfahren durch den Landtag zu peitschen, sind von der PDS-Fraktion durchkreuzt worden. Das wird uns nun, Herr Kollege Senftleben, als Wahlkampf ausgelegt. Doch auch in Wahlkampfzeiten sollte man auf dem Teppich und vor allem bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der PDS)

Nicht wir wollten diese Gesetzesänderung und nicht wir haben uns dieses Husarenstück geleistet; wir haben lediglich darauf bestanden, eine grobe Unterlassung der Landesregierung nicht ohne weiteres durchgehen zu lassen und die Aushebelung des § 72 des Landesbeamtengesetzes, nach dem die Spitzenverbände an einer derartigen Gesetzesänderung zu beteiligen sind, nicht zuzulassen.

Durch den Druck der Opposition wurden die Spitzenverbände mittlerweile zwar gehört, aber - wie fast immer - ohne Wirkung. Einhellig lehnten sowohl der Deutsche Beamtenbund als auch die GEW die Gesetzesänderung ab und machten überzeugend deutlich, welche negativen Auswirkungen sie haben wird. Doch die Abgeordneten der großen Koalition hatten kein offenes Ohr für diese Warnungen.

Noch einmal zum Sachverhalt: Durch die Änderung des Landesbeamtengesetzes soll erreicht werden, dass sowohl Beamte als auch Angestellte auf Reisekostenvergütung und Auslagenersatz verzichten können. Das Bundesarbeitsgerichtsurteil vom 11.09. aber hat die tarifrechtlichen Ansprüche von angestellten Lehrkräften gestärkt. Angestellte Lehrkräfte können

nach diesem Urteil also nicht wirksam verzichten. Das bisherige Verfahren, nach dem alle Lehrkräfte gezwungen waren, auf Reisekostenerstattung zu verzichten - die Klassenfahrt wäre ja sonst nicht genehmigt worden -, war also unrechtmäßig.

Seit 14 Jahren haben Lehrkräfte selbst Geld bezahlt, um eine Arbeit leisten zu können, die eindeutig zu den dienstlichen Pflichten zählt. Lehrkräfte haben also in Millionenhöhe zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen. Dafür gebührt ihnen Dank. Geradezu skandalös ist, dass das MBJS die Summe der durch Lehrkräfte erbrachten Eigenleistungen noch nicht einmal grob beziffern kann.

Derzeit steht einer Schule mit ungefähr 400 Schülern eine lächerliche Gesamtsumme von etwa 130 Euro für ein ganzes Schuljahr für alle Klassen und für alle Lehrer zur Verfügung. Das dürfen sich dann etwa 30 Lehrkräfte teilen. Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung wird ein zusätzlicher moralischer Druck auf Lehrer ausgeübt. Natürlich wollen Lehrkräfte Klassenfahrten machen. Das Unverständnis war groß, als die Schulleiter ihnen dieses wegen des BAG-Urteils versagten. Natürlich hält auch die PDS-Fraktion Klassenfahrten für unverzichtbar, aber nicht um den Preis der dauerhaften Selbstaussbeutung.

In Mecklenburg-Vorpommern ist man einen anderen Weg gegangen. Unter rot-roten Bedingungen wurden 600 000 Euro zusätzlich eingestellt, um dem neuen Bedarf zu entsprechen. In Brandenburg wurden die Mittel für Schulfahrten von 2003 nach 2004 aber um 140 000 Euro gekürzt.

Diese Gesetzesänderung ist auch deshalb ein Skandal, weil sie weit über Klassenfahrten und über Lehrkräfte hinausgeht. Sie betrifft Dienstreisen aller Art, also auch Kosten für Aus- und Fortbildung, und sie ist eine Öffnung für den generellen Verzicht auf Reisekostenrückerstattung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Darüber hinaus ist ernsthaft nach der Rechtsrelevanz des vorliegenden Entwurfs zu fragen; denn das Bundesreisekostengesetz wird damit nicht außer Kraft gesetzt. Dort ist in § 3 der Anspruch auf Reisekostenvergütung eindeutig geregelt. Danach werden nur Reisekosten vergütet, die zur Erledigung des Dienstgeschäfts notwendig sind.

Wir halten die bestehende Rechtssituation für ausreichend und lehnen die vorgesehene Gesetzesänderung ab. Wir fordern die Landesregierung auf, eine am Bedarf orientierte, mit dem Haushalt 2005 eine anteilige Finanzierung von Reisekosten für Klassenfahrten, Dienstreisen, Aus- und Fortbildungsreisen vorzulegen. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Melior.

Frau Melior (SPD): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Polemik an dieser Stelle nicht fortsetzen. Es ist Polemik, weil wir im Wahlkampf sind. Da nutzt jeder die Gunst der Stunde. Ich will sie hier ausdrücklich nicht nutzen,

weil es um einen sachlichen Tatbestand geht. Es geht um eine Gesetzesänderung. Diese Gesetzesänderung soll zur Gleichbehandlung von Beamten und Angestellten führen; nicht mehr und nicht weniger.

Zum Sachverhalt hat meine Kollegin Ingrid Siebke hier schon bei der 1. Lesung einiges gesagt. Ich denke, weitere Diskussionen dazu sind entbehrlich.

(Zuruf der Abgeordneten Große [PDS])

Aber angesichts der fortdauernden Polemik vonseiten der PDS möchte ich auf einige widersprüchliche Positionen innerhalb ihrer eigenen Fraktion hinweisen. Es geht um den Widerspruch zwischen den um die Durchführung der Klassenfahrten offensichtlich ernsthaft bemühten Abgeordneten - ich zitiere hier Herrn Domres, Kleine Anfrage 2861 und seine implizierte Aufforderung an die Landesregierung, tätig zu werden - einerseits, um diese Klassenfahrten zu ermöglichen - da nehme ich die Anfrage des Kollegen Domres durchaus sehr ernst -, und um die Position, die Sie auch in Ihrer Fraktion vertreten, andererseits. Sie nehmen die Änderung des Gesetzes zum Anlass, um einen Großangriff auf die Bildungspolitik in Brandenburg zu führen.

(Unruhe bei der PDS)

Auch hier geht es - das erleben wir ja häufig bei Debatten innerhalb des Wahlkampfes und es wäre schön, wenn Sie einfach zuhören könnten - dann immer gleich um die Demokratie, die in ihren Grundfesten in Gefahr gerate.

(Zuruf von der PDS)

Das passiert beileibe nicht. Diese Widersprüchlichkeit ist uns übrigens auch während der Anhörung durch die GEW vorgebracht worden. Während sich ihr Landesvorsitzender empörte und sich gegen die Änderung im Gesetz aussprach, forderte zugleich ein Kreisvorsitzender der GEW die Lösung des dringenden Problems Klassenfahrten und wandte sich mit folgenden Fragen an die SPD-Fraktion:

(Unruhe bei der PDS)

Welchen Sinn machen Klassenfahrten, wenn der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin nicht mitfahren darf? Wer bezahlt die schon aufgelaufenen Kosten, wenn die Fahrt deshalb ausfallen muss? Wie bekommen die Eltern ihr Geld zurück, wenn die Fahrt ganz ins Wasser fällt? Warum gehört es zu den Pflichten eines Lehrers, Klassenfahrten durchzuführen, wenn er dann gleichzeitig daran gehindert wird?

Diese Fragen nehmen wir wirklich ernst. Darauf lohnt es sich auch einzugehen. Das ist der einzige Grund für die Änderung.

Ich will nicht darauf eingehen, inwieweit sich die eine oder andere hier vorgetragene Position hinsichtlich der ihr zugrunde liegenden Information näher an den wirklichen praktischen Fragen der Schulen befindet. Aber offensichtlich nutzt die Opposition den Wahlkampf, und nicht nur den Wahlkampf, um Schaukämpfe auf jeder sich bietenden Bühne zu inszenieren.

Uns geht es um ernsthafte Gedanken zur Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler in Brandenburg. Ich möch-

te deshalb die Debatte zum Anlass nehmen, um einen Appell an Sie zu richten. Ich bin nicht sicher, ob Sie darauf hören werden, aber ich versuche es dennoch. Verzögern Sie bitte nicht die notwendigen Änderungen des Gesetzes! Es geht um Änderungen und nicht um ein neues Gesetz. Bleiben Sie sachlich und lassen Sie uns im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen nach problemorientierten Lösungen suchen, statt markt-schreierisch Schaukämpfe zu betreiben!

Für die SPD stehen klar die Bildungsinteressen der Schülerinnen und Schüler im Zentrum unserer Politik. Deshalb gibt es auch keine Alternative zur Lösung der aufgezeigten Fragen und zur Sicherung der Durchführung von Klassenreisen auch in diesem begonnenen Schuljahr 2004/05. Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick klingt der Antrag auf Änderung des Landesbeamtengesetzes sinnvoll und vernünftig. Künftig sollen nun auch die angestellten Lehrer die Möglichkeit haben, auf die ihnen zustehende Erstattung von Reisekosten und Auslagen für Klassenfahrten zu verzichten. In Zeiten knapper Kassen ist solch ein Verzicht sicherlich nicht selten der letzte Anlass, eine Klassenfahrt zu genehmigen.

Seltsam ist nur, dass die Kollegen des Bildungsausschusses, welche den angestellten Lehrern den Verzicht auf tarifrechtliche Ansprüche ermöglichen wollen, beim Verzicht auf eigene Ansprüche nicht ganz so eifrig sind. Wenn die 88 Abgeordneten dieses Landtages monatlich auf nur 100 Euro ihrer nicht gerade knappen Diäten verzichten würden, ließe sich allein damit gut die Hälfte der für das Jahr 2004 veranschlagten Reisekostenvergütungen bei Schulfahrten finanzieren. Denken Sie einmal darüber nach!

Als ich den vorliegenden Antrag mit Lehrern diskutierte, wurde die geplante Gesetzesänderung von einigen wenigen sogar befürwortet. Auch den Brandenburger Lehrern ist die schwierige Finanzlage bekannt und sie sind unter Umständen bereit, freiwillig kleinere finanzielle Opfer zu bringen, um Klassenfahrten zu ermöglichen. Sie haben aber keine Lust, quasi als Sparschwein für die mangelhafte Finanzpolitik der Landesregierung missbraucht zu werden.

(Beifall bei DVU)

Denn wenn im Bildungshaushalt nicht genügend Geld für alle zur Erfüllung des pädagogischen Auftrages notwendigen Maßnahmen - dazu zählen die Klassenfahrten - vorhanden ist, dann ist das nicht die Schuld der Lehrer, sondern der Politik. Wenn überall in Brandenburg Schulen geschlossen werden müssen, dann ist für diese Verarmung der Bildungslandschaft die Landesregierung mitverantwortlich. Wenn die Schulwege verlängert werden und sich das Land gleichzeitig aus der Finanzierung der Schülerbeförderung zurückzieht, dann ist das nicht

die Schuld der Lehrer, sondern die Schuld der von SPD und CDU getragenen Landesregierung.

Die bildungsfeindliche Politik dieser Landesregierung lässt viele Lehrer befürchten, dass der vorliegende Gesetzentwurf zukünftig neue Sparmaßnahmen bringen wird. Konkret wird auch befürchtet, dass die geplante Gesetzesänderung zur Erpressung der Lehrer herhalten wird. Falls demnächst Klassenfahrten nur noch dann bewilligt werden, wenn die beteiligten Lehrkräfte auf die Erstattung der Reisekosten verzichten, dann werden sich die Befürchtungen dieser Lehrer bestätigt haben.

Doch die Mehrheit des Bildungsausschusses hält die möglichen nachteiligen Konsequenzen, die bei einer Beibehaltung der derzeitigen Regelung zwischen den Angestellten des öffentlichen Dienstes und den Beamten entstehen könnten, für schwerwiegender als die möglichen nachhaltigen Folgen der beantragten Gesetzesänderung.

Wird das Landesbeamtengesetz geändert, könnte die Zahl der Klassenfahrten abnehmen. Das befürchten jedenfalls die Vertreter des Deutschen Beamtensyndikats, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der GEW. Wird es nicht geändert, ist eine Verringerung der Zahl der Klassenfahrten ebenfalls zu erwarten. Angesichts dieser Alternativen habe ich meiner DVU-Fraktion empfohlen, sich der Stimme zu enthalten.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die CDU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Hartfelder.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich scheine die letzte parlamentarische Rednerin in diesem Haus in dieser Legislaturperiode zu sein.

Ein Vorwort an die Kollegin Fechner. Natürlich ist es so - jetzt ist sie nicht hier, aber das macht nichts;

(Zurufe: Doch, hinter Ihnen! - Frau Fechner [DVU]: Ja, ich höre aufmerksam zu!)

ach so, hinter mir -, dass die Lehrer in Brandenburg auf entsprechende Entschädigung verzichten. Das machen sie seit 14 Jahren. Die Krux an der Geschichte ist: Sie dürfen nicht mehr verzichten nach diesem Bundesarbeitsgerichtsurteil.

Noch einmal zu den Fakten: Am 11. September 2003 traf das Bundesarbeitsgericht die Entscheidung, dass angestellte Lehrer nicht auf die Erstattung von Reisekosten verzichten dürfen. Das gilt selbst dann, wenn die Lehrkraft zuvor schriftlich erklärt hat, sie werde auf eine solche Erstattung verzichten. In der Folge können Schulfahrten nur noch stattfinden, wenn in ausreichender Höhe Mittel zur Reisekostenerstattung eingestellt worden sind.

Vor diesem Hintergrund gibt es drei Möglichkeiten:

Erstens: Wir handeln nicht und lassen alles beim Alten. Die Folge wird sein, dass keine Klassenfahrten mehr stattfinden können, weil das Geld fehlt, um jede Schulfahrt zu finanzieren.

So handelt übrigens die PDS in Berlin, wo der Senat in einem Rundschreiben an die Schulen mitteilt, dass Klassenfahrten nicht mehr stattzufinden haben.

Zweitens: Wir tun das, was die PDS in Brandenburg will, solange sie auf der Oppositionsbank sitzt. Wir stellen mehr Geld ein. Die Landesregierung hat verifiziert, dass es etwa 500 000 Euro sein könnten, vielleicht weniger, vielleicht mehr, eher mehr. Das heißt, eine halbe Million Euro mehr müssten wir auf jeden Fall nur in diesen Titel einstellen. 18 Milliarden Euro Schulden hat das Land Brandenburg. Niemand begreift diese Zahl so richtig. Das heißt, dass wir über 800 000 Millionen Euro Zinsen pro Jahr zahlen. Das sind pro Minute über 90 000 Euro.

Wenn ich die Damen und Herren von der PDS-Fraktion im Wahlkampf draußen höre, dann fehlt mir der Glaube daran, dass all das, was sie sagen, umzusetzen ist: hier und heute die Ausfinanzierung der Reisekosten für Dienstreisen von Angestellten, auf der anderen Seite die unumschränkte Kofinanzierung aller Fremdmittel, darüber hinaus die Anhebung der Wirtschaftsförderung für den Mittelstand, die weitere Unterstützung der Infrastrukturentwicklung und, und, und. Meine Damen und Herren von der PDS, das alles ist schön gesagt, allein mir fehlt der Glaube, dass Sie das im Land Brandenburg umsetzen können. Auch Neuverschuldung wird dem Land auf Dauer keine Zukunft bringen.

(Zuruf von der PDS)

Drittens: Durch die Gesetzesänderung schaffen wir eine Verzichtsmöglichkeit, die in Sachsen-Anhalt und Bayern schon praktiziert wird. Dadurch können Klassenfahrten weiterhin stattfinden. Kinder lernen nicht nur im Unterricht, sondern auch außerhalb des Schulgebäudes. Die soziale Aufgabe von Schule wird damit besser wahrgenommen werden können.

Die Gewerkschaftsvertreter und der Beamtensyndikat haben in der Anhörung zur Gesetzesänderung natürlich Nein gesagt. Das müssen sie auch tun. Sie haben aber auch ein Schreckensszenario gemalt und gesagt, dass die Lehrer dann keine Fahrten mehr machen werden. Dem kann ich so auch nicht folgen; denn sie tun es bereits seit 14 Jahren unentgeltlich. Dafür sei ihnen von uns allen an dieser Stelle auch einmal Dank gesagt. Auch Frau Fechner hat deutlich gemacht, dass Lehrer bereit sind, das weiterhin zu tun.

Damit möchte ich meinen kleinen Exkurs abschließen. Nach diesem abwechslungsreichen Vormittag haben Sie mit dem letzten Tagesordnungspunkt in dieser Legislaturperiode eine einfache Wahl. Sie können heute zum Gesetzentwurf Ja sagen, ihm zustimmen, damit Klassenfahrten in Brandenburg weiterhin stattfinden und Lernen innerhalb und außerhalb von Schule ermöglicht wird, oder dagegen stimmen und werden dann die Konsequenz zu tragen haben, dass es diese Klassenfahrten nicht mehr gibt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Somit schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung in Drucksache 3/7580 zustimmt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimm-

enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt und das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und darf mit meinen guten Wünschen - nach 14 Jahren Tätigkeit im Landtag gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Abgeordneten, die mit dem 26. Oktober 1990 auch ihre erste Plenarsitzung erlebt haben - Dank an all diejenigen verbinden, die dazu beigetragen haben, dass dieses Parlament ein Profil bekommen, dass es politische Kultur gelernt und praktiziert hat, mit den kleinen Ausnahmen, die überall auftreten, die man wohl auch jedem nachsieht.

Ich wünsche allen, die nach uns das Parlament bevölkern, dass sie sich vielleicht ein wenig an diese Orientierung halten; denn ich glaube, so schlecht ist das Parlament in Brandenburg nicht gefahren, nicht zuletzt deshalb, weil es Grundsätzen gefolgt ist, wie sie in der Verfassung, aber nicht nur dort, formuliert sind. Insofern, glaube ich, sollte man den Stil festigen und erhalten.

Wenn wir in der Vergangenheit häufig im Zusammenhang mit dem Haushalt von Klarheit und Wahrheit im Umgang miteinander gesprochen haben, so sollte das nicht auf dieses Thema beschränkt bleiben. Ich glaube, das ist eine der wichtigen und notwendigen Voraussetzungen für Vertrauen der Wähler in die von ihnen Beauftragten.

Die didaktische Unterstützung, die vielleicht auch zu Verständlichkeit führt, ist ein wichtiges Mittel, um miteinander zu reden, einander zu verstehen und auch füreinander Verständnis zu entwickeln. Ich wünsche mir, dass die Debatten lebendiger würden. Dazu könnte zum Beispiel die freie Rede beitragen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie erinnern: Wir hatten in der ersten Fassung unserer Geschäftsordnung die Pflicht des Abgeordneten, Zitate genehmigen zu lassen, formuliert. In Anbetracht permanenter Selbstzitate haben wir uns das geschenkt. Es ist nie danach gefragt worden, ob man sich selbst zitieren dürfe, weil ja ohnehin immer abgelesen wurde, was ja nichts anderes ist. Die Debatten würden spritziger, die Beiträge kürzer. Ich glaube, sie würden treffender und verständlicher. Insofern würden Sie nicht nur sich, sondern auch vielen, die bei der Übertragung der Sitzungen mit Interesse zuhören und zusehen, einen Gefallen tun.

Denken Sie bitte auch daran: Nicht nur für den Bürger ist es interessant, zu sehen und zu erleben, was im Landtag passiert. Ich habe viele, viele Jahre mit meinen Kollegen Kreistagsvorsitzenden einmal im Jahr einen Gedankenaustausch geführt. Ich weiß, dass der Landtag auch diesbezüglich Vorbildfunktion hat. Seit einiger Zeit bemühe ich mich auch um kommunale bzw. lokale Vertretungsaufgaben. Es wäre schön, wenn wir dort auch ein bisschen mehr Vorbildwirkung hinterließen. Aber das ist die Aufgabe jedes Einzelnen. Dazu gehört auch, dass man verstanden wird.

Ich weiß, dass vielleicht der eine oder andere eine längere programmatische Rede erwartet hat. Dazu bin ich weder befugt, noch bin ich dazu bereit. Ich weiß aber, dass der Vizepräsident, der ja auch seit 14 Jahren im Amt ist und mit dem mich nicht nur eine Kollegialität auf der Ebene dieses „Bockes“ hier verbindet, sondern auch eine sehr freundschaftliche Form des Um-

gangs bis in die Familien hinein, noch etwas sagen möchte. Martin, bitte.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Habermann:

Ich habe mein Manuskript mitgebracht. Sie müssen Geduld haben, es dauert aber nicht länger als eine halbe Stunde.

(Heiterkeit)

Ich hatte ohnehin die Absicht, mich auch von Ihnen zu verabschieden. Ich werde es ein bisschen persönlicher machen. Das „Staatstragende“ hat der Präsident gesagt.

Wie Sie wissen, geht am 13. Oktober unsere jetzige Arbeit hier im Landtag zu Ende. Danach werden der neue Präsident und der Vizepräsident gewählt. Bis dahin sind wir im Amt. Es ist dann mein letzter Arbeitstag hier, wenn ich das so bezeichnen darf. Im Rahmen einer persönlicher Erklärung, damit ich wenigstens etwas in der Geschäftsordnung bleibe und keine Kritik erhalte, möchte ich mich jetzt, wie gesagt, von Ihnen verabschieden.

Zunächst, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich feststellen, dass ich gern Abgeordneter und Vizepräsident dieses Landtages gewesen bin, obwohl nicht alles immer vergnügungssteuerpflichtig war; aber das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie haben mir aber die Arbeit auch sehr leicht gemacht. Für dieses gute Miteinander und für diese faire Zusammenarbeit möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten möchte ich mich bei denjenigen entschuldigen, denen ich vielleicht nicht genügend Aufmerksamkeit entgegengebracht habe oder die sich vielleicht manchmal sogar ungerrecht behandelt fühlten. In keinem Fall aber - ich sage das dezidiert - ist das in böser Absicht geschehen, sondern immer in dem Bemühen, dem Status des einzelnen Abgeordneten und der Institution Landtag gerecht zu werden. Dieses Plenum hier war für mich immer das Symbol der Demokratie im Land Brandenburg. Ich sage das nicht plakativ oder um die Geschäftsordnung oder die Verfassung zu übersetzen, sondern aus innerer Überzeugung; denn ich empfinde es so.

Damit bin ich bei meinem dritten Punkt. Ich wünsche mir, dass der neue Landtag in einer ähnlichen Atmosphäre weiterarbeitet, wie wir sie in den 14 Jahren unserer gemeinsamen Arbeit praktiziert haben: hart und konsequent in der Sachargumentation, aber höflich und nie verletzend gegenüber dem Abgeordnetenkollegen der anderen Fraktion. Mir hat dieser Stil immer besser gefallen als der Berliner Alltag. Damit dürfte fast alles beschrieben sein.

(Allgemeiner Beifall)

Dennoch möchte ich kritisch etwas vermerken, was einen unmittelbaren Zusammenhang zu dem zweiten von mir genannten Punkt hat: Wenn wir alle die Plenarsitzung als unsere höchste und vornehmste Aufgabe ansehen, dann dürften fehlende Beschlussfähigkeit, leere Plätze zu Beginn der Plenarsit-

zung und noch größere Lücken am Ende einer Plenarsitzung nur theoretische Vorkommnisse sein.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Zurzeit greift jedoch eine andere Praxis Raum, die ich seit einiger Zeit beobachte und die mir nicht gefällt; ich sage das ganz offen. Sie reicht vom unentschuldigtem Fehlen bei Plenarsitzungen bis zur fraktionsübergreifenden Absetzbewegung am Nachmittag. Das Prozedere kennen Sie: Blättern im Kalender, demonstrativer Blick auf die Uhr, Aufsetzen einer wichtigen Miene, Nehmen der Unterlagen und strammer Schritt aus dem Plenarsaal, obwohl die Plenarsitzung noch lange nicht zu Ende ist. Von beispielhaftem Verhalten kann da weiß Gott keine Rede sein. Wir haben Besucher hier, die das registrieren.

Das Streben des einzelnen Abgeordneten nach korrekter Pflichterfüllung wird natürlich auf eine harte Probe gestellt; das gebe ich durchaus zu. Sie haben schließlich die Plätze der Landesregierung vor sich. Ich möchte dieses Kapitel nicht vertiefen. Aber im Verlaufe der Zeit habe ich mich sehr oft darüber gewundert, dass die Abgeordneten nicht viel öfter § 30 der Geschäftsordnung - Anwesenheitspflicht der Mitglieder der Landesregierung - herangezogen haben. Unterhaltsam wäre das in jedem Fall gewesen, zumal ich Minister kenne, die zwar den ganzen Tag während einer Landtagssitzung im Gebäude sind, die aber nur mit Mühe und Not zu eigenen Redebeiträgen im Plenum erscheinen und vielleicht auch noch gesucht werden müssen, damit sie pünktlich hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Es gibt in diesem Landtag neben dem, was der Präsident gesagt hat, auch noch auf an-

deren Gebieten viel zu tun. Seine vorherigen Ausführungen im Hinblick auf die Kreistagsvorsitzenden kann ich nur unterstreichen: Jeder Einzelne hat ebenso wie das Plenum insgesamt eine Vorbildfunktion. Das sollte man immer berücksichtigen.

Ich wünsche Ihnen einen guten und fairen Wahlkampf und uns allen eine hohe Wahlbeteiligung. Denjenigen, die in der neuen Legislaturperiode in das Plenum zurückkehren, wünsche ich gutes Gelingen und stets richtige Entscheidungen für unser schönes Land Brandenburg.

Ich verabschiede mich damit von Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute. - Glück auf!

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Knoblich:

Am 13. Oktober, auf den Punkt genau 14 Jahre nach der Wahl 1990, konstituiert sich der Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode.

Am Nachmittag trifft sich der Verein der Ehemaligen. Bitte denken Sie daran!

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Allgemeiner Beifall)

Ende der Sitzung: 14.04 Uhr

